

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

200 · Juni 2007

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz	483
Essay	
JÖRN SCHÜTRUMPF Unter ausgebliehener Flagge: die »Linke«	485
Gesellschaft – Analysen & Alternativen	
MARTIN SCHIRDEWAN Vorwärts in die Gegenwart	497
ULLA PLENER Für eine neue Partei. Hoffnungen und Illusionen 1990	505
WOLFRAM ADOLPHI Asiaticus, China 1937	513
Dokumentierte Geschichte	
Gute Vorsätze – Eine Chrestomathie!	528
Demokratie & Emanzipation	
HELMUT BOCK Was ist des Deutschen Vaterland? 175 Jahre Hambacher Fest?	550
Konferenzen & Berichte	
EFFI BÖHLKE Ein weites Feld. Die Linke und Bourdieu	562

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 568

Bücher & Zeitschriften

Hans Christoph Binswanger:
Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination
in der Dynamik des Marktprozesses
(ULRICH BUSCH) 570

Margareta Mommsen:
Wer herrscht in Rußland.
Der Kreml und die Schatten der Macht
(KARL-HEINZ GRÄFE) 571

Joseph Stiglitz: Die Chancen der Globalisierung
(JÖRG ROESLER) 572

Summaries 574

An unsere Autorinnen und Autoren

Impressum 576

Hinweis in eigener Sache

Für Juni ist eine Stellenausschreibung für UTOPIE kreativ geplant.
Siehe bitte:
www.rosalux.de/cms/index.php?id=stellen

VorSatz

Keine Bewegung hat im 20. Jahrhundert die Gesellschaft so nachhaltig verändert wie die verschiedenen Anläufe für eine Gleichberechtigung der Frau. Dazu bedurfte es nicht erst einer Alice Schwarzer. Der Erste, der das Thema »Unterdrückung der Frau« erfolgreich auf die Bühne, heute würde man sagen, in die Medien, brachte, war der norwegische Apotheker und Dramatiker Henrik Ibsen (1828-1906), zu seiner Zeit der weltweit meistgespielte Autor.

Schon Tucholsky wußte: »Der Streit um Ibsen ist dahin; heute kramen ältere Damen im Parkett bei den ›Gespenstern‹ ihre Handtaschen um und fragen ihre Tochter: ›Hast du zu Hause das Licht ausgeknipst?‹ Und ahnen nicht, daß der große Apothekersmann auch für sie gekämpft hat, dafür, daß hundert Vorurteile gefallen sind, gekämpft für hundert Dinge, die der Tochter gewiß selbstverständlich erscheinen. Kunstwerke erhalten sich selten – Resultate bleiben.«

Bis 1945 noch schieden Frauen laut Gesetz mit der Eheschließung automatisch aus dem Arbeitsprozeß aus. Unterdessen dürfen verheiratete Frauen ohne Zustimmung des Ehemannes sogar arbeiten gehen und über ein Konto verfügen. Auch wenn es wie ein übler Witz klingt, das war ihnen in der frühen Bundesrepublik noch verwehrt; dergleichen gab's in der DDR nie.

Eines habe ich nie verstanden: Wovon lebt die Hausfrau, wenn ihre Arbeit nicht vergütet wird? Das Patriarchat ist ohne Zweifel ein Ausbeutungsverhältnis, aber doch kein Ausrottungsverhältnis! Marx und Engels meinten 1848: »Der Bourgeois sieht in seiner Frau ein bloßes Produktionsinstrument ... Worauf beruht die gegenwärtige, die bürgerliche Familie? Auf dem Kapital, auf dem Privaterwerb.« Recht hatten sie damit, denn eine Frau verfügt genauso wie jede männliche Arbeitskraft über die Fähigkeit, mehr Wert zu produzieren, als sie zur Reproduktion ihrer eigenen Arbeitskraft braucht.

Die bürgerliche Ehe, also die höchste Stufe des Patriarchats – die Juristen sprechen von »Hausfrauenehe« –, ist nichts anderes als das Gegenstück zur Mehrwertproduktion durch die Lohnabhängigen. Die Hausfrau produziert dabei allerdings nicht selbst Waren, sondern übt im Zyklus der Warenproduktion wesentliche Funktionen in der Reproduktion aus, ohne die keine Produktion zur Warenproduktion werden kann. Dafür erhält die Hausfrau ihren Anteil vom Ehemann, der nicht nur seine eigenen Reproduktionskosten, sondern die seiner Ehefrau mit erlöst, während die Kinder als künftige Arbeitskräfte versorgt werden. Die Hausfrau arbeitet also nicht kostenlos. Aber über die Höhe ihres »Lohnes« entscheiden die Höhe des Ein-

kommens ihres Ehemannes als auch der Ehemann selbst. In letzterem Abhängigkeitsverhältnis verbirgt sich das ökonomische Geheimnis der patriarchalischen Ausbeutung. Für Marx und Engels war der Weg, eine Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen, »die Stellung der Weiber als bloßer Produktionsinstrumente aufzuheben«. Auch damit haben sie recht.

Die einzige Frau, die in der Familie Reproduktionsarbeit wirklich kostenlos leistet, ist die vollberufstätige Ehefrau. Ob sie dabei patriarchalisch ausgebeutet wird, hängt von der Arbeitsteilung ab. Denn wenn die Partner den gleichen Anteil leisten, erlischt zwischen ihnen das ökonomische Ausbeutungsverhältnis. In der DDR vollzog sich wenigstens eine Entwicklung in diese Richtung.

Wirkliche Emanzipation kann nur Emanzipation beider sein. Die Gesellschaft muß für sie Bedingungen schaffen, kann Emanzipation aber nicht erzwingen. Unter der Voraussetzung, daß gleicher Lohn für gleiche Arbeit gezahlt wird, entsteht für beide Partner ein großer Spielraum, um ihr Leben gestalten. Jede Verelendung – so wie sie im Moment auch von den kapitaldominierten Parteien in Deutschland vorangetrieben wird – befestigt allerdings das Patriarchat.

In der DDR wurden viele Schritte zur Gleichstellung als Geschenk von Partei und Staat an »unsere Frauen« scheinbar großzügig gewährt: Haushaltstag, Krippen, Kindergärten, Horte, Gratifikationen bei der Geburt, verkürzte Arbeitszeiten etc. Hinter vielen dieser Entscheidungen stand jedoch nicht – zumindest nicht in erster Linie – der Wille zur Gleichstellung, sondern die Notwendigkeit, Frauen für den Arbeitsprozeß zu gewinnen. Hinzu kam, etwa beim § 218, die Konkurrenz zur Bundesrepublik. Ohne die Frauenbewegung des Westens wäre er 1972 nicht quasi über Nacht gefallen.

Doch ohne diese Schritte – wie immer sie einzeln auch motiviert waren – wäre die patriarchalische Unterdrückung der Frau in der DDR wesentlich stärker gewesen. Entscheidend war für viele Frauen die gelebte Gleichstellung und nicht, wie sie zustande gekommen war.

Die Frauenbewegung im Westen hat zweifellos große Veränderungen in den Beziehungen zwischen den Geschlechtern bewirkt. Heute ist ihr aber der Resonanzboden abhanden gekommen. Dieses Schicksal teilt sie mit vielen anderen emanzipatorischen Bewegungen: den Freidenkern, den Friedensbewegten, den Kommunisten.

Sie alle haben in ihren Aufstiegsphasen Fortschritt bewirkt. Nur wenige haben jedoch das, was sie leisten wollten, wirklich geleistet. Über die meisten ist längst die Zeit hinweggegangen, ohne daß die Probleme, die zu lösen sie angetreten waren, aus der Welt wären. Was kein Vorwurf ist – denn Einzelbewegungen können Menschheitsprobleme der Allgemeinheit zwar zu Bewußtsein bringen, aber natürlich niemals lösen. Das gilt auch für den Feminismus.

Es mutet etwas beklemmend an, wenn Alice Schwarzer in ihrem neuen Buch schreibt: »Wir brauchen keinen neuen Feminismus ... Was wir brauchen, ist ein neuer Elan für den Feminismus. Und Frauen, die öffentlich sagen: Ich bin stolz, eine Feministin zu sein.«

MARION SCHÜTRUMPF

Dieses Heft trägt die Nummer 200. Wir danken allen Mitstreitern und Lesern, Kritikern und Förderern, daß es soweit kommen konnte.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Unter ausgebliehener Flagge: die »Linke«

1789

Die Linke ist eine späte Frucht der Menschen Geschichte: ein Kind der Französischen Revolution von 1789 ff. Links saßen im Parlament jene, die die Revolution zu immer mehr Gleichheit und Gerechtigkeit weiterzutreiben gedachten, rechts versammelten sich die, denen es mit der Revolution genug war: die liberalen Abkömmlinge des Ersten und Zweiten Standes sowie die zu Wohlstand gekommenen des Dritten. Sie alle hatten die formalen Menschenrechte zu erlangen getrachtet – samt Rechtsstaat, der sie ihnen garantieren sollte, und sie hatten beides auch erhalten. Ihr Sinnen war von Anfang an auf das Recht auf Eigentum, seinen Schutz vor staatlicher Willkür sowie auf die Freiheit von Handel und Gewerbe gerichtet gewesen. Häufig wird aber – nicht selten sogar absichtsvoll – vergessen, *daß trotzdem die Rechte im Lager der Revolution stand.*

Bis 1789 hatte ohne Zweifel die spätere Revolutions-Rechte weder an Aufruhr noch gar an Revolution auch nur gedacht. Doch als die in den Sinnverlust getriebenen Massen den sich morsch geherrschten Absolutismus beiseitefegten, waren sie ins Lager des Aufruhrs übergegangen. Sie hatten sich – so das Bild des Leipziger Gelehrten Manfred Kossok – in den Sattel des unruhig gewordenen »Pferdes« geschwungen und ihm die Richtung zu geben versucht.

Nur die Linke – am unangenehmsten der Club der Jakobiner – hatte sie dabei gestört, weil sie per Wohlfahrtsausschuß und Guillotine eine Herrschaft des demos zu erzwingen gestrebt hatte. Die äußerste Linke um Jacques Roux war sogar noch weiter gegangen: Ihr genügte die süße Schale der formalen Gleichheit nicht, sie wollte den herben Kern der sozialen Ungleichheit beseitigt sehen.

Die Jakobiner, die zuerst »Jakobiner mit dem Volke« gewesen waren, hatten sich – wie ein späterer Jakobiner, gebürtig aus Simbirsk, durchaus richtig erkannte – schnell zu »Jakobinern ohne Volk« gemordet und waren am Ende selbst vom Pariser Volk aufs Schafott geschickt worden. Für den Simbirsker jedoch kein Grund, das Drama nicht zu wiederholen. In die Geschichte eingegangen ist der Mann mit den vielen Pseudonymen unter dem Namen Lenin.

An der Wiege der Linken stand ein Korb, in den der Kopf von Marie Antoinette fiel. Jahrtausendlang hatten die herrschenden Minderheiten, soweit sie an der Herrschaft bleiben wollten, zur Gewalt gegriffen und sich stets aufs neue die Mehrheiten unterworfen. Im Sinne der Herrschenden war das meist eine Zeitlang gut gegangen. An den Jakobinern konnte man lernen, daß für die Emanzipation von

Jörn Schütrumpf – Jg. 1956, Dr. phil. Historiker, Redakteur bei UTOPIE kreativ, zuletzt: Rosa Luxemburg, die Bolschewiki und »gewisse Fragen«, Heft 193 (November 2006).

»Eine gestreichte französische Redensart ... verspottet die ›Jakobiner ohne Volk‹ (jacobins moins le peuple). Die historische Größe der wahren Jakobiner, der Jakobiner von 1793, bestand darin, daß sie ›Jakobiner mit dem Volk‹ waren, mit der revolutionären Mehrheit des Volkes, mit den *revolutionären* fortschrittlichen Klassen ihrer Zeit.«

W. I. Lenin: Die Konterrevolution geht zum Angriff über [1917], in: Ders.: Werke (LW), Bd. 24, Berlin 1959, S. 537.

Ausbeutung und Unterdrückung dieses Modell untauglich ist: Sie hatten sich im Namen der Mehrheit in die Minderheit begeben, waren aber nicht bereit gewesen, ihre Gleichheitsansprüche aufzugeben und in eine traditionelle Gewaltherrschaft – mit allen erprobten Mitteln, mit denen sich Ungleichheit stabilisieren läßt – zu wechseln.

Ihr Erbe, Napoleon, ging da pragmatischer vor. Via *Code civil* so viel Gleichheit wie möglich, via Kaisertum so viel Ungleichheit wie nötig, läßt sich als seine unausgesprochene Maxime erkennen. Doch auch diese Geschichte lief aus dem Ruder und mündete in einem größtenwahnsinnigen Imperialismus. Das Ende ist bekannt.

Trotzdem war die Revolution zum Geburtshelfer für die nächste Welle an Entwicklung geworden. Dem bürgerlichen Zeitalter, das 1776 auf dem amerikanischen Kontinent begonnen hatte – in einer gegen die britische Krone gerichteten antikolonialen Revolution mit der Unabhängigkeitserklärung der Nordenglandstaaten, gefolgt von den *Bill of Rights* –, war mit der Revolution der Franzosen Unumkehrbarkeit zugewachsen. Vom alten Paris – und keineswegs vom jungen Washington aus – begann es seinen Siegeszug um die Welt.

Das Kapitel »Linke« wäre an sich spätestens mit Waterloo erledigt gewesen, denn die Konstellation von 1792 hatte sich aufgelöst. Doch da vieles, was einst als Tragödie sein Ende fand, sich als Farce wiederholt, borgte sich die nächste Generation an Revolutionären – sich ihrer Ansprüche und damit ihrer selbst unsicher – wenn auch nicht die Jakobinermütze, so doch den Platz links im Revolutionsparlament.

Und der, der den Zusammenhang zwischen Tragödie und Farce erkannt hatte, setzte sich an ihre Spitze; sein postum von Karbunkeln gereinigter Rücken verdeckte lange Zeit die großen Tragödien, die das 20. Jahrhundert brachte – die Farce aufs Ganze steht uns möglicherweise noch bevor.

1848

Sechzig Jahre nach dem Schleifen der fast leeren Bastille kam in Deutschland 1848 die Revolution erst gar nicht richtig in Fahrt. Jene Kräfte, die in Frankreich 1789 ff. die Revolutionsgewinner und -gewinnler, also die Rechten gewesen waren, hatten sich von Anfang an ins Lager der Konterrevolution gestellt. Denn wesentliche formale Menschenrechte hatten die preußischen Reformen ihnen schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts gebracht. Wozu also noch Revolution?

Als ihre Maxime war erkennbar: Lieber als Untertan auf den Knien vegetieren als auf der Guillotine den Kopf verlieren. Die Linke im Revolutionslager war deshalb eine Linke ohne Rechte geblieben – ohne die es natürlich keine Linke geben kann. Plötzlich war nun die Revolution links und die Konterrevolution rechts – letztlich eine völlig unsinnige Widerspiegelung der wirklichen Konstellation. Denn da befanden sich nicht mehr wie 1789 ff. zwei im selben Boot und rangen um dessen Kurs, sondern da trieb einer ohne Mast und Steuer allein im Sturm, bis sein Bötchen in die Gesellschaft versank, der die Konterrevolution schon längst wieder ihre Hegemonie aufgeherrscht hatte. Hier ging es nicht mehr um rechts oder links, hier ging es nur noch um oben oder unten.

Doch auch »gescheiterte Revolutionen« sind Geburtshelfer für eine nächste Welle an Entwicklung. Letzlich entband die Revolution von

»Hegel bemerkt irgendwo, daß alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat vergessen hinzuzufügen: das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce. ... Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden. Und wenn sie eben damit beschäftigt scheinen, sich und die Dinge umzuwälzen, noch nicht Dagewesenes zu schaffen, gerade in solchen Epochen revolutionärer Krise beschwören sie ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihrem Dienste herauf, entlehnen ihnen Namen, Schlachtparole, Kostüm, um in dieser alt ehrwürdigen Verkleidung und mit dieser erborgten Sprache die neue Weltgeschichtsszene aufzuführen.« Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte [1852], in: Ders., Friedrich Engels: Werke [MEW], Bd. 8, Berlin 1960, S. 115.

1848, auch wenn sie die spätabolutistisch geprägte Herrschaft nicht durch eine demokratischen Republik zu ersetzen vermochte, in den deutschen Landen die bürgerliche Klassengesellschaft.

Die Staatlichkeit dieser Gesellschaft formte sich in der Folge zu einem militaristischen Obrigkeitsstaat samt voll entfaltetem Untertanengeist um. Denn ein Krautjunker aus der Altmark hatte sich gesagt: Ehe wir die Revolution erleiden, machen wir sie selbst. Seiner Kaste rettete er wesentliche Teile der politischen Macht, indem er Napoleons Maxime umdrehte: so viel Ungleichheit wie nur irgend möglich, so viel Gleichheit wie absolut unvermeidbar. Kind dieser »Revolution von oben« wurde Preußendeutschland – ohne Österreich, »kleindeutsch«, nördlich, kalt, mit Bier statt Wein, einer dazu passenden barbarischen Küche und noch barbarischerer Musik: Marschmusik.

Eine zündende Idee für dieses von oben herbeirevolutionierte Gebilde – ähnlich der, die die Franzosen mit »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« zustandegebracht hatten – konnte Bismarck jedoch nicht vorweisen. Mit »etwas weniger Unfreiheit und Ungleichheit sowie nicht ganz so viel geheuchelter Barmherzigkeit« ließ sich halt kein Staat machen.

Deshalb stellte er dem – gewiß nicht sonderlich sympathischen – Nationalismus der Franzosen, der sich aus einem Akt der Befreiung speiste, einen verordneten Nationalismus gegenüber, dessen Kraftzentrum Militär und Militarismus bildeten. Die Dichter und Denker, seit Mitte des 18. Jahrhunderts Markenzeichen der deutschen Lande, verloren nun endgültig den Hauch an scheinbarer Hegemonie, der sie umflort hatte, an eine Kaste, die Mord im Staatsauftrag und Opfertod als höchste Lebensziele propagierte. Eine mediokre Figur wie Wilhelm II. brauchte das Ganze nur noch durch einen maßlosen Imperialismus zu ergänzen – und fertig war die nächste Revolution.

SPD

In der Depressionsphase nach der Revolution von 1848/49 schien das Kapitel »Linke« dann nun aber wirklich abgeschlossen zu sein. 1849 ff. waren die Revolutionäre von Ost nach West aus dem europäischen Festland regelrecht herausgekehrt worden; die meisten kamen erst an den Gestaden der Neuenglandstaaten wieder zum Stehen.

Da erwachte plötzlich eine Klasse, die zuvor nur in der Werkstatt der Welt zu entdecken gewesen war: das Proletariat, die Arbeiterklasse, der 4. Stand. Kurzum Menschen, die ihre Arbeitskraft verkauften und die mehr Wert schufen, als sie zur Reproduktion ihrer eigenen Arbeitskraft benötigten, denen aber oft selbst das Minimum ihrer Reproduktionskosten verweigert wurde und die einer Vernichtung durch Arbeit nur entgehen konnten, wenn sie sich zusammen mit Leidensgenossen gegen Löhne wehrten, mit denen ihre Kosten beim besten Willen nicht zu decken waren.

Im katholischen Irland und im katholischen Polen, später auch im orthodoxen Rußland, entgingen viele Arbeiter der Selbstausrottung per Fusel oft nur dadurch, daß sie in die Neue Welt auswanderten. Im protestantischen Land der Dichter und Denker hingegen beglückte ab den 1850er Jahren die fünfte und sechste Garnitur der Dichter und Denker – Kleinbürgersöhne, die ihre durch den Verlauf der 1848er Revolution geschwächte gesellschaftliche und politische Po-

Preußische Reformen
 1807 – Beseitigung der
 Gutsuntertänigkeit
 (Leibeigenschaft)
 1808 – Heeresreform,
 Abschaffung des adligen
 Offiziermonopols und
 der Körperstrafen
 1808 – Städteordnung
 beteiligt Bürgertum an der
 Staatsverwaltung
 1809 Bildungsreform
 1810 Gewerbefreiheit
 1811 Regulierungsedikt
 macht alle Bauern zu
 Eigentümern der Höfe
 1812 Emanzipationsedikt
 für die Juden

Ferdinand Lassalle
(1825-1864) – Schriftsteller,
Politiker, Staatssozialist
und Arbeiterführer. Als
erster Präsident des
Allgemeinen Deutschen
Arbeitervereins (ADAV)
war er 1863 der Gründer
der ersten Vorgänger-
organisation der bis heute
bestehenden SPD und
gilt damit als einer der
Gründerväter der deut-
schen Sozialdemokratie.
[http://de.wikipedia.org/wiki/
Ferdinand_Lassalle](http://de.wikipedia.org/wiki/Ferdinand_Lassalle)

sition durch eine verbreiterte soziale Basis zu verbessern suchten: die Arbeiterschaft. Die wirklich schöpferischen Leute schlugen sich zu dieser Zeit vielfach außer Landes durch. Da die Offizierslaufbahn und der gehobene Staatsdienst den Proleten verschlossen waren, blieb ihnen als möglicher Pfad zur eigenen Wohlfahrt nur die Bildung. Deshalb hatten Arbeiter an den ganz bürgerlich daherkommenden Arbeiterbildungsvereinen nicht unerhebliches Interesse.

Doch durch das Tor dieser Bildungsvereine schlüpfen bald auch die Remigranten der 48er Revolution sowie innere Emigranten samt jungen Revolutionären und infizierten die in Bewegung geratenen Arbeiter mit sozialistischem Gedankengut. Denn die neue kapitalistische Produktionsweise hatte in ihrer noch ungebremsen Brutalität spätestens mit dem Gründerkrach von 1873 Kapitalismuskümmigkeit ausgelöst. Eine sozialistische Arbeiterbewegung und ein sozialistisches Arbeitermilieu entstanden, eine in dieser Art einmalige Synthese zwischen sozialistischen Ideen und Arbeiterschaft – natürlich nicht der gesamten Klasse, nicht einmal ihrer Mehrheit, aber in der Öffentlichkeit durchaus dominant. Die, nicht zuletzt von Karl Marx verfochtene, These, daß das Proletariat auserwählt sei, die Menschheit von Ausbeutung und Unterdrückung wenn auch nicht gerade zu erlösen so doch zu befreien, schien glänzend bestätigt.

In Wirklichkeit geschah aber etwas anderes: Die Beleidigten, Erniedrigten und Verlassenen hatten binnen zwei Jahrzehnten um eine sozialistische Partei herum der Mehrheitsgesellschaft eine eigene Gesellschaft gegenübergestellt: vom Konsumverein bis zum Abstinenzlerbund, von der Unterstützungs- bis zur Bausparkasse, von den Gewerkvereinen, den späteren Gewerkschaften, bis zum Freidenkerbund für Jugendweihe und Beerdigung, von den Turnvereinen bis zum Volkshaus und der Freien Volksbühne, mit eigenen Verlagen, eigenen Zeitungen, eigenen Zustelldiensten – einmalig in der Weltgeschichte und so auch nicht wiederholbar.

Die Partei, die während des »Sozialistengesetzes« zwölf Jahre lang verfolgt und am Ende siegreich geblieben war, da sie im proletarischen Milieu schwamm wie der Fisch im Wasser, hatte – nicht zuletzt international – ein enormes moralisches Kapital angehäuft.

Trotzdem handelte es sich um eine sozialistische Notgemeinschaft, in der freiwillig nur wenige verblieben. Da in der ersten und oft auch zweiten Generation der soziale Auf- und Ausstieg meist unmöglich waren, verlagerten sich die Hoffnungen vieler auf die nächste Generation, »die es einmal besser haben sollte«.

Die Führer der Partei und der Gewerkschaften waren innerhalb weniger Jahre zu mächtigen Männern aufgestiegen, sie verfügten über gewaltige Ressourcen, wußten jedoch seit dem Sozialistengesetz auch, daß das von ihnen konstruierte Gebäude ständig gefährdet war. Die sozialistische Idee benötigten sie als ideologischen Bindekitt, mit dem sie ihrer Notgemeinschaft einen höheren Zweck zu verleihen suchten. Noch 1903 hatten sie nach einem langen Streit um Weg und Ziel – der sogenannten Revisionismusdebatte – einem revolutionären Weg zum Sozialismus ihren Segen erteilt. Privatim glaubten sie, seitdem sie großen Organisationen vorstanden, allerdings längst nicht mehr an ihn; noch weniger wünschten sie ihn. Statt dessen gedachten sie, ihre Minderheitsgesellschaft durch ständigen Zuwachs

– nichts zuletzt an Parlamentssitzen – in eine sozialistische Mehrheitsgesellschaft zu verwandeln und so zum Sozialismus zu gelangen.

Von diesem Plan trennten sie sich jedoch um 1907, nach einem Wahldebakel. Sie hatten begreifen müssen, daß sie dabei waren, sich zu Tode zu siegen. Denn spätestens mit dem Fall des Sozialistengesetzes 1890 waren die deutschen Eliten vom (vorerst verlorenen) Bewegungskrieg zum Stellungskrieg samt Zugeständnissen an proletarisierte Existenz und Seele übergegangen. Die Mehrheitsgesellschaft begann, wenn auch vorerst nur langsam, sich gegenüber den Unterprivilegierten zu öffnen. Die Kehrseite dieses sozialistischen Erfolges: In der Minderheitsgesellschaft verfloß die Kapitalismuskümmigkeit; die Sehnsucht, zur Mehrheit zu gehören, wurde übermächtig. Das Nervengift des Totschlag-Nationalismus, das diese Mehrheitsgesellschaft zusammenhielt, kontaminierte nun auch das proletarische Milieu und wurde neben dem Sozialismus zu dessen zweiter ideologischer Konstante – ein verheerendes Amalgam.

Halb zog die Mehrheitsgesellschaft die Minderheit, halb sank sie hin. Strategisch befanden sich die proletarischen Führer nun auf der Verliererstraße; fortan setzten sie nicht mehr auf eine zu erringende sozialistische Mehrheitsgesellschaft, sondern auf eine Machtteilung – und die proletarischen Massen folgten ihren sozialdemokratischen Führern überall hin, bis zu den Schlachtbänken des Weltkrieges.

1917

Am zwölften Jahrestag des Petersburger Blutsonntags, man schrieb nach Julianischer Zeitrechnung den 9. Januar 1917 und befand sich im dritten Weltkriegswinter, sprach im friedlichen Zürich der Jakobiner aus Simbirsk, ein weithin unbekannter Emigrant, zu einigen unbekanntem Emigranten, zumeist aus dem russischen Reich. Er stand wenige Monate vor seinem 46. Geburtstag, hatte sein Leben mit dem Herbeiführen der Revolution verbracht – was er sich hatte leisten können, weil er nicht einen einzigen Tag mit Erwerbsarbeit hatte vertun müssen – und konnte auch an diesem Morgen seine Depressionen nur schwer verbergen. Er und die anderen Alten würden die Revolution wohl nicht mehr erleben, aber die Jüngeren unter den Anwesenden sehr wohl, denn die Revolution werde in jedem Fall kommen. Sechs Wochen später brannte Rußland – der Sturz des Zarismus hatte dieser Berufsrevolutionäre nicht bedurft.

Nach ihrer Heimkehr an die Newa bekam die Rechts-Links-Unterscheidung noch einmal einen Sinn, schlug Lenin doch im Namen seiner Gruppierung, der Bolschewiki – jedoch ohne deren Wissen und erst recht ohne deren Zustimmung – die Hand, die ihm die erfolgreichen Revolutionäre des Februar 1917 bei seiner Ankunft entgegenstreckten, brüsk aus. Er kannte die These von Engels, daß die erreichbaren Ergebnisse einer Revolution nur zu sichern waren, wenn sie weit über das Erreichbare hinaus nach links getrieben wurde, so daß beim unvermeidbaren Rückschlag das Pendel im Bereich des Möglichen zu stehen kam, die Revolution also nicht auf ihren Ausgangspunkt zurückgeworfen würde.

Doch das allein war nicht Lenins Antrieb. Für ihn waren die formalen Menschenrechte nur zu sichern, wenn sie um die sozialen Menschenrechte erweitert wurden – und zwar mit aller Konsequenz.

Jörn Schütrumpf: Kapitalismuskümmigkeit, in: Das Blättchen, 2007, H. 4.

»Nikolaj Čcheidze, ein Menschewik und Vorsitzender des Petrograder Sowjets, erschien, um den zurückkehrenden Führer der Bolschewiki zu begrüßen. Vor dem Bahnhofsgebäude hatten sich zahlreiche Arbeiter und Soldaten versammelt ... Dann begannen die Feierlichkeiten schiefzuziehen. Lenin wollte mit dem Geist der allgemeinen Verbrüderung nichts zu schaffen haben ... Čcheidze begrüßte ihn als hochangesehenen Emigranten und appellierte an alle Sozialisten, zusammenzuarbeiten, doch Lenin würdigte ihn kaum eines Blickes und erwiderte die Ansprache mit dem Aufruf zur ›sozialistischen Weltrevolution‹ ... Lenins Worte bestürzten praktisch jeden, der sie in jener Nacht zu hören bekam; viele Zuhörer glaubten, daß er verrückt geworden sei. Kamenew und andere führende Bolschewiki waren

perplex und hofften nur, Lenin werde wieder zur Vernunft kommen, sobald er die lange Trennung von der Heimat überstanden hatte. Sogar Nadežda Konstantinovna [Lenins Frau – J. S.] scheint an seiner geistigen Verfassung gezweifelt zu haben.«
Robert Service: Lenin. Eine Biographie, München 2000, S. 347 f.

Für ihn war die russische Revolution die Eröffnungsrevolution einer weltweiten Revolution zu sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit.

Die Rechts-Links-Konstellation im Lager der Revolution war aber keineswegs so naturwüchsig wie 1789 ff. Im Interesse seiner eigenen Handlungsfreiheit denunzierte Lenin Menschen, die zwar weitgehend seine Auffassungen teilten, aber auf der gleichen Augenhöhe bestanden, als »Rechte« und verließ der Rechts-Links-Unterscheidung so etwas Künstliches und Willkürliches – eine Praxis, die mit anderen Begriffen ursprünglich die Inquisition inauguriert hatte und die eine neue Inquisition zeugen sollte.

Die Kriegsmüdigkeit und die Landfrage hatten fast alle Gebiete Rußlands in hellen Aufruhr versetzt; ab Sommer 1917 fand er seinen politischen Ausdruck am adäquatesten in den Forderungen der Bolschewiki, wodurch sie vom Rand ins Zentrum der politischen Auseinandersetzungen gelangten. In der im Bauernland Rußland sozial alles entscheidenden Landfrage hatten die Bolschewiki sogar ihre eigene Position – Verstaatlichung des Bodens – zugunsten der Massenstimmung – Bodenreform via Aufteilung und Schaffung einer breiten grundbesitzenden Klasse – aufgegeben. Damit hatten sie ihre »proletarische Revolution« mit einem Kleinstproletariat (zwei Millionen gegenüber 160 Millionen Bauern) taktisch in die Vorhand, strategisch aber in die Falle manövriert.

Ihre Machtergreifung im Oktober 1917 war eine Konsequenz dieser Konstellation und keineswegs ein Putsch; die Art, wie sie die einmal errungene Macht dann verteidigten, trug aber putschistischen Charakter. Sie hatten die Revolution nach links getrieben und die Lösung der Landfrage, die seit Frühjahr 1917 in den Dörfern vor Ort entschieden worden war, durch ihr Dekret über den Boden legitimiert. Doch entscheidend für sie war die »Weltrevolution«, die einst Heinrich Heine in Anlehnung an Goethes »Weltliteratur« kreierte hatte. Die Bolschewiki verstanden sich als Vorkämpfer dieser Weltrevolution, die sie aber nicht von Heine, sondern von Marx geerbt glaubten: Sie sahen sich als Platzhalter und damit als jemanden, der eine Tür geöffnet hatte, durch die die eigentlichen Helden, die Revolutionäre des industriegesellschaftlich entwickelten Westens, erhaben Hauptes noch schreiten sollten.

Mit der Machtergreifung der Bolschewiki hatte die russische Revolution ihren Zenit erreicht, von nun an konnte das Pendel nur noch zurück in Richtung Restauration schlagen. Um das wenigstens äußerlich zu verhindern, waren die Bolschewiki bereit, fast alles zu tun, sogar die formalen Menschenrechte, die einst in den Revolutionen Nordamerikas und der der Franzosen erstmals erkämpft worden waren, zu suspendieren.

Damit machten sie aber nur scheinbar »links« von den Jakobinern weiter. Denn die waren heroisch genug gewesen, Revolutionäre zu bleiben, also sich im Rahmen der Revolution zu halten: Statt die Demokratie ihrer Selbst- und Machterhaltung darzubringen, opferten sie sich im Namen der Demokratie selbst. Indem die Bolschewiki versuchten, der Revolution Dauer zu verleihen, verließen sie letztlich den Rahmen der Revolution – in Richtung permanentem Ausnahmezustand. Rückblickend meinte Trotzki, auch er habe sich an der Macht stets wie ein Illegaler bewegt.

Schon auf dem III. Parteitag der SDAPR – 1905 – machte Lenin keinen Hehl daraus, wie er in einer Revolution vorzugehen gedachte: »Die demokratische Diktatur ist ... eine Organisation des Krieges. Selbst wenn wir Petersburg eroberten und Nikolaus guillotinierten,

Mit dem Auseinanderjagen der Konstituante im Januar 1918 gelang es den Bolschewiki zwar, die – jeder Revolution eigene – Fraktionsabfolge zu unterbrechen, aber keineswegs das Zurückfluten der Revolution zu verhindern. Indem sie die Fraktionsabfolge unterbrachen, waren die Bolschewiki gezwungen, die jeweiligen Funktionen Schritt für Schritt selbst auszuüben. Während in der aufsteigenden Phase der Revolution die Führung von rechts immer weiter nach links wandert und zumeist in jeder neuen Stufe eine neue Gruppe die Macht übernimmt, wandert sie in der absteigenden Phase von links nach rechts: von W. I. Lenin bis zu Boris Jelzin, der dann aber weder gewillt noch – so wie seine Vorgänger – in der Lage gewesen war, die von der Oktoberrevolution freigesetzte bürgerliche Gesellschaft zu unterdrücken.

Aus ihrem Selbstverständnis als Avantgarde einer künftigen Gesellschaft, in der alle Ausbeutung und Unterdrückung beseitigt sein sollten, zogen sie die ihnen für ihr Handeln hinreichend scheinende Legitimation. Die Frage nach Mehr- und Minderheiten erklärten sie zu formalem, wenn nicht gar konterrevolutionärem Unfug: Mit uns zieht die neue Zeit. Wenn möglich, mit der Mehrheit, wenn nötig; ohne sie, schlimmstenfalls gegen sie. Damit wurde der Lebensnerv zwischen Revolution und Demokratie, zwischen Sozialismus und Demokratie zerschnitten. Revolution und Sozialismus schlüpften in eine autoritäre Gestalt, die ihrerseits schnell übermächtig wurde und die beiden sich nur noch als zierenden Federschmuck zu »Kampf- und Feiertagen« ans Haupt klebte.

Da im Ausnahmezustand formale Menschenrechte bestenfalls als jederzeit suspendierbares Zugeständnis existieren, konnten unter der Herrschaft der Bolschewiki auch die »Kinder« der formalen Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Zivilgesellschaft, nicht freigesetzt werden. Das einzige zivilgesellschaftliche Element, das sich unter diesen Bedingungen prächtig zu entwickeln vermochte, war eine Sumpflüte: die organisierte Kriminalität.

Mit dem Ausschalten aller anderen revolutionären Strömungen hatte die Rechts-Links-Unterscheidung endgültig jeden Sinn verloren. Links wurde zur Nebelwand, hinter der sich die wahren Verhältnisse, ein neues Unten und Oben, verbargen. Die Revolution, die die formalen um die sozialen Menschenrechte hatte ergänzen sollen, doch das Gegenteil gezeugt hatte, war vor 1789 zurückgefallen.

In den Jahrzehnten bis 1991 durchlief die Herrschaft der Bolschewiki alle Phasen einer absteigenden Revolution – qualvoll: für sie selbst, für die ihnen ausgelieferte Gesellschaft und für alle, die gewillt waren, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein beleidigtes, erniedrigtes und verlassenes Wesen ist. Die Bolschewiki folgten dabei Schritt für Schritt stets sich selbst.

Mit der Niederschlagung des Kronstädter Aufstandes im Jahre 1921 entmachteten sie die Arbeiterschaft politisch – eine Entmachtung, die in Rußland bis zum heutigen Tage anhält. Mit der Neuen Ökonomischen Politik begann die Suche nach einer neuen sozialen Basis. Anfänglich sollte es ein Staatskapitalismus werden. Doch die Herrschaft der Bolschewiki wurde in Wirklichkeit zum bonapartistischen Tanz über den Klassen. In Land und Stadt entfalteten sich die kapitalistische Produktionsweise und die von ihr geprägte Klassen-

hätten wir einige Vendées vor uns. Marx ... sagte, der Terrorismus von 1793 sei nichts als eine plebejische Manier gewesen, mit dem Absolutismus und der Konterrevolution fertig zu werden. Auch wir ziehen die »plebejische« Manier, mit der russischen Selbstherrschaft fertig zu werden, vor und überlassen der »Iskra« die girondistischen Manieren.

W. I. Lenin: Referat über die Teilnahme der Sozialdemokratie an einer provisorischen revolutionären Regierung. 18. April [1. Mai] 1905, in: LW, Bd. 8, S. 389.

»Die ideelle Weihe darf dem Kasernenleben nicht fehlen, sie wird hergestellt durch den Kasernenkommunismus, wodurch der Verachtung gemeiner bürgerlicher Tätigkeit eine höhere Bedeutung erwächst. Da diese kommunistische Kaserne indes nicht mehr unter den Kriegsartikeln steht, sondern nur unter der moralischen Autorität und dem Gebot der Aufopferung, so kann es nicht fehlen, daß zuweilen Prügeleien über die gemeinschaftliche Kasse entstehen, wobei die moralische Autorität nicht immer ohne ein blaues Auge davonkommt. Findet sich irgendwo in der Nähe ein Handwerkerverein, so kann dieser als Rekrutierungsanstalt für das anzuschaffende Korps benutzt ... werden. Vielleicht läßt es sich auch einrichten, daß im Hinblick auf die höhere prinzipielle Bedeutung, die die Kaserne für die Zukunft des Proletariats hat, der Verein Gelder in die Menage liefert. In der Kaserne wie im Verein wird das Predigen und die patriarchalisch-klätschelnde Manier des persönlichen Verkehrs nicht ohne Wirkung bleiben. Der Parteigänger verliert auch im Frieden seine unentbehrliche Zuversicht nicht, und wie früher stets nach jeder Schlappe für den morgenden Tag den Sieg, so verkündet er nunmehr stets die moralische Gewißheit u. d. philosophische Notwendigkeit, daß es binnen vierzehn Tagen ›losgehn‹ werde, nämlich es.«
Karl Marx, Friedrich Engels: Die großen Männer des Exils [1852], in: MEW, Bd. 8, S. 322.

und Sozialstruktur prächtig. Es war nur ein Frage der Zeit, wann die neuen Reichen der Herrschaft der Bolschewiki ein Ende gemacht hätten.

Dem kamen Stalin, Kaganowitsch und die anderen Exponenten der in den zwanziger Jahren entstandenen neuen politischen Klasse zuvor. Sie zerschlugen – beginnend mit der Kollektivierung, die keine Kollektivierung, sondern eine Versklavung war – Stück für Stück die Gesellschaft und ersetzten sie durch eine Militärgesellschaft. An die Stelle von Entwicklung setzten sie den »Aufbau«, sie versuchten immer wieder, die zum Durchbruch drängenden Tendenzen zu unterdrücken und das »Wasser bergauf fließen zu lassen«, letztlich also selbst Gott zu spielen. Terrorwelle um Terrorwelle ließen sie zu diesem Zweck über das Land rollen und Freund und Feind vernichten. Sie haben für »die Sache« niemanden geschont.

Marx und Engels hatten einst einen Kasernenkommunismus als Karikatur auf die Idee einer von Ausbeutung und Unterdrückung befreiten Gesellschaft antizipiert und sich darüber lustig gemacht. An der russischen Variante war jedoch überhaupt nichts lustig. Daß der Hitlerfaschismus noch schlimmer wütete und an den Völkern der Sowjetunion – und keineswegs am »Organisator des Sieges« – scheiterte, machte den russischen Kasernenkommunismus nicht besser.

Chruschtschow – auch er ein blutbesudelter Massenmörder von Stalins Gnaden – hatte immerhin so viel Vernunft, die Entwicklung zurück ins alte Flußbett zu lenken; der Kasernensozialismus wandelte sich in eine staatskapitalistisch verfaßte Gesellschaft. Am Ende warf die herrschende politische Klasse die staatliche Form des kapitalistischen Eigentums ab und privatisierte es. Jelzin war der Vollstrecker einer Entwicklung, die trotz allen Blutes und Terrors nicht hatte verhindert werden können. Er machte den letzten Schritt der Oktoberrevolution, deren Exponenten geglaubt hatten, eine bessere Welt zu finden, und in Rußland doch nur eine bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft hatten freisetzen können.

1918

Auch in Deutschland stellte sich scheinbar noch einmal eine Rechts-Links-Konstellation her: durch eine kleine Gruppe um Rosa Luxemburg und Franz Mehring, die auf revolutionären Positionen verharrete und zu der nach Weltkriegsbeginn auch Karl Liebknecht stieß. Bald wurde sie Spartakusgruppe genannt. Ihre Anhänger sahen sich in der Tradition der Linken von 1789 ff. und in der von Karl Marx, lehnten aber das Avantgarde-Verständnis der Bolschewiki ab. Sie verstanden sich zwar ebenfalls – wie die Bolschewiki auch – als der aufgeklärteste Teil der sozialistischen Bewegung, glaubten aber, daß nur die Bewegung, nicht aber die Avantgarde die Entscheidungen der Bewegung treffen durfte. In der Entscheidung von Minderheiten »im Interesse von Mehrheiten« (»der Arbeiterklasse« etc.) sahen sie einen Pfad, auf dem die Mittel selbst bei allerbestem Willen der Akteure die Ziele nur verderben konnten.

Jegliche Geheimbündelei und jegliche Organisationsfixiertheit, hinter der sich immer noch stets der Zentralismus zu verbergen gewußt hat, waren ihnen fremd. Aber ausgerechnet sie gerieten während des Weltkrieges – nicht zuletzt durch das Zutun der Führung ihrer

eigenen Partei, der SPD, der ein gutes Verhältnis zum kaiserlichen Staat längst deutlich wichtiger war als zu den eigenen Leuten, zumal wenn sie an »veralteten Auffassungen« festhielten – in die Situation eines Geheimbundes, der immer tiefer in die Illegalität hineingetrieben wurde. Frauen wie Bertha Thalheimer und Rosa Luxemburg kamen ins Gefängnis oder in »Schutzhaft«, Männer an die vorderste Frontlinie; Rückkehr unerwünscht. Gustav Noskes Zustimmung im Januar 1919 zur Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg stand ganz in der Kontinuität des vertrauensvollen Zusammenwirkens zwischen SPD- und Reichswehrführung während des Krieges und der Vereinbarung zwischen SPD-Chef Friedrich Ebert und Generalquartiermeister Wilhelm Groener vom 10. November 1918, die Revolution niederzuwerfen.

Das war möglich, weil die proletarischen Massen, die sich von ihren sozialdemokratischen Führern sogar in den »Heldentod« hatten schicken lassen, 1918 zwar von einer Kriegs-, aber keineswegs von einer Kapitalismuskümmigkeit befallen worden waren. Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Genossen vermochten nicht, zwischen beidem zu unterscheiden, und zahlten dafür den höchsten Preis.

Im November 1918 wiederholte sich letztlich die Konstellation von 1848: Die Linke blieb im Revolutionslager ohne Rechte; die SPD-Führung stand – wie 1848 das liberale Bürgertum – aus gut verstandenem Eigeninteresse vom ersten Moment an im Lager der Konterrevolution. Diese »gescheiterte Revolution« bescherte Deutschland eine für ihre Zeit sehr demokratische Republik samt Frauenwahlrecht und Betriebsräten. Aber da diese Revolution wesentlich von einer schnell zerfallenden Soldatenbewegung getragen worden war, mangelte es dieser Republik an sozialer Verankerung.

»Links« war längst zur unsichtbaren Mauer geworden, die die emanzipatorischen Kräfte von der Gesellschaft trennt. Das hatte sich schon erstmals 1914 gezeigt: in den wohlwollenden Reaktionen der SPD-Klientel auf die – eindeutig »rechte« – Entscheidung ihrer Reichstagsfraktion, den Kriegskrediten zuzustimmen. Die Rechts-Links-Konstellation spiegelte nun nicht einmal mehr scheinbar signifikante Konstellationen wider. Denn Umbrüche in den Tiefen der Gesellschaft hatten schwerwiegende Umorientierungen bewirkt. Und das keineswegs nur in Deutschland: Józef Piłsudski, Benito Mussolini und die ersten Nationalsozialisten – sie agierten im mährischen Iglau – wechselten nicht zufällig von der Linken ins Lager der vorauseilenden Konterrevolution. Sie wußten, woher sie kamen.

Der Faschismus gilt heute noch als rechts, ebenso wie der Stalinismus – nicht nur seinen Anhängern – als links gilt. Dabei passen weder er noch der Faschismus ins Rechts-Links-Schema der bürgerlichen Revolutionäre. Deshalb wurde dieses Schema »weiterentwickelt«: Rechts und links wurden ihm »Extreme« angeklebt – eine eher hilflose und die wirklichen Verhältnisse beschönigende Operation.

Von der Kapitalismuskümmigkeit, die – anders als 1917 in Rußland – 1918 in Deutschland nicht massenhaft aufgetreten war, profitierte, als sie dann doch ausbrach, der sich antikapitalistisch gebärdende Faschismus der Nationalsozialisten. Bis das soweit war, hatte es allerdings noch einer alle Geld- und Moralwerte vernichtenden Inflation, einer sogenannten Stabilisierung, in der die nicht abgesicherte Ar-

Das Zusammenwirken von SPD- und Reichswehrführung während des Ersten Weltkrieges wäre ein interessantes Thema für eine Dissertation.

»Eine Niederlage erblicke ich ferner darin, daß es uns nicht gelungen ist, dem riesenhaften Anschwellen der Nazis Einhalt zu gebieten. ... Außerdem befinden sich unter der Hitlererfolgschaft unstreitig auch viele proletarische Elemente, die sich sowohl von der SPD wie von der KPD enttäuscht fühlen. Gerade die Sturmkolonnen der Nazis enthalten ein gut Teil arbeitsloser Proletarier. Die zwifache Niederlage unserer Partei kann und darf um so weniger verschwiegen werden, als die objektive Situation günstigste Vorbedingungen für unsere Aktion geschaffen hat und täglich weiter schafft. Die ungeheure Spanne zwischen der günstigen objektiven Situation und dem rückständigen subjektiven

Faktor der geschichtlichen Entwicklung zu verkleinern, zu überwinden ist die historische Aufgabe unserer Partei. Sie hat bis jetzt das Examen auf die Erfüllung dieser Aufgabe leider sehr schlecht bestanden. Das darf nicht eine Minute verschleiert oder beschönigt werden.«

Clara Zetkin an Wilhelm Pieck, 14. März 1932, in: Florence Hervé (Hrsg.): Clara Zetkin oder: Dort kämpfen, wo das Leben ist, Berlin 2007, S. 126.

Margarete Buber-Neumann: Als Gefangene bei Stalin und Hitler. Eine Welt im Dunkel, Stuttgart 1958.

beitslosigkeit kaum unter acht Prozent gesunken war, und der Katastrophe der Weltwirtschaftskrise bedurft.

Der Arbeiterbewegung war längst die Bewegung abhandengekommen. Zudem war das organisierte Proletariat gespalten: in einen sozialdemokratischen Koloß auf tönernen Füßen, dessen Vorsteher sich nur noch auf die Rolle des »Arztes am Krankenbett des Kapitalismus« verstehen mochten, und in eine fremdfinanzierte »Bruderpartei«. Die bediente statt der Interessen ihrer eigenen Klientel die Wünsche eines ausländischen Staates – dessen innere Zustände sie mit viel Sozialromantik erfolgreich zu verschleiern wußte. 1932/33 dann stürzte sie sich mit absurder Propaganda für ein Sowjetdeutschland und mit Sozialfaschismuspöbeleien auf den Lippen in den Abgrund und riß viele ihrer Anhänger ins Unglück. Selbst große Teile ihrer eigenen Führung wurden ausgelöscht, wobei in der Arbeitsteilung zwischen deutschen Nationalsozialisten und russischen Stalinisten letztere der KPD den höheren Blutzoll auferlegten und das Verhältnis letzten Endes nur deshalb wieder etwas zu ihren Ungunsten verschoben, weil sie in der Zeit der unverbrüchlichen Freundschaft zwischen Josef Stalin und Adolf Hitler (1939-1941) Kolonnen von Todgeweihten an die Gestapo überstellten, die ihrerseits aber nicht alle umbrachte, so daß einige Todgeweihte 1945 sich ein zweites Mal der Liebe des »Vaterlandes der Werktätigen« ausgesetzt sahen. Im Namen der »Linken«, versteht sich.

2007

Trotzdem ist der Bezug auf das Erbe der Linken von 1789 ff. durchaus immer noch sinnvoll und aller Ehren wert – zumindest wenn dieses Erbe als Traditionsbestand und nicht als Selbstreferenz behandelt wird. Denn »links«, ursprünglich ein Ehrentitel für jene, die gewillt waren, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist – so Karl Marx in Anlehnung an Ludwig Feuerbach, dessen kategorischen Imperativ er aus der Religionskritik in die Kritik der Lebenswirklichkeit holte –, hat sich längst in ein goldenes Gehäuse verwandelt. Die Taue, mit denen die »Linke« trotz aller Fragwürdigkeiten einst in der Gesellschaft verankert war, sind spätestens seit 1933 – wenn man ganz ehrlich ist: seit 1918 – zu unscheinbaren Fädchen zerschlossen.

Bei der Aufrechterhaltung des Rechts-Links-Schemas hat die »Linke«, völlig guten Gewissens, ihre – zugegeben, nicht vorsätzlich erwählten, aber dafür zuverlässigsten – Partner in den kapitalverursachten Eliten gefunden. Denn die hätscheln mit nicht erlahmender Zuwendung das Gottesgeschenk, das ihnen die Französische Revolution machte. Sowohl in den USA – »Demokraten« versus »Republikaner« – als auch in Europa wird seit Jahrzehnten von diesen Eliten mit Vorsatz die Fortschreibung der Rechts-Links-Konstellation betrieben: gerade weil sie mit den Verhältnissen, die heute in der Gesellschaft herrschen, kaum noch etwas zu tun hat und deshalb für diese Eliten völlig ungefährlich ist. Politik in der Rechts-Links-Konstellation bildet eine Nebelwand, die den Blick auf die Gesellschaft in Schleier legt. Und die oft naive – oder ist sie vielleicht gar nicht so naiv? – »Linke« spielt überall mit.

Etwa die Hälfte der deutschen Wähler kann sich heute schon nicht mehr im Rechts-Links-Schema wiederfinden, denn diese Konstellation hat mit ihrer Lebenswirklichkeit kaum noch etwas zu tun. Diese Wähler haben sich immer wieder überzeugen lassen, an dem Rechts-Links-Spiel zu beteiligen, das SPD und CDU mit nicht erlahmender Chuzpe simulierten. Bis diese Wähler irgendwann begriffen, daß es schon seit langem nicht mehr um links oder rechts, sondern nur noch um unten oder oben geht – beides aber, sehr absichtsvoll, nicht zur Abstimmung gestellt wird.

Der Sozialstaatsgesellschaft der Bundesrepublik läutete mit dem Fall der Mauer das Totenglöckchen. Doch was macht seitdem die »Linke«? Statt auf die sich ausbreitende Kapitalismuskümmigkeit mit einer intelligenten Kritik an der grassierenden Asozialität der deutschen Eliten als den Nutznießern der jetzigen Produktionsweise zu reagieren, tut sie seit der friedlichen Herbstrevolution so, als seien die westdeutschen Zustände der siebziger Jahre für ewig festgeschrieben. Ihre Politik unterscheidet sich kaum von der, die einst die SPD-»Linke« praktizierte: da, mitunter sogar scharf formulierte, Kritik, hier Verteidigung einer einmal errungenen, heute aber längst nicht mehr haltbaren Position, dort ein kleiner Entlastungsangriff – alles in der Hoffnung, in einer der nächsten Koalitionen doch noch als Mittäter zugelassen zu werden. Das Stadion der siebziger Jahre, in dem all diese Spiele eine gewisse Berechtigung hatten, existiert aber längst nicht mehr. Denn die deutschen Eliten haben nach dem Fall der Mauer – nahezu geräuschlos – den Übergang zu einem Bewegungskrieg gegen den »Rest der Gesellschaft« vollzogen.

Die Linke aus West und Ost, alles andere als unschuldig und morgens schön, wird im Moment von der Ohnmacht eines abzusehenden Scheiterns aufs gemeinsame Lager gezwungen. Die einen sind gar nicht erst auf die Beine gekommen, die anderen können sich kaum noch auf ihnen halten. Doch Vernunftfeiern sind manchmal ganz erfolgreich. Denn trotz aller Probleme kann das gemeinsame Kind gesund zur Welt kommen; vorausgesetzt man beabsichtigt, eins zu zeugen und nicht, gut gebettet, sich auf den Stufen des Reichstages zur letzten Ruhe zu legen. Dafür haben die kapitalverursachten Eliten jedoch schon alles vorbereitet: Die Falle – die Ablösung der SPD durch die gesamtdeutsche Linke – steht weit geöffnet im Raum. Denn: The show must go on. Manche scheinen es gar nicht erwarten zu können.

Wendet man jedoch den Kopf aus dem »Raumschiff Politik« auf die gesellschaftliche Wirklichkeit, wird man kaum am eigentlichen Elend vorbeischaun können: Denn längst wird nicht mehr nur der Lohnarbeiter ausgebeutet. Neben die Gewinne, die aus der Ware Arbeitskraft geschöpft werden, treten immer häufiger Gewinne, die auf Monopolen beruhen. Energie, Wasser, Bildung, Gesundheit, Altern et cetera sind zu Quellen von Profit pervertiert worden. Eine ganze Gesellschaft steht einer parasitären Oligarchie gegenüber. Nur wenn sich diese Gesellschaft – das »Unten« – gemeinsam wehrt und dafür einen politischen Ausdruck findet, der individuelle und soziale Emanzipation untrennbar und gleichberechtigt verfolgt, wird sich ein Weg zu einem menschenwürdigen Leben für alle freilegen lassen. Die Linke hätte dann noch einmal eine Funktion: aus dem Rechts-Links-Spiel auszusteigen, um diese neue politische Kraft zu entbinden.

MARTIN SCHIRDEWAN

Vorwärts in die Gegenwart

Die Zeit drängt. Nicht, dass ein Häuschen im Grünen mit dichter, vor fremden Blicken und Geräuschen schützender Hecke kein lohnenswertes Ziel wäre. Doch schafft man sich ein Refugium, endet die eigene Neugier häufig an der Gartenpforte.

Dieser Artikel versteht sich als neugierig und fragend. Fragend nach den drängenden Erfordernissen und Entwicklungen der Zeit. Wobei die Frage als Schritt zur Kritik verstanden und der Kritik die Funktion des Denkanstoßes zugewiesen wird. Kritik wird hier verstanden als kultureller Prozess auf dem Weg zu einem humanen Verständnis von Gesellschaft. Am Ende einer solchen Überlegung könnte eine freie, friedliche, kulturvolle, gerechte, also eine sozialistische Gesellschaft stehen.

Wer fragt, kann an und mit den Antworten scheitern. Selbst wer Antworten findet, kann irren. Häufig sogar. Deshalb erhebt der Fragende und Antwortende hier nicht den Anspruch, wahres und wirkliches Bewusstsein zu schaffen. Das wäre anmaßend. Die folgenden Überlegungen sind lediglich: Überlegungen. Wenn sie einen Diskurs initiierten, indem verschiedene Antworten auf die gleichen Fragen gegeben würden, hätten sie ihr Ziel erreicht. Denn dann würden die Antwortgebenden einen offenen Raum betreten, innerhalb dessen sie aus der Kritik heraus eine gemeinsame Erkenntnis gewinnen könnten. Und aus dieser Erkenntnis könnte Veränderung resultieren, wenn neu gewonnenes Bewusstsein in Handeln umgesetzt würde.

Die Konjunktive verdeutlichen eines: Es gibt keine Gewissheit, das Richtige zu tun. Passivität jedoch erscheint als das einzig wirklich Falsche.

Parallelgesellschaft Parlamentarismus

Das funktionsfähige und vitale System des Parlamentarismus wirft permanent Fragen nach seiner Effizienz auf. Warum entscheiden die demokratisch legitimierten Volksvertreter gegen die Mehrheitsmeinung des von ihnen repräsentierten Volkes? Wie kürzlich wieder geschehen bei den Beschlüssen des Bundestages zur Ausweitung der Lebensarbeitszeit (Rente mit 67) und zum Einsatz der Tornado-Flugzeuge in Afghanistan. Irrig, fast schon irrsinnig erscheint die Entscheidung für die Rente mit 67 angesichts der hohen Altersarbeitslosigkeit und der hohen Arbeitslosigkeit allgemein. Und nein, natürlich ist der Einsatz der Tornados kein Kampfeinsatz, denn bei der Bundeswehr handelt es sich lediglich um eine friedensschaffende Armee, die den Aufbau ziviler Strukturen im umkämpften Sü-

Martin Schirdewan –
Jg. 1975, Diplom-Politik-
wissenschaftler, seit 2001
Redakteur bei UTOPIE
kreativ; zuletzt: Zwischen
Macht und Anarchie, Heft
150 (April 2003)

den Afghanistans vorantreibt. Im Interesse der afghanischen und, wie man seit Peter Struck weiß, auch der deutschen Bevölkerung.

Die Kette solcher Beispiele ließe sich über etliche Seiten fortsetzen. Nur lohnt es nicht. Denn die aufgeworfenen Fragen sind einfach zu beantworten. Der Dialektik verbunden, hier aus verschiedenen Perspektiven. Der Großkoalitionär behauptet sicherlich, er handele in übergeordnetem Interesse, das sich der Kenntnis des Individuums entziehe. Dieses werde jedoch zukünftig davon profitieren und dann anerkennen, dass die paternalistisch-benevolente Entscheidung die richtige gewesen sei. Und entmündigt damit den Bürger, der sich in seinem unmittelbaren Interesse nicht vertreten sieht. Die Opposition kritisiert die Entscheidung und argumentiert bestenfalls mit den Interessen des Bürgers. Jedoch kann sie diese gegen die Koalition nicht durchsetzen.

Soweit zur Funktionsfähigkeit des politischen Systems. Es wirkt. Schmerzhaft, ineffizient, undurchsichtig und unverständlich. Aber es wirkt. Die Konjunktur zieht nach offizieller Lesart an, die Arbeitslosenquoten sinken, das Paradies liegt bereits in Griffweite. Nur diejenigen Millionen, die von der robusten konjunkturellen Entwicklung nicht profitieren können, die aus der Arbeitslosigkeit in eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme überantwortet werden, die täglich ihre Deklassierung durch Ein-Euro-Jobs erleiden müssen, haben keine Berechtigung zur Teilhabe am Paradies.

Es ist kein Geheimnis, dass sich auch die Linke am Parlamentarismus beteiligt. Sie tut es völlig zu Recht. Sie ringt um gesellschaftliche Mehr- und Minderheiten und bietet manchmal sogar politische Alternativen an. Und krankt als chronische gesellschaftliche Opposition – sieht man von den aktuellen und gewesenen Beteiligungen an Landesregierungen ab – an den gleichen Symptomen der Ineffizienz, wie ihre politischen Gegner.

In der Konsequenz bedeutet das: Auch die Linke kann mit Hilfe ihrer parlamentarischen Tätigkeit die sozial Deklassierten nicht integrieren.

Das Paradoxon sticht ins Auge. Trotz des Funktionierens des parlamentarischen Systems sind die darin organisierten Parteien kaum mehr zu einer realen Interessenvertretung großer Teile der von ihnen repräsentierten Bürgerschaft in der Lage. Der Teil der Gesellschaft, dem nicht das statistische Paradies winkt – und dieser nimmt nicht ab, sondern zu –, bleibt zurück und bildet eine Parallelgesellschaft heraus, deren Funktionalismen, normative und sprachliche Codierungen von der politischen Klasse nicht mehr erfasst und reflektiert werden. Somit wird der Parlamentarismus selbst zu einer Parallelgesellschaft, deren Wirken in weiten Teilen an den Bedürfnissen der von sozialer, kultureller und ökonomischer Teilhabe ausgeschlossenen Menschen vorbeigeht.

Vorsicht! Die vorhergehenden Bemerkungen sind Pauschalierungen, zugleich Zuspitzungen, Antwortversuche. Keine endgültigen Wahrheiten. Können erwähnte Ineffizienzen aufgehoben werden? Ganz leicht sogar, möchte man meinen, indem sich die inhaltliche Ausrichtung der Politik verändert. Und an diesem Punkt darf jeder wieder sein eigenes Süppchen kochen.

Rückzug des Staates und der Gesellschaft

Wenig schmackhaft jedoch erwiesen sich die politischen Zutatzen der jüngeren Vergangenheit. Arbeitsmarkt- und Sozialreform, Gesundheitsreform, Steuerreform, Haushaltskonsolidierung etc. taten das ihrige, das Image des fürsorgenden Staates in ein Image des liberalisierten Staates zu wandeln. Der Staat und sein Apparat als Nutznießer der Gesellschaft ziehen sich aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung zurück. Auf der einen Seite steigen die Lasten für die Bürger, andererseits werden trotz dieser Mehreinnahmen an Steuergeldern die Mittel für gemeinnützige, soziale, kulturelle, politische Einrichtungen gekürzt. Der Rückzug des Staates aus seiner regionalen Verantwortung wird erklärt mit den alternativlosen Sachzwängen der Globalisierung. Die Argumentation ist entlarvend: Wer Politiken, die unter internationalem ökonomischen Diktat entstehen, als alternativlos bezeichnet, erklärt sich selbst für überflüssig. Die Gesellschaft braucht keine Politiker, die Sachverwalter ökonomischer Interessen sind. Die Gesellschaft benötigt Politiker, die kreativ und innovativ den Herausforderungen einer sich permanent im Wandel und der Entwicklung befindlichen Gesellschaft begegnen und nach Lösungen suchen. Antworten auf Fragen geben, aus ihrer jeweiligen parteipolitischen Perspektive und damit ein Spektrum an Problemlösungsmöglichkeiten aufzeigen. Um die bessere Lösung kann dann in der Öffentlichkeit, mit Hilfe der Medien, gestritten werden. Soweit zur Theorie. Die Praxis ist die des Rückzuges. Wobei der Rückzug des Staates aus seiner gesellschaftlichen Verantwortung einen weiteren Rückzug bedingt, nämlich den der Gesellschaft von sich selbst. Die Gesellschaft, die sich bekanntlich aus ihren einzelnen Mitgliedern, Individuen, Vereinen, Initiativen etc. zusammensetzt, leidet unter der Preisgabe des öffentlichen Interesses durch den Staat. Dort, wo der Rückzug mit Kürzungen einhergeht, kann die Gesellschaft selbst nicht mehr funktionieren und zieht sich somit zwangsläufig von sich selbst zurück. Die Zurückweisung der eigenen sozialen Verantwortung durch den Staat bedingt also einen doppelten Rückzug. Mit fatalen Folgen. Dort, wo sich niemand mehr engagieren kann, tritt ein Zustand der Brache ein. Diese Brachlandschaften umfassen die verschiedensten sozialen Bereiche. Davon betroffen sind z. B. politische Initiativen, Jugend- und Kinderhäuser, -clubs, kulturelle Einrichtungen, Sportvereine. Die Reihe ließe sich fortsetzen und jedem viele etwas ein.

Die Brachlandschaften wieder zum Blühen bringen, erinnert sei an den Doktor aus Oggersheim, muss Aufgabe politischer Bewegungen und Parteien sein. Die Parteien kranken an ihrem Paralleluniversum, dem Vorbei-Agieren an breiten Schichten der Bevölkerung. Soziale Bewegungen haben es da leichter, in den öffentlichen Raum, sei er noch gesellschaftlich organisiert oder schon Brachlandschaft, hineinzukommen. Eine solche Bewegung kann gleichzeitig parteiförmig organisiert sein. Wesentlich ist ihr jedoch, dass sie eine Ansprache an die Bevölkerung außerhalb des Parlaments finden kann, indem sie ein Thema aufgreift, das keinen Platz in der Parallelgesellschaft Parlament einnehmen kann oder aber sozusagen auf der Straße liegt.

In den Branchen selbst entwickelt sich neues, anderes soziales Leben. Ein soziales Leben in der permanenten Improvisation. Das mag

»Konformismus hat es stets gegeben: Heute handelt es sich um eine Auseinandersetzung zwischen ›zwei Konformismen‹, das heißt um einen Kampf um die Hegemonie, um eine Krise der bürgerlichen Gesellschaft. Die alten geistig-moralischen Führer der Gesellschaft spüren, wie ihnen der Boden unter den Füßen schwindet, sie merken, dass ihre ›Predigten‹ halt zu bloßen ›Predigten‹ geworden sind, das heißt zu wirklichkeitsfremden Dingen, reiner Form ohne Inhalt, Hülle ohne Geist; daher ihre Verzweiflung und ihre reaktionären und konservativen Tendenzen: Da die besondere Form von Zivilisation, Kultur, Moral, die sie repräsentiert haben, zerfällt, erklären sie lauthals den Tod jeglicher Zivilisation, Kultur, Moral und verlangen vom Staat repressive Maßnahmen oder schließen sich zu vom realen Geschichtsprozess abgesonderten Abwehrgruppen zusammen und verlängern so die Krise, denn der Untergang einer Lebens- und Denkweise kann sich niemals ohne Krise vollziehen.« Antonio Gramsci: Der Mensch als Individuum und der Massenmensch, in: Ders.: Gedanken zur Kultur, Reclam, Leipzig 1987, S. 39.

auf den ersten Blick romantisch erscheinen, hat jedoch mit der Blauen Blume rein gar nichts zu tun, sondern ist eher von Deprivation und Perspektivlosigkeit gekennzeichnet. In dieser Situation Hilfestellung zu geben, darin liegt dann die Stärke einer politischen Bewegung bzw. Organisation, die bewusst in die Brache hinein agiert, in bewusster Abkehr von der reinen parlamentarischen Lehre. Die Stärke einer solchen Bewegung besteht darin, sich die oben beschriebene Parallelität zu Nutze zu machen und sich mehr oder weniger stark auf beiden Standbeinen bewegen zu können.

Wer kann ein Träger von Veränderung sein in Zeiten des Postfordismus? Der ökonomischen Abwicklung breiter Landstriche in Ostdeutschland mit Entvölkerungs- und Niedergangsszenarien? Der Deindustrialisierung des Ruhrgebietes? Wer bietet seine Hilfe an? Gegenwärtig gibt es in Deutschland nur eine politische Bewegung, die diesen Weg bewusst geht: Die extreme Rechte, formiert um die NPD.

Konzeptionelle Orientierung der Linken im öffentlichen Raum

Die parteiförmig organisierte Linke in den neuen Ländern verstand sich traditionell als Anwalt der kleinen Leute. Aber eben nicht nur, sondern gleichzeitig wies ihr Selbstverständnis in Richtung einer Volkspartei, die auf Augenhöhe, gemessen an Wählerstimmen und Prozenten, mit den anderen beiden Volksparteien SPD und CDU agiert. Dem Volksparteienkonzept liegt die Vertretung mannigfaltiger Interessen verschiedenster, wenn möglich aller Milieus, zugrunde. Eine Volkspartei muss, um Volkspartei sein zu können, in der Lage sein, einen permanenten inhaltlichen Spagat zu vollführen.

Der Linkspartei, vormals PDS, jetzt auf dem Weg zur gesamtdeutschen Linken, gelang dies für einige Jahre mehr recht als schlecht. Doch in den zurückliegenden Jahren machen sich mehrere Trends bemerkbar, die zu einem strukturellen Problem der Linken, gerade in den neuen Ländern, geführt haben.

Zum einen sieht auch sie sich mit dem Rückzug des Staates und der Gesellschaft konfrontiert und hat ebenso wenig wie ihre politischen Kontrahenten adäquate, in diesem Falle integrierende Antworten geben können. Die sich ausbreitende Abwesenheit von Arbeit, Sozialem und Kultur in breiten Regionen wie z. B. Vorpommern oder der Prignitz und anderen führt häufig zu einem Rückgang des politischen Interesses der Betroffenen. Sie sind für die etablierten Parteien, die jede für sich und in ihren durchaus unterschiedlichen Rollen alle die bestehende Parallelwelt Parlamentarismus repräsentieren, nicht mehr ansprechbar. Die Lebenswelt der Menschen unterliegt einem so rapiden Wandel, den die Parteien als Organisationen – auch in ihrer Sprache – nicht vergegenwärtigen können. Zum anderen leidet die Linkspartei am bekannten Überalterungsphänomen, d.h. ihre Mitgliedschaft kann aufgrund biologischer Prozesse nicht die Präsenz in der Fläche, in den Vereinen, Initiativen etc. zeigen, die sie in den zurückliegenden Jahren gezeigt hat. Die Linke verliert an organisatorischer Schlagkraft.

Als These ließe sich formulieren, dass der Rückzug des Staates neben dem zusätzlichen Rückzug der Gesellschaft von sich selbst auch eine Schwächung der Parteien, der wesentlichen politischen Träger des Staates, und damit des Staates selbst bedeutet.

Die gesellschaftliche Brache nicht anwachsen zu lassen oder gar sie anderen politischen Bewegungen wie den Rechtsextremen zu überlassen, wird eine der originären zukünftigen Aufgaben der Linken sein.

Doch wie? Ist die Linke in der Lage, neben dem klassischen – und existenziellen – parlamentarischen Konzept ein gesellschaftliches Politikmodell zu entwickeln, das die Menschen dort trifft, wo diese sich befinden? Kann die Linke sich aus dem bequemen Parlamentsessel erheben und auf die Straße, ins Einkaufszentrum, in die Hartz-IV-Beratungsstelle, ins Arbeitsamt, auf den Sportplatz, in die Jugendclubs, auf die Bürgerfeste, in die Freiwillige Feuerwehr gehen? Sie tut es. Doch momentan tun andere es – zumindest scheinbar – erfolgreicher. Warum? Wird die Linke nicht gehört, weil sie nichts zu sagen hat? Gilt sie als zu etabliert? Mehrere Gründe fallen sofort ins Auge. Ihre Jugendlosigkeit, die gesellschaftliche Entwicklung, all das, was schon benannt wurde. Die Altersstruktur lässt sich nur durch junge Mitglieder verändern. Wie wird man attraktiv für Jüngere? Indem man ihre Sprache spricht, sie versteht, ihre Interessen teilt. Doch wer hat das begriffen und setzt es vor allem auch in die Tat um? Die Antwort erübrigt sich. Die gesellschaftliche Entwicklung hat sich nicht ohne die Linke vollzogen, ob in der Regierung oder der Opposition, ist es ihr aber bisher nicht gelungen, den Entwicklungen eine andere Richtung zu schenken.

Damit stellt sich die konzeptionelle Frage.

Strategische Entscheidungen

Zunächst: Wer ist Adressat einer linken Politik? Die Antwort fällt leicht: Alle. Die Linke kann sich nicht gegen die Gesellschaft abschotten, sie muss die Gesellschaft widerspiegeln, die Interessen der Menschen aufgreifen und vertreten. In den verschiedensten Arenen und Parallelwelten. In einem urbanen Raum sieht man sich somit mit ganz anderen inhaltlichen Herausforderungen konfrontiert als im ländlichen Raum. Die konkrete Ausgestaltung linker Politik kann nur vor Ort erfolgen, ein Patentrezept gibt es nicht. Jedoch muss sie in einen reflexiven, kritischen Prozess eintreten und ihre Politik und vor allem die Ziele ihrer Politik ständig hinterfragen und überprüfen. Ziele zu hinterfragen bedeutet, sich in seinen Konzepten und Strategien zu hinterfragen. Keine Mantren, Dogmen, ideologischen Verkürzungen, Beharrungen auf unabänderlicher Alternativlosigkeit zu der eigenen – zumeist parlamentarisch geprägten – Politik.

Die Gefahr der Beharrung auf einer einmal bezogenen Position lässt das Dogma wachsen, zum Schutze des Dogmas errichtet man sich ein eigenes ideologisches Gebäude. Der Vorteil besteht darin, dass man sich innerhalb dieses Gedankengebäudes alles erklären kann. Es funktioniert, und die anderen haben immer Unrecht. Doch: Selbst wenn es stimmen sollte, dass die Positionen der anderen, wie aus der in sich geschlossenen Erklärungswelt heraus vermutet, unzutreffend sind, müssen die eigenen nicht zutreffend sein.

Für die eigenen Positionen und Angebote bedeutet dies, aus einer Unsicherheit heraus zu argumentieren und überzeugen zu wollen. Den öffentlichen Raum mit Angeboten zu betreten, deren Funktionalität noch nicht bewiesen ist. Und noch nicht bewiesen werden konnte, denn es handelt sich zugleich um einen gegenwärtigen und

»Daß eine große Umschichtung im Politischen in der Luft liegt, ahnen viele; daß ein Hegemoniekonzept erarbeitet werden muß, das nicht auf eine ›auserwählte Klasse‹ zielt, sondern jenen Menschen ein Angebot zum Handeln macht, die nicht länger gewillt sind, sich unter den Schlägen eines dogmatischen Liberalismus zu ducken, ahnen ebenfalls viele; daß dafür ein Denken ›ohne Geländer‹ (Hannah Arendt) vonnöten sein wird, ahnen die meisten – fürchten sich aber möglicherweise davor.«
Jörn Schütrumpf: Denken ohne Geländer. Die Linke an der Schwelle zur Mündigkeit?, in: UTOPIE kreativ, Heft 179 (September 2005).

einen antizipativen Prozess. Gegenwärtig, da das Angebot aus der wahrgenommenen Realität heraus und in diese hinein kommuniziert werden muss, antizipativ, da das Angebot über diese Realität hinausweisen und eine andere – bessere, ästhetischere, ökologischere, solidarischere, freiere, friedlichere, sozialistischere etc. – Realität aufzeigen muss.

Ein lebendiges Konzept des Versuches, des Mutes zu Trial and Error unter Beteiligung der Adressaten, der Menschen, Bürger, der Gesellschaft. Ein Konzept also, das aus den vermeintlich funktionierenden Fehlfunktionalismen ausbricht und darüber hinausweist. Ein Konzept, das Parlament und Gesellschaft, ganz wichtig, auch deklassierte Gesellschaft, miteinander versöhnt.

Um die abstrakten Gedanken zu konkretisieren: Auf Deutschland bezogen haben wir eine sozio-ökonomische Entwicklung, die vieler Angebote bedarf. Gerade in den neuen Bundesländern, in denen die Lohnstruktur, die Rentenstruktur sich gravierend unterscheidet von den Niveaus der alten Länder, womit nicht nur die Binnennachfrage merklich gebremst wird, sondern die gesellschaftliche Teilhabe um ein Vielfaches erschwert wird. In den neuen Ländern sind lediglich sieben Prozent der betrieblichen Forschung beheimatet, womit ein selbst tragender Aufschwung sich nicht abzeichnen kann, da Innovation im verlängerten Werkbankprozess keine Rolle spielt. Politische, gesellschaftliche und sozio-ökonomische Brache also. An die beschriebenen Szenarien gekoppelt. Mit der entsprechenden Anfälligkeit für diejenigen mit den zu einfachen Lösungen.

Die Linke läuft in den Auseinandersetzungen mit den gesellschaftlichen Entwicklungen und der politischen Bewegung des Rechtsextremismus (gerade in den neuen Ländern) oft Gefahr, sich in abstrakten Programmdebatten zu verlieren. Na klar, man muss argumentativ aufgestellt sein. In der Diskussion mit den von sozialer Exklusion Betroffenen nützt das schönste Programmzitat jedoch: rein gar nichts. Die Frage, die diese stellen, lautet schlicht und einfach: Was kannst Du heute für mich tun?

Die zentrale Frage für Politik im Allgemeinen und linke Politik im Besonderen ist demnach keine originär politische. Sie kommt daher als lebensalltäglich. Sie trägt viele Bestandteile in sich. Sozio-ökonomische, kulturelle, politische. Sie ist, da sich Gesellschaft bekanntlich aus jedem Einzelnen konstituiert, eine gesellschaftliche Fragestellung. Und die Antwort darauf kann nur gesellschaftlich verstanden und gegeben werden. Von Angesicht zu Angesicht. Politik wird dann mit den sie flankierenden vielfältigen Angeboten zu einem Ringen um die gesellschaftliche Hegemonie, die sich in der Meinungsführerschaft ausdrückt.

»Der Einstieg in einen Kampf um politisch-kulturelle Hegemonie ist in der Vergangenheit immer dann gelungen, wenn ein gesellschaftliches Tabu gebrochen wurde – am Ausgang des 18. Jahrhunderts war das die angebliche Gottgewolltheit feudaler Ausbeutung und Herrschaft, im 19. Jahrhundert ging es um die viehische Ausbeutung von Frauen und Kindern, in den sechziger Jahren war es in der Bundesrepublik der verdrängte Nationalsozialismus. Heute heißt das Tabu Angst. Die Frage ist nicht, ob dieses Tabu gebrochen werden wird, sondern wer es brechen wird.«

Wie? Indem man die Angst benennt. Und ihr Linderung verschafft. Der Weg: Die Lebenssituation der Menschen verbessern. Ein möglicher erster Schritt: Bürgerschaftliches Engagement im Sinne einer solidarischen Kultur. Ein zweiter Schritt: Ein kulturelles Angebot im Sinne gesellschaftlicher Teilhabe. Ein dritter Schritt: Den Menschen den Glauben an die eigene Kraft zur Veränderung schenken. Nur zu spät sollte man dabei nicht sein. Sonst bestraft das Leben die Partei.

Linke Öffentlichkeitsarbeit und Gegenkultur

Wesentliche Bedeutung – womit die Frage der politischen Taktik aufgeworfen ist – in der Auseinandersetzung um kulturelle Hege-
monie kommt der Öffentlichkeitsarbeit zu.

Ziel von Gegenöffentlichkeit: die kulturelle Mehrheit in der Gesellschaft zu erreichen, um mittel- und langfristig politische Interessen durchsetzen zu können. Denn über die kulturelle Mehrheit im Sinne der oben dargestellten Elemente von Kultur sind politische Mehrheiten in der Gesellschaft zu erringen.

Das erfordert ein direktes Zuwenden zur Gesellschaft, eine Her-
ausbewegung aus dem rein Parlamentarischen, hinein in die entstehenden Branchen.

Wie verhält es sich um den Zustand der Kultur in der Gesellschaft? Wie verhält sich die Linke zur Kultur? Staat und Gesellschaft ziehen sich aus ihrer kulturellen Pflicht zurück. Damit erwächst eine neue Aufgabe in der Zeit angesichts wachsender Kulturlosigkeit und damit einhergehender kultureller Verwahrlosung: Bewusstseinsbildung durch Kultur. Der kulturelle Prozess der Bewusstseinsbildung sollte dabei zwei Formen annehmen: Eine äußere Impulssetzung und eine innere Reflexion.

Die äußere Impulssetzung erfolgt durch Kommunikation über Medien. Schön wäre die Welt, die Massenmedien agierten in linkem Interesse. Aber das ist nicht der Fall. Das Interessante an den Massenmedien ist – neben der gewaltigen Machtkonzentration in den Händen Weniger – der allgemeine Prozess von Meinungsbildung, vom Agendasetting, also der Wahl der Themen; dass die hochideologisierte Meinungsmaschinerie in Permanenz Schlagworte wiederkaut, die im besten Orwellschen Neusprech ihres ursprünglichen Sinnes beraubt sind. Schlagworte wie Freiheit, Demokratie, selbst Frieden bedeutet nicht mehr das Schweigen der Waffen, Frieden schaffen kann heutzutage auch den Einsatz von Waffen bedeuten. Hinzu treten Scheinargumente, in Leerlaufformeln wie globaler Wettbewerb, Sachzwang, Alternativlosigkeit, Standortkonkurrenz. Und diese Meinungsmaschinerie nimmt für sich selbst absolute Objektivität in Anspruch. Auf der Basis jeglicher Ideologiefarne, versteht sich.

Daraus resultiert für die Linke die Frage, wie sie äußere Impulse setzen kann angesichts eines Mainstream-Journalismus, eines in dogmatisch-ideologischen Formeln agierenden Bildungsmusters öffentlicher Meinung? Wobei als These formuliert sei, dass der meinungsmediale Mainstream eine integrative Wirkung erzielt, diese jedoch bei sozial Deklassierten schwächer ausgeprägt ist. Das liegt daran, dass der Mainstream integrativ in der Normsetzung ist, die Normen jedoch häufig – man denke an die Hetzkampagnen gegen

Vgl. Jörn Schütrumpf:
Denken ohne Geländer.
Die Linke an der Schwelle
zur Mündigkeit?, in:
UTOPIE kreativ, Heft 179
(September 2005).

Arbeitslose und Hartz-IV-Empfänger – zu Lasten ganzer gesellschaftlicher Milieus gehen. Und somit segregierend wirken. Die staatliche und gesellschaftliche Brache wird massenmedial reproduziert.

Eine gekonnte Ansprache erfasst die Medien und Codes, die einen tatsächlichen Bezug zum Leben der Menschen haben. Mit denen sie selbst kommunizieren. Träger von Botschaften können neben klassischen Medien wie Fernsehen, Radio, Zeitung auch Mode, Musik, Kulturveranstaltungen sein und sind es. Um die Menschen zu verstehen, muss Kenntnis über die Bedeutung der Dinge und Begriffe vorherrschen, die den gemeinsamen Lebensalltag prägen. Und sei das Milieu noch so unterschiedlich. Nur über die Gemeinsamkeit gelingt die Kommunikation. Wo also steht der Empfänger einer Botschaft? Welche Sprache spricht dieser? Wo also steht der Sender einer Botschaft? Welche Sprache spricht jener? Kann ein gegenseitiges Verständnis überhaupt zu Stande kommen? Fragen, die um die kulturelle Hegemonie zu erreichen, unabdingbar zu beantworten sind. Denn die eigentliche Bedeutung der Kultur liegt darin, dass sie, sobald sie in den öffentlichen Raum, die Gesellschaft und die gesellschaftliche Brache transportiert wird, in Politik übersetzt wird.

Davor schützt keine noch so dichte Hecke, kein noch so schönes Häuschen. Sobald Normen transportiert werden, werden sie angenommen, abgelehnt, ignoriert. In irgendeiner Form jedoch geht man zwangsläufig mit ihnen um. Und je näher der Normenvermittelnde am Rezipienten und dessen Lebenssituation dran ist, desto glaubhafter erscheinen die zu vermittelnden Normen. Und desto leichter werden diese adaptiert. Womit die zweite und wichtigere Form der Bewusstseinsbildung durch Kultur erreicht ist. Die Phase der inneren Reflexion. Je mehr Adressaten der eigenen Politik sich in diese Phase hineinbegeben, weil die ihnen unterbreiteten Angebote sie überzeugen, desto leichter fällt es dann der jeweiligen politischen Bewegung bzw. Partei, den Kampf um die kulturelle Hegemonie für sich zu entscheiden.

Dieser Prozess findet bereits statt. In den Branchen, aus denen sich aus den verschiedenen Gründen auch die Linke zurückgezogen hat, werden bereits neue Normen vermittelt. Wenn die Linke nicht bald reagiert und die entsozialisierten Räume mit ihren Angeboten rekultiviert, wird so manches Häuschen im Grünen eingerissen werden.

ULLA PLENER

Für eine neue Partei. Hoffnungen und Illusionen 1990

Im folgenden werden zwei Beiträge vom November und Dezember 1990 wiedergegeben, die im Rahmen der Initiativbewegung für die Erneuerung der damaligen PDS¹ entstanden waren. Die tragende Idee war: Partei und Bewegung/Partei in Bewegung werden ...

(I)

PDS – Partei und Bewegung. Zu Politik- und Parteiverständnis in der Umbruchzeit

Politik ist wertorientierte Interessenvertretung von Bürgern gegenüber dem Staat und – weiter gefasst – von Bevölkerungsteilen gegenüber verschiedenen gesellschaftlichen Kräften (z. B. der Arbeitnehmer gegenüber Unternehmerverbänden oder umgekehrt). Sie will Entscheidungen im Staat – und darüber hinaus in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen wie Wirtschaft, Medien, Kultur, Bildung u. a. –, jeweils von bestimmten Werten ausgehend, in einer bestimmten Richtung beeinflussen. Sie wird heute in einer Welt betrieben, die von Umbrüchen verschiedener Art und besonders davon gekennzeichnet ist, dass (neue) globale Menschheitsprobleme und, damit verbunden, gesamtgesellschaftliche Interessen sich eng mit (alten) sozialen Widersprüchen verflechten. Bei der Politik geht es heute also zum einen um Menschheitsinteressen sowie um Interessen der jeweiligen nationalen Gesellschaft als Ganzes, deren umfassendste Organisationsform heute der Staat ist. Insofern geht es um Vermittlung der Interessen zwischen »der Gesellschaft« und »dem Staat«. (Bis hierhin stimmt dieses Politikverständnis mit dem sozialdemokratischen, wie es z. B. im Berliner Grundsatzprogramm der SPD umschrieben wird, weitgehend überein.) Aber weder die menschliche Weltgemeinschaft noch die jeweiligen nationalen Gesellschaften sind einheitlich hinsichtlich der Interessenlagen; sie sind, im Gegenteil, interessensgespalten. Deshalb geht es bei der Politik zum anderen um Interessen bestimmter Klassen, Schichten, Gruppen der Bevölkerung gegenüber anderen. Und sie kann dabei, ob eingestanden oder nicht, von den gegebenen Macht- und Kräfteverhältnissen – das lehren Geschichte und Gegenwart gleichermaßen – nicht abstrahieren, im Besonderen nicht von den ökonomischen Machtverhältnissen, die die alten Gegensätze prägen. (Diesen Punkt übergeht das o. g. sozialdemokratische Politikverständnis, oder es benennt ihn nicht eindeutig.)

Die PDS lässt sich – das ist ihre Wertorientierung – vom sozialistischen Ideal leiten, dessen Inhalt in Richtung des gesellschaft-

Ulla Plener – Dr. sc. phil., Historikerin in Berlin. Arbeiten zur Geschichte der Sozialdemokratie sowie biographische Forschungen, Mitglied der Leibniz-Sozietät; Redakteurin von UTOPIE kreativ, darin zuletzt: Wirtschaftsdemokratie in der Programmdiskussion der neuen Linken, Heft 195 (Januar 2007).

1 Siehe Jörn Schütrumpf: Gründerkrach. Dokumente zur Entstehung der PDS, in: UTOPIE kreativ, Heft 112 (Februar 2000).

lichen Fortschritts weist: Es ist das Ideal einer Gesellschaft, die human und friedlich, naturverträglich und sozial gerecht ist, in der sich jeder Mensch und alle Völker frei entfalten können. Sinn ihrer Politik ist es, diesem Ideal schrittweise näher zu kommen. Die Partei versteht sich deshalb als eine – unter vielen anderen – Vertreterin von Menschheitsinteressen. Das sind Frieden, Umweltschutz, Geschlechter- und Völkergleichstellung, Überwindung von Unterentwicklung, Unterdrückung und Ausbeutung. Sie wirkt dafür im Rahmen ihrer nationalen, von verschiedener Art Spaltung und Konfrontationen geprägten Gesellschaft. Deshalb will sie in besonders hohem Maße Interessenvertreterin der lohnarbeitenden Bürger, das heißt der Arbeitnehmer, und darüber hinaus auch anderer Werktätiger gegenüber dem Profitinteresse des Kapitals sein, sofern es zum Schaden der Menschheitsanliegen und dieser Bevölkerungsteile verfochten wird.

Bisher wurde die Interessenvertretung in den Ländern des realen, zentralistisch-bürokratischen Sozialismus auf die »führende Rolle« einer Partei reduziert, was schließlich zur Entartung aller demokratischen Anliegen führte. In kapitalistischen Gesellschaften wurde (und wird noch) die Interessenvertretung der Bürger ausschließlich von Parteien über Parlamente wahrgenommen (das parlamentarische System ist repräsentative Demokratie, Parteiendemokratie). Dieses politische System ist das heute bestimmende, das verfassungsmäßig legitimierte. Es orientiert die Parteien auf politischen Machtkampf, bei dem Interessen der Bürger oft unter die Räder geraten. Und: Es berücksichtigt nicht die aufgrund objektiver Prozesse der modernen Produktivkraftentwicklung entstandenen neuen Persönlichkeitsansprüche, die u. a. nach neuen und weitergehenden Formen der Interessenartikulation – neben den und über die Parteien hinaus – drängen. Das sind verschiedene Formen der unmittelbaren Interessenvertretung von Bürgern in- und außerhalb der Parlamente. Die PDS will diese unmittelbare Interessenvertretung mit realisieren helfen. Daraus ergeben sich neue Anforderungen an das Parteiverständnis.

Diese neuen Anforderungen stoßen an eine grundlegende Schwierigkeit unserer Zeit, die sich aus der Umbruchsituation ergibt: Es ist eine Übergangszeit. Zwei für unser Thema entscheidende Aspekte ihres Übergangscharakters seien genannt:

Erstens: Die Gesellschaft ist immer noch vom Profitstreben dominiert, aber die globalen Probleme machen schon seine existenzgefährdenden Grenzen deutlich. Die Gefahren der vom Profitstreben ausgehenden Konfrontation – in globalem und in nationalem Rahmen – sind schon erkannt, aber es fehlen noch wirksame Instrumentarien, um sie zu bannen.

Zweitens: Der Parlamentarismus – die »repräsentative Demokratie« – ist noch die bestimmende Form der politischen Organisation der Gesellschaft (und bleibt es offensichtlich in absehbarer Zeit). Aber er ist schon nicht mehr ausreichend, um die Vielfalt der Interessen adäquat widerzuspiegeln und das erforderliche Mehr an unmittelbarer demokratischer Einflussnahme aller Betroffenen auf Entscheidungen in Staat und Wirtschaft zu verwirklichen.

Daraus ergeben sich die hauptsächlichen Inhalte für die Politik. Unter den gegebenen Umständen müssten es vor allem konkrete

Beiträge zur Demokratisierung des Staates (in der »Drei-« bzw. heute »Vierteilung« der Gewalten: Parlamente, Regierung/Verwaltung, Justiz, Medien) und der gesellschaftlichen Bereiche, vor allem der Wirtschaft, sein. Konkret wären es heute z. B.:

- in der Verfassungsdiskussion für die Aufnahme sozialer Rechte als Grundrechte (einschließlich Umweltproblematik, Frauen- und Ausländergleichstellung, Verpflichtungen gegenüber der Dritten Welt), für den Zugang von Bürgerbewegungen u. a. demokratischen Kräften, z. B. Gewerkschaften, zu Parlamenten, ihre Vorschlags- und Kontrollrechte einzutreten;

- die Demokratisierung der Verfügungsgewalt über das Eigentum an Produktionsmitteln als einen Hebel der Ein- bzw. Unterordnung des Profitstrebens in/unter gesellschaftliche und Menschheitsinteressen einfordern (ohne es abschaffen zu wollen, solange der Menschheit kein anderes Prinzip für eine effektive Wirtschaft bekannt ist); in diesem Sinne wären z. B. konkrete Vorschläge zu kommunalem, Länder-, Bundes- oder auch Belegschaftseigentum zu unterbreiten, ist für die Erweiterung der Rechte der Gewerkschaften und Betriebsräte einzutreten.

Für das Parteiverständnis ergibt sich aus den o. g. zwei Aspekten: Die Partei kann nicht, darf nicht Selbstzweck, »für sich selbst« da sein. Sie muss die Menschen – vor allem die Werktätigen – bewegende Inhalte vertreten.

Die Politik der Partei muss noch über Parlamente vermittelt werden. Die Partei muss also um Parlamentssitze ringen. Da das parlamentarische System hierarchisch gegliedert ist (Kommunen, Kreise, Länder, Bund) und über Wahlkämpfe »funktioniert«, muss sie wohl eine Partei im herkömmlichen Sinne – eine Organisation mit entsprechenden hierarchischen Strukturen – sein und folglich ein hauptamtlichen Apparat haben. Dieser birgt aber immer bürokratische Tendenzen, d. h. die Gefahr der Entfremdung gegenüber den Mitgliedern und den eigentlichen Anliegen der Partei, in sich.

Jedoch kann sich Politik nicht mehr nur auf parlamentarisches Wirken reduzieren, und die Partei darf deshalb nicht eine Partei alter Art – allein auf Wahl- und damit Machtkämpfe ausgerichtet (wie z. B. die SPD und die anderen großen Parteien) – sein. Sie muss parlamentarische und außerparlamentarische Tätigkeit eng verzahnen. Als Partei kann sie nicht nur Mittler zwischen Staat und Gesellschaft sein, nicht nur – wie die SPD es will – Initiativen aus dem Bürgerdialog für die eigene parlamentarische, staatliche Arbeit schöpfen. Sie muss auch außerhalb der Parlamente *zum einen* selbst aktiv an Bürgerbewegungen und -initiativen teilnehmen, in den Gewerkschaften konstruktiv mitarbeiten, also Teil der gesellschaftlichen und der Bürgerbewegungen sein. Sie sollte *zum anderen* für diese Bewegungen streiten, dafür, dass ihnen bei staatlichen Entscheidungen – in- und außerhalb der Parlamente – Sitz und Stimme eingeräumt werden. Und sie müsste *drittens* selbst Bewegung sein, d. h.: die Menschen bewegende Inhalte vertreten und sich selbst ständig bewegen, nicht zuletzt auch, um den Gefahren der inneren Verkrustung als Partei zu begegnen. Wie ist das zu schaffen? Hier stehen wir vor offenen Fragen: Wie die Politik der Partei von unten bestimmen? Wie die hierarchischen Strukturen, besonders den

hauptamtlichen Apparat, beweglich, durchschaubar, offen gestalten? Wie ihn ständig erneuern, sowohl personell als auch die Inhalte und Formen seiner Arbeit betreffend? Kann man ihn ausschließlich auf ehrenamtliche Arbeit aufbauen? Kann er dann – und wie kann er es dann – funktionieren? Wie kann der hauptamtliche Apparat (er muss es!) in den Dienst der Basisgruppen, Interessen- und Arbeitsgemeinschaften gestellt werden?

Wie sind die hierarchischen Strukturen sinnvoll mit den horizontalen – den Arbeits- und Interessengemeinschaften – zu verbinden? Wie sind die Basisgruppen für die Interessengemeinschaften zu öffnen und umgekehrt? Wie beständig sind die AG und IG, ihre Vorstände, Sprecherräte? Sind sie politikfähig, also in der Lage, wirksam Interessen der Bürger, der Werktätigen zu vertreten? Oder beschäftigen sie sich vorwiegend mit sich selbst, und welchen Sinn hat dann ihr Wirken?

Sind/werden die territorialen Basisorganisationen ein »bewegendes« Strukturelement der Partei? Sind sie ein guter Rahmen für die Begegnung von Marxisten, Christen und Vertretern anderer Weltanschauungen? Was bewegen sie in den Territorien? Wie öffnen sie sich für Nichtparteimitglieder der PDS?

Wie beweglich sind unsere Parlamentsfraktionen auf allen Ebenen? Werden sie – und wie – von den AG, IG, Basisgruppen stimuliert? Wie erweitern sie ihre Kompetenz? Arbeiten z. B. ihre Wirtschaftsexperten mit den AG Betriebe/Gewerkschaften zusammen? Wie breit beziehen die Fraktionen ehrenamtliche Mitarbeit von PDS-Mitgliedern und Parteilosern ein?

Welche politische Verantwortung kommt den Vorständen auf allen Ebenen zu?

Welche Verantwortung trägt jede/r Genossin/e? Eine bewegende und bewegte Partei zu sein, heißt doch vor allem: Jede/r Einzelne muss sich bewegen!²

II

Initiativtreffen zum Parteiverständnis: Werden wir eine bewegte und eine bewegende Partei?

Um diese Frage ging es beim Gespräch am 10. November in der Oberwasserstr. 12, zu dem die Berliner Initiative Erneuerung der PDS eingeladen hatte. Es nahmen VertreterInnen verschiedener Initiativgruppen aus Berlin-Ost, aus Dresden, Brandenburg, Erkner, Kleinmachnow, der AG ChristInnen, Junge GenossInnen, Betriebe, eine Ost-Berliner Stadtverordnete und ein ehrenamtliches Parteivorstandsmitglied sowie zwei WestberlinerInnen teil. Es war leider, trotz ausdrücklicher Einladung, kein einziger Vertreter eines Kreisvorstandes dabei, obwohl gerade diesem Gremium eine Schlüsselrolle zukommt, wenn die PDS von unten auf und in aller Breite eine neue Partei werden soll. Die Diskussion war gewinnbringend, da es um Inhalte ging, die in Vorbereitung auf den 2. Parteitag der PDS mit im Vordergrund stehen werden: Es ging um das neue Parteiverständnis.

Die Runde war sich einig: Die Partei kann/darf nicht Selbstzweck, also für sich selbst da sein. Sie muss mit ihren Inhalten Interessen der Menschen vertreten. Und das sind – darin stimmten ebenfalls

² gez. Dr. Ulla Plener, in: DISPUT – WAS UND WIE? Zeitschrift der Partei des Demokratischen Sozialismus, 2. Dez.-Heft 1990, S. 17-19.

alle überein – vor allem die Friedenssicherung durch Abrüstung, der umfassende Umweltschutz, die Gleichstellung der Geschlechter ebenso wie aller Völker bzw. Nationalitäten, sowie die sozialen Interessen aller Arbeitenden in ihrer neuen Vielfalt. Es müssen Formen gefunden und praktiziert werden, die die Partei für diese Interessen nach innen und nach außen offen halten. Vereinzelt in der Diskussion geäußerte Gedanken, deshalb wieder eine »Massenpartei« werden zu müssen und die Prinzipien des »demokratischen Zentralismus«, wenn auch anders als in der Vergangenheit, also unter Betonung des Demokratischen, zu praktizieren, fanden keinen Anklang. Die Partei müsse stattdessen – den gegebenen verfassungsrechtlichen Bedingungen entsprechend – an Wahlkämpfen einfallreich teilnehmen, in Parlamenten konstruktiv wirken, zugleich in Bürgerbewegungen und für diese tätig sein, und – sie muss selbst Bewegung werden. Aber was heißt das konkret, und wie ist das zu erreichen?

Holger Keller von der AG ChristInnen in der PDS bezweifelte, dass es möglich sein werde, über eine doppelte, mehr oder weniger nebeneinander existierende Struktur (die hierarchische, über territoriale Basisgruppen und Vorstände auf Kreis-, Landes- und Bundesebene aufgebaute, und die horizontale, von den Arbeits- und Interessengemeinschaften vertretene) »Partei und Bewegung in einem« zu sein. Sowohl das Parteiengesetz als auch die vorliegenden Erfahrungen der Partei DIE GRÜNEN wie auch die der PDS selbst sprächen dagegen. Bewegung könnte sie nur sein, indem sie die heute bewegenden Inhalte vertritt, und diesen entsprechend müsste auch der Parteiapparat gegliedert sein.

In der Diskussion wurden diese Gedanken aufgegriffen und weiterentwickelt. Es ging vor allem um drei Fragen: 1. Wie ist der hauptamtliche Parteiapparat so zu gestalten, dass die Politikinhalt der Partei von den Mitgliedern und nicht von diesem Apparat bestimmt werden? Wie sind seine buchstäbliche Beweglichkeit und seine ständige Erneuerung zu gewährleisten? 2. Wie kann das Zusammenwirken von territorialen Basisgruppen und Interessen- sowie Arbeitsgemeinschaften erreicht werden? Wie ist dadurch die notwendige Offenheit der Partei nach innen und außen und die wirksame Beförderung ihrer Politikinhalt im Sinne der Interessenvertretung der Bürger zu sichern? 3. Welche Verantwortung kommt den Vorständen zu, um das unter 1. und 2. Gefragte zu verwirklichen?³

Die Basisgruppen seien wohl heute noch in vielen Fällen ein konservatives Element in der Partei, aber das müsse nicht so bleiben. Ihre Vorteile: Hier treffen verschiedene soziale (»vom Arbeiter bis zum Professor«) und geistige (Marxisten, Christen, historisch und theoretisch oder an sehr konkreten Dingen Interessierte) Interessen aufeinander. Das kann und muss für die Partei selbst und für ihre Öffnung nach außen – für die Wahrnehmung der Interessen der Bevölkerung – fruchtbar gemacht werden. Voraussetzung ist, dass jeder, jedenfalls möglichst viele Basisgruppenmitglieder sich in diesem Sinne wirklich bewegen.

Die Interessen- und Arbeitsgemeinschaften und territorialen Basisgruppen sollten sich offen halten, gegenseitig mehr aufeinander zugehen und zusammen konkrete Dinge in Territorien anpacken.

3 gez. Ulla Plener, Berliner Linke, 47. Woche (November) 1990, S. 5. Der folgende letzte Teil in: Berliner Linke, 49. Woche (November) 1990, S. 5.

Es gibt schon gute Beispiele einer inhaltsreichen und politisch wirksamen Arbeit, zum Beispiel dort, wo sich Interessengemeinschaften im Rahmen mehrerer territorialer Basisgruppen eines Kietzes gebildet haben, so in Pankow und in Lichtenberg. Gleichermäßen wichtig ist auch das Zusammenwirken von Basisgruppen (auf kommunaler Ebene) und/oder von Interessen- und Arbeitsgemeinschaften mit den Parlamentsfraktionen der Partei auf den verschiedenen Ebenen (zum Beispiel der Abgeordneten, die in Wirtschaftsausschüssen arbeiten, mit den Arbeitsgemeinschaften Betriebe/Gewerkschaften). Das würde ihre Fachkompetenz und Bodenständigkeit erhöhen.

Die Verantwortung der Vorstände wurde u. a. darin gesehen, das Offenhalten und Zusammenwirken der strukturellen Gliederungen, ihren Dialog zu organisieren und das kontinuierlich und dauerhaft zu gestalten. Ein konkreter Vorschlag dazu: periodisch Runde Tische der jeweiligen Vorstände mit Vertretern der Basisgruppen und der Arbeits- und Interessengemeinschaften einberufen, die zu einem Zentrum der jeweiligen Ebene werden könnten, um Transparenz der Vorstandsarbeit zu gewährleisten, für die Begegnung der Basisgruppen und Arbeitsgemeinschaften zu sorgen, verschiedene inhaltliche Schwerpunkte (Programmfragen, Arbeit der Parlamentsfraktionen, Betriebs-, Jugend-, Frauen-, Ausländerprobleme) zu erörtern, den Erfahrungsaustausch zu fördern – also die Arbeit der Partei inhaltsreich und bewegend zu gestalten. Partei und Bewegung sein – so ließe sich die Diskussion in einem Satz zusammenfassen – heißt vor allem: Jede Genossin und jeder Genosse, ob Mitglied eines Vorstandes oder nicht, ob mit Funktion oder ohne, ob in Basisgruppe oder einer AG vorwiegend tätig, muss sich bewegen – an Diskussionen und konkreten Vorhaben teilnehmen im Sinne des Hauptanliegens der Partei – gemeinsam mit den Menschen, den Bürgern, den Arbeitenden und für sie etwas Gutes zu tun.

WOLFRAM ADOLPHI

Asiaticus, China 1937

Vor siebzig Jahren, im Frühjahr 1937, herrscht in der deutschen Botschaft in China einige Aufregung. Grund ist ein Artikel mit dem Titel »Die Nazi-Nippon-Allianz ist die gefährlichste Bedrohung für Chinas Souveränität«. Erschienen ist er im April in der in Shanghai ansässigen englischsprachigen, von dem Amerikaner John B. Powell herausgegebenen Zeitschrift *The China Weekly Review*. Als Autor firmiert ein M. G. Shippe.¹ »Wer ist Shippe?«, notiert Botschafter Oskar Trautmann auf dem Umschlag der Zeitschrift, und bis Juli 1937 – so weisen es die Botschaftsakten aus – gibt es erhebliche Anstrengungen, die Identität des Autors zu ermitteln. Beteiligt an der Suche sind neben Trautmann der Botschaftsrat Martin Fischer, der Legationsrat Dr. Georg Rosen, weiter der Chef der deutschen Beratergruppe bei Tschiang Kai-schek, General a. D. Alexander v. Falkenhäusen, sowie die Journalisten Glimpf vom *Deutschen Nachrichtenbüro* (DNB) und Eigner von der *Transozean*-Presseagentur. Trautmann und Falkenhäusen mutmaßen zunächst, dass es sich um einen »Russen oder Engländer« handeln müsse; der Diplomat Behrend vom deutschen Generalkonsulat in Shanghai kommt der Sache näher, als er am 12. Juli feststellt, dass »M. G. Shippe (...) der Schriftstellername eines aus Deutschland emigrierten Journalisten (ist)«; aber um wen genau es sich handelt, bleibt für die Ermittler im Unklaren.²

Was ist es, das an diesem Artikel für so heftige Aufregung sorgt? Die offizielle deutsche Ostasien-Politik erklärt sich zu dieser Zeit als »neutral«. Das ist zwar eigentlich ein Unding: Japan – Nippon – führt bereits seit mehr als einem Jahrzehnt einen unerklärten Krieg gegen China, okkupiert immer neue chinesische Gebiete, wie soll da »Neutralität« funktionieren können? Aber irgendwie geht es bis zu diesem Frühsommer 1937 doch, denn die Westmächte insgesamt fahren einen ähnlichen Schlingerkurs, engagieren sich nicht zu Chinas Gunsten, lassen Japan schalten und walten, und sie profitieren bei dieser Haltung von dem Umstand, dass sich auch in China selbst noch keine eindeutig antijapanische Einheitsfront formiert hat. Da ist es für Berlin ein Leichtes, immer wieder zu erklären, zu China und Japan gleichermaßen gute Beziehungen unterhalten zu wollen.³

Innenpolitisch getragen wird dieser Kurs im faschistischen Deutschland durch das Patt, das bis 1937 zwischen dem »China« und dem »Japan-Flügel« herrscht. Die beiden Flügel stehen dabei beispielhaft für einen Interessenkonflikt in der deutschen Politik insgesamt. Konsens ist: Man will den Krieg und weiß, es wird wieder ein Weltkrieg sein. Streitpunkt ist die Geschwindigkeit, mit der man

Wolfram Adolphi – Jg. 1951; Dr. sc. phil., Dipl.-Staatswissenschaftler, langjährige Forschungen zur Geschichte der deutsch-chinesischen Beziehungen im Zweiten Weltkrieg; wiss. Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Roland Claus (Fraktion DIE LINKE.) und Redakteur bei UTOPIE kreativ; in der Zeitschrift zuletzt: Ohne UN-Charta? Anmerkungen zu Marcus Hawels »Befindlichkeit im Blick«, Heft 199 (Mai 2007).

1 M. G. Shippe: Nazi-Nippon Alliance Most Dangerous Threat to China's Sovereignty, in: *The China Weekly Review*, Shanghai, v. 10. April 1937. – Der Begriff »Nippon« steht zuweilen – in leichter Abwandlung der japanischen Landesbezeichnung »Nihon« – für »Japan«.

2 Den gesamten Vorgang

mit mehreren Briefen und Vermerken der genannten Personen siehe: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BArch; zur Zeit der Einsichtnahme d. Verf. 1986 noch: Zentrales Staatsarchiv Potsdam), Bestand 0902 Deutsche Botschaft China (DBCh), Bd. 2321, Bl. 185 u. 187-194.

3 Zu den deutsch-chinesischen Beziehungen und zur deutschen Ostasienpolitik in den 1930er Jahren insgesamt siehe z. B. folgende Arbeiten aus Ost und West (in der Reihenfolge des Erscheinens): Joachim Peck: *Kolonialismus ohne Kolonien. Der deutsche Imperialismus und China 1937*, Berlin (DDR) 1961; Theo Sommer: *Deutschland und Japan zwischen den Mächten 1935-1940*, Tübingen 1962; Karl Drechsler: *Deutschland – China – Japan 1933-1939. Das Dilemma der deutschen Fernostpolitik*, Berlin (DDR) 1964; Ders. (Hrsg.): *Das Bündnis der Rivalen. Der Pakt Berlin-Tokio*, Berlin (DDR) 1978; Z. D. Katkova: *Vnešnjaja politika gomin'danovskogo pravitel'stva v period antijaponskoj vojny* (Die Außenpolitik der Guomindang-Regierung in der Periode des anti-japanischen Krieges), Moskva 1978; Saburo Ienaga: *Japan's Last War. World War II and the Japanese, 1931-1945*, Oxford 1979; John P. Fox: *Germany and the Far Eastern Crisis 1931-1938*, London 1982; William C. Kirby: *Germany and Republican China*, Stanford 1984; Udo Ratenhof: *Die Chinapolitik des Deutschen Reiches 1871-1945*, Boppard a. Rh. 1987; Cai Dejin, Yang Lixian: *Taodeman »tiaoting« chu tan* (Zur »Vermittlung« Trautmanns), in:

ihn herbeiführen will. Der »China-Flügel« will eine längere Zeit der Vorbereitung. Seine Repräsentanten sind Vertreter der rohstoffabhängigen, nach Kupfer-, Mangan-, Antimon- und Wolfram-Importen aus China gierenden und im Gegenzug dort fest auf den Absatz von Maschinen, Ausrüstungen und Waffen bauenden Stahl- und Rüstungsindustrie sowie die Spitzen der »traditionell« orientierten Heeresführung unter Reichswehrminister Werner v. Blomberg und der ebenso »traditionellen« Außenpolitik unter Außenminister Konstantin Freiherr v. Neurath. Sie unterstützen die von Tschiang Kai-schek geführte Zentralregierung der Republik China und deren Truppen direkt mit einem Beraterstab, zu dem Dutzende Offiziere, aber auch Verwaltungsexperten, Geologen und andere Fachleute gehören. Den »Japan-Flügel« hingegen bilden Vertreter der »neuen Industrien« – insbesondere des Chemiekonzerns IG Farben und der großen Konzerne der Elektroindustrie⁴ –, und diese haben ihren außenpolitischen Exponenten in Hitlers Außenexperten Joachim v. Ribbentrop, der Neurath beim »großen Revirement« vom Februar 1938, bei dem auch Blomberg gehen muss, als Außenminister ablösen wird. Diese Gruppierung ist sich mit Hitler darin einig, dass man nicht zögern sollte mit dem Krieg, sondern sofort losschlagen, um das Überraschungsmoment zu nutzen. Aus dieser Sicht ist Japan der ideale Bündnispartner. Es will wie Deutschland auch die Neuaufteilung der Welt, und es hat mehrfach den Beweis dafür erbracht, was mit Überraschungsschlägen zu erreichen ist. Am 18. September 1931 hat es Nordostchina – die Mandschurei – überfallen, dort am 16. Februar 1932 den Marionettenstaat »Manzhouguo« gebildet und zugleich von Januar bis März 1932 Shanghai mit schweren Kriegshandlungen attackiert, ohne dass es zu nennenswerten internationalen Protesten gekommen wäre, und es steht dem Völkerbund ebenso feindselig gegenüber wie Deutschland.

Im Februar 1938 wird der Flügelkampf in Deutschland zu Gunsten der »Blitzkriegs«-Strategen entschieden sein, aber im Frühjahr/Sommer 1937, zur Zeit des Shippe-Artikels, ist er es noch nicht, und wenn Hitler und Ribbentrop auch mit Vehemenz auf das Bündnis mit Japan hinarbeiten, wollen sie die Dinge nach außen hin doch zunächst aus verschiedenen Gründen noch offen halten. Zum *ersten* laufen die Geschäfte mit China so gut wie nie zuvor, und jeder Monat an stabilen chinesischen Lieferungen – übrigens nicht nur an den oben genannten Metallerzen, die für die Stahlveredlung gebraucht werden, sondern auch an Trockenei und Soja zur Herstellung von dauerhaft haltbaren Lebensmitteln, an Tierhaaren zur Filzproduktion, an Pflanzenölen und Fallschirmseide und etlichem mehr – hilft der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung. Zum *zweiten* gibt es Zweifel an der Berechenbarkeit der Japaner. Werden sie im Fall des Falles eine zweite Front gegen die Sowjetunion eröffnen? Und zudem auch bereit sein, die Beute, die sie in China machen, mit Deutschland zu teilen? Und zum *dritten* liegt Hitler insgesamt noch sehr daran, sich in »Friedens«-Rhetorik zu üben.

Ein Pakt für die Neuaufteilung der Welt – und gegen China

Da passt es gar nicht in den Kram, dass in Ostasien einer sitzt, der die Dinge so unverblümt beim Namen nennt. Ein Emigrierter – die Annahme des Diplomaten Behrend ist ja richtig – obendrein!

Es geht in dem Artikel, der in der Botschaft für so viel Aufsehen sorgt, um den »Antikomintern-Pakt«, den Deutschland und Japan am 25. November 1936 unterzeichnet haben – die deutsche Unterschrift hat bezeichnenderweise schon Ribbentrop geleistet und nicht der noch im Amt befindliche Außenminister Neurath! –, und es geht um den Platz dieses Paktes in der Welt.

Es ist ein Pakt – schreibt M. G. Shippe –, mit dem »eine direkte Allianz der beiden gefährlichsten und aggressivsten Mächte, die nach einer Neuaufteilung der Welt streben«, geschmiedet wird, »und die Rolle, die Deutschland dabei spielt, ist die einer lückenlosen Fortsetzung der imperialistischen Vorkriegspolitik in Übersee (gemeint ist die Politik vor 1914 – W. A.), getragen von den gleichen Interessen der deutschen Kriegsindustrie und seiner gewaltigen Elektriz- und Chemiekonzerne. Mit der Bildung ihrer ›antikommunistischen‹ Allianz haben Deutschland und Japan der ganzen Welt zu verstehen gegeben, dass sie beide einen internationalen Krieg vorbereiten. Das ganze Ausmaß dessen wird erst richtig deutlich, wenn man sich vor Augen führt, wie mit der Allianz zwei strategische Einfallstore für die Kräfte des Krieges und der Aggression in die kolonialen Imperien und Sphären des ökonomischen Einflusses Großbritanniens, Frankreichs und der Niederlande geschaffen wurden. Mit seiner Einmischung in Spanien und in Spanisch-Marokko, die mit ökonomischer Expansion im Nahen Osten und einer Politik der militärischen Beherrschung ganz Zentraleuropas verknüpft ist, sowie mit seiner engen Zusammenarbeit mit Italien verfolgt Deutschland das Ziel, Stützpunkte im Rücken Frankreichs und entlang der Mittelmeerflanke des britischen Empire zu schaffen. Die japanische Politik der territorialen Expansion auf dem asiatischen Kontinent, der Beherrschung Chinas und der Kontrolle des Ostpazifik ist die Politik eines Verbündeten Deutschlands, die in die gleiche Richtung geht.«

»Es ist leicht, sich vorzustellen«, fährt Shippe fort, »was das Schicksal Chinas wäre, wenn es den ›freundlichen‹ Einladungen Japans oder Deutschlands (zur Teilnahme am Antikominternpakt – W. A.) folgen würde, anstatt sich auf entschiedensten nationalen und internationalen Widerstand gegen diese höchst bedrohlichen Angriffe auf Chinas nationale Existenz vorzubereiten. In der gesamten Geschichte ausländischer Aggressionen gegen China hat es nur wenige Schritte gegeben, die so sehr die Existenz der Nation selbst in Frage gestellt haben wie die gegenwärtige Nazi-Nippon-Allianz. Die englisch-japanische Allianz war gewiss zerstörerisch für das Land, weil sie zur Aufteilung Chinas in Interessenssphären der verbündeten Mächte führte. Die jetzige Nazi-Nippon-Allianz jedoch kam zustande auf der Grundlage der Anerkennung des japanischen Vorherrschaftsanspruches über den ganzen Fernen Osten, für die Japan als Gegenleistung gewisse Handelsprivilegien in Mandschukuo und im kolonisierten China eingeräumt und versprochen hat, und zusätzlich will Japan künftig auch deutschen Kolonien in Südostasien, die dort auf direkte Kosten Großbritanniens und der Niederlande entstehen sollen, Rückhalt geben. Das japanische Einverständnis mit den deutschen Expansionsplänen in Übersee und die Zusammenarbeit der beiden Mächte bei der Verwirklichung ihrer aggressiven Ziele sind

Minguo Dang'an, Nanjing, Nr. 1/1987; Mechthild Leutner (Hrsg.), Wolfram Adolph u. Peter Merker (Bearb.): Deutschland und China 1937-1949. Politik – Militär – Wirtschaft – Kultur. Eine Quellensammlung, Berlin 1998; Bernd Martin (Hrsg.), Susanne Kuß (Bearb.): Deutsch-chinesische Beziehungen 1928-1937. »Gleiche« Partner unter »ungleichen« Bedingungen. Eine Quellensammlung, Berlin 2003. – Siehe an Arbeiten des Verf. außerdem: Das faschistische Deutschland als »Freund«. Archivalien in der VR China zu den Erfahrungen der Guomindangregierung 1935-1941, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin (DDR), Nr. 3/1989, S. 211-227 (auch – in chinesischer Übersetzung – in: Minguo Dang'an, Nanjing, Nr. 2/1989, S. 119-130); und auch: Die Chinapolitik des faschistischen Deutschland 1937-1945 (Diss. B – unveröffentl.), Berlin (DDR), Humboldt-Universität 1988.

4 Zu den unterschiedlichen Interessenlagen in der deutschen Industrie in dieser Zeit siehe noch immer unbedingt: Kurt Gossweiler: Aufsätze zum Faschismus, Berlin (DDR) 1986.

5 M. G. Shippe: *Nazi-Nippon Alliance*, a. a. O. – Der Aufsatz findet sich inmitten der Botschaftsakten mit den seinetwegen angestellten Nachforschungen: BArch, 0902 DBCh, Bd. 2321, Bl. 196 (vgl. Anm. 2). Die Übersetzung aus dem Englischen stammt vom Verf. – In der hier gewählten Ausführlichkeit wird der Text erstmals in deutscher Sprache zugänglich gemacht. In der vom Verf. mitbearbeiteten Quellenedition »Deutschland und China 1937-1949« wie auch in dem zeitlich vorhergehenden, aber erst fünf Jahre später erschienenen Band »Deutsch-chinesische Beziehungen 1928-1937« (beides vgl. Anm. 3) hat er seinerzeit zum Bedauern des Verf. keinen Platz gefunden. – Weitere Anmerkungen zur Quellenedition »Deutschland und China« siehe in: Wolfram Adolphi: *Klammheimliches Verwachsen*. Gedanken beim Lesen (m)eines deutsch-deutschen Geschichtsbuches, in: *UTOPIE kreativ*, Heft 99 (Januar 1999).

6 2. Historisches Archiv Chinas (2. HACH), 28(2)-3642, hier zitiert nach: *Deutsch-chinesische Beziehungen 1928-1937*, a. a. O., S. 459. – Formal gesehen hat Blomberg durchaus Recht: Der Pakt begründet rein vom Wortlaut her in der Tat keine »Allianz«, ist formal kein Bündnisvertrag: Es geht in ihm in Artikel I um die gegenseitige »Unterrichtung« über »die Tätigkeit der Kommunistischen Internationale« und in Artikel II um die »Einladung« an »dritte Staaten, deren innerer Friede durch die Zersetzungsarbeit der Kommunistischen Internationale bedroht wird (...), Abwehrmaßnah-

verknüpft mit der deutschen Zustimmung zur Eroberung Chinas durch Japan und der engen Zusammenarbeit zwischen Japan und Deutschland im Fernen Osten. Das ist das wirkliche Ausmaß der Nazi-Nippon-Allianz, das vor der Öffentlichkeit geheimgehalten wird, um China zu täuschen und davon abzulenken, dass bei der Erfüllung der Ziele dieser Allianz China keine andere Existenzmöglichkeit bleiben wird als die einer japanischen Kolonie oder – wie es das japanische Militär ausdrückt – »in vollendeter Harmonie zwischen Japan, Mandschukuo und China«.⁵

So viel scharfe Analyse und weitreichende Voraussicht läuft dem offiziellen deutschen Kurs diametral entgegen. »Der Inhalt des deutsch-japanischen Abkommens zielt auf eine Zusammenarbeit ab, um uns vor der Kommunistischen Internationale, einer aufwiegeln Organisation, zu schützen. Auf keinen Fall richtet es sich gegen irgendeinen Staat als solchen. Die chinesisch-deutsche Zusammenarbeit beruht wie stets vollkommen auf dem gegenseitigen Vertrauen und der gegenseitigen Unterstützung«, hat Blomberg bereits am 25. November 1936, dem Tag der Paktunterzeichnung, dem chinesischen Finanzminister Kong Xiangxi versichert.⁶ Und Botschafter Trautmann ist zufrieden gewesen, am 1. Dezember 1936 nach Berlin melden zu können, dass in der chinesischen Presse im Ergebnis einer Rede von Tschiang Kai-schek die zuvor massiv geäußerten Befürchtungen, dass es sich entgegen allen deutschen und japanischen Beteuerungen doch um ein »Militärbündnis zwischen Deutschland und Japan« handeln könnte, leiser geworden seien und einer »gewisse(n) Entspannung« Platz gemacht hätten.⁷

Er sitzt damit jedoch – ganz anders als der ihn so in Harnisch bringende Shippe – einem Irrtum auf. Zwar hat Tschiang Kai-schek, der scharfe Antikommunist und unverhohlene Hitler-Verehrer, in der Militärakademie tatsächlich eine Erklärung abgegeben, die den deutschen Vorstellungen entspricht. »Durch das Abkommen«, hat er gesagt, werde sich »in den internationalen Beziehungen zwischen Deutschland, Japan und der übrigen Welt nichts ändern«, und es werde auch »keinen fühlbaren Einfluss auf die ostasiatische Lage« geben. Und was den Kommunismus in China betreffe, so bestehe der »jetzt (...) noch verbleibende Rest von kommunistischen Banditen (...) eigentlich nur aus Landesverrätern«, und deren Bekämpfung sei eine »reine innenpolitische Frage«, die man mit Kampf »bis zur endgültigen Ausrottung der Kommunisten« lösen werde.⁸

Aber Tschiang Kai-schek ist zu diesem Zeitpunkt durchaus nicht der uneingeschränkte Meinungsführer, den Trautmann in ihm zu sehen gewohnt ist. Nicht nur diejenigen, die Tschiang »ausrotten« will – die Kommunisten also – sind ganz anderer Auffassung, sondern auch etliche meinungsbildende Zeitungen⁹ und sogar einige seiner unmittelbaren Gefolgsleute. Es gärt im Land, und wenige Tage nach seiner Erklärung von Ende November bekommt Tschiang dies am eigenen Leibe zu spüren. Zwei der ihm untergebenen Generäle – Zhang Xueliang und Yang Hucheng – setzen ihn am 12. Dezember 1936 nahe der alten Hauptstadt Xi'an fest, weil sie seinen Kurs der Priorität des antikommunistischen Bürgerkrieges gegenüber dem nationalen Abwehrkampf gegen Japan nicht mehr mittragen wollen, und nachdem Zhou Enlai vom Hauptquartier der Kommunisten in

Yan'an zu Verhandlungen nach Xi'an geeilt ist, sieht sich Tschiang Kai-schek gezwungen, am 23. Dezember einer Sechs-Punkte-Vereinbarung zuzustimmen, die auf eine Beendigung des Bürgerkrieges und die Herstellung einer antijapanischen Kampfgemeinschaft hinausläuft.¹⁰

Am 22. März 1937 – wenige Tage vor dem Shippe-Artikel – muss Trautmann im Gespräch mit Tschiang Kai-schek angesichts der trotz aller von deutscher Seite unternommenen Abwiegungen nicht zur Ruhe kommenden chinesischen Presse einräumen, dass er »nie gedacht« habe, »dass das Abkommen einen so großen Einfluss auf die innere chinesische Politik haben würde«. Zugleich versucht er ein weiteres Mal den Eindruck zu erwecken, dass der Pakt eigentlich unbedeutend sei. Er habe, notiert er, Tschiang Kai-schek deutlich gemacht, dass Deutschland sich mit Japan »unter der Bedrohung des Kommunismus« lediglich »auf eine Spezialarbeit einer Art polizeilicher Natur geeinigt« habe, und »die praktische Ausgestaltung dieser Spezialarbeit werde zeigen, dass darin keinerlei Gefahren für irgendwelche Länder enthalten seien.«¹¹

Shippe – Grzyb – Asiaticus

Was Botschafter Trautmann »nie gedacht« hätte, ist für M. G. Shippe als intimen Kenner der chinesischen Verhältnisse eine Selbstverständlichkeit. Seit mehr als einem Jahrzehnt schon hat sich dieser »aus Deutschland emigrierte Journalist« aufs Gründlichste mit den Vorgängen in China befasst und darüber in einer von kaum einem sonst erreichten Breite und Gründlichkeit geschrieben.

Seine Identität freilich ist nicht nur für die deutsche Botschaft ein Geheimnis. Auch sonst dürfte nur wenigen Eingeweihten bekannt sein, dass Shippe in Deutschland unter dem Pseudonym »Asiaticus« publiziert, und diejenigen in Deutschland und später im antifaschistischen Exil, die die Texte des Asiaticus drucken, haben wohl kaum eine Ahnung, dass er in China als »M. G. Shippe« schreibt. Jedenfalls erinnert sich Hermann Budziszlawski, der von 1934 bis 1939 die im Exil in Prag und nach der Annexion der Tschechoslowakei im März 1939 noch für kurze Zeit in Paris herausgegebene *Neue Weltbühne* leitete, Jahrzehnte später zwar eines bürgerlichen Namens des Asiaticus – »Der Mann hieß Grzyb« –, aber viel mehr kann er nicht zur Identifizierung beitragen. »Ich habe ihn nie gesehen«, sagt er, »man konnte ihm auch nicht schreiben, die Absendernamen waren fingiert, aber wenn er etwas hatte, schickte er es. – Und das Honorar? – Er teilte nur mit, an wen es gehen sollte. Ich glaube, er wohnte irgendwo bei Schanghai, aber das weiß ich nicht genau.«¹²

Ein genaueres Bild des Asiaticus muss man sich aus unterschiedlichsten Quellen zusammenklauben, ohne dass das Geheimnisvolle, Ungeklärte gänzlich auszuräumen wäre. Genia und Günter Nobel, von 1939 bis 1947 zur deutsch-jüdischen Emigration in Shanghai gehörend, schildern ihn 1979 als Journalisten und »im Auftrag der Komintern« tätigen Parteiarbeiter zugleich. Ihm – so berichten sie –, »einem hochqualifizierten Genossen« und »hervorragenden Kenner des Fernen Ostens und Chinas« mit Namen Heinz Grzyb (in dieser Schreibweise), sei die Bildungsarbeit in der illegalen Parteigruppe der KPD zu verdanken gewesen. »Unter dem Namen Erich Möller«,

men im Geiste dieses Abkommen zu ergreifen oder an diesem Abkommen teilzunehmen«. Nicht Recht hat Blomberg in bezug auf das Geheime Zusatzabkommen. Dieses enthält eine klar gegen die Sowjetunion gewandte Stoßrichtung. Aber China – das wiederum ist richtig – ist im Pakt nicht genannt. – Der Text des Paktes ist hier zitiert nach: Handbuch der Verträge 1871-1964, hrsgg. v. Helmut Stoecker unter Mitarbeit v. Adolf Rüger, Berlin (DDR) 1968, S. 282 f.

7 BArch, 0902 DBCh, Bd. 2320, hier zitiert nach: Deutsch-chinesische Beziehungen 1928-1937, a. a. O., S. 467.

8 Ebenda, hier zitiert nach: Deutsch-chinesische Beziehungen 1928-1937, a. a. O., S. 463.

9 So schreibt etwa die »Yi Shi Bao« am 4. Dezember 1936: »Wenn sich auch das deutsch-japanische Abkommen hauptsächlich gegen Russland richtet, so kann China doch nicht vermeiden, den Schaden davon zu haben. Gerüchten zufolge sind die deutsch-japanischen Verhandlungen bereits seit zwei Jahren im Gange gewesen, und beide Länder haben weder mit uns darüber verhandelt noch unserer Zentralregierung Mitteilung davon zukommen lassen. (...) Ob Japan uns nach den Ereignissen vom 18. September 1931 (dem Beginn der Okkupation der Mandschurei – W. A.) Freund oder Feind ist, braucht wohl nicht weiter erörtert zu werden – aber ob Deutschland uns Freund oder Feind ist, das ist die offene Frage!« – BArch, 09.02 DBCh,

Bd. 2209, Bl. 214-217. Die Übersetzung aus dem Chinesischen ins Deutsche entstand unmittelbar nach Erscheinen des Artikels in der deutschen Botschaft in Peking.

10 Vgl. Oskar Weggel: Geschichte Chinas im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1989, S. 96 f.

11 Niederschrift von Botschafter Trautmann, Nanjing, 22. März 1937, über ein Gespräch mit Chiang Kaishek, in: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP), Serie C, Bd. VI/2, Dok. 290, S. 623-627.

12 Ursula Madrasch-Groschopp: Die Weltbühne. Porträt einer Zeitschrift, Berlin (DDR) 1983, S. 235 f.

13 Günter Nobel, Genia Nobel: Als politische Emigranten in Shanghai, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin (DDR), Nr. 6/1979, S. 886. – Genia Nobel arbeitete später in der DDR u. a. im Redaktionskollegium der SED-Zeitschrift »Einheit«, Günter Nobel war – zuletzt im Range eines Botschaftsrats – Mitarbeiter des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten.

14 »Im Auftrag der Komintern« (Nobel/Nobel) oder »als Brandleranhänger von der Komintern ausgeschlossen« (Czollek)? Vieles spricht dafür, dass Czollek Recht hat, so u. a. der Artikel »Manabendra Nath Roy« von Asiaticus in der »Weltbühne« Nr. 49 v. 8. Dezember 1931, S. 850-852. Dort klagt Asiaticus die Komintern an, sich nicht für die Freilassung des indischen Revolutionärs und

so erinnern sie sich weiter, sei er »als Korrespondent der ›Roten Fahne‹ bekannt geworden«, und er habe »auch legal als Journalist unter dem Pseudonym ›Asiaticus‹ für angesehenere bürgerliche Zeitschriften« gearbeitet.¹³ Von Walter Czollek, der in der gleichen illegalen Parteigruppe arbeitete, werden 1979 durch einen weiteren Mitstreiter, Alfred Dreifuß, folgende Aufzeichnungen über seine Ankunft in Shanghai im Juni 1939 an die Öffentlichkeit gebracht: »Durch Dreifuß baldige Verbindung zu Richard Paulick, der so etwas wie einen ›politischen Salon‹ führte. Dort Bekanntschaft mit dem bereits eingewanderten Schanghaier Heinz Grczyb, alias Erich Möller, alias Asiaticus. Alter deutscher Genosse, der Bremer Linken entstammend, ausgeschlossen von der Komintern als Brandleranhänger.¹⁴ Rehabilitiert durch Dimitroff 1941. Publizistisch für chinesische Partei tätig, in fortschrittlichen amerikanischen Zeitungen Interpret der fernöstlichen Sowjetpolitik.«¹⁵

Hier schließt sich der Kreis zum Shippe-Artikel über die Nazi-Nippon-Allianz, denn Dreifuß fügt zum von Czollek benutzten Begriff der »fortschrittlichen amerikanischen Zeitungen« erläuternd hinzu: »Hier ist zu nennen die ›China Weekly Review‹, deren Chefredakteur der Amerikaner Powell war.«¹⁶

Genauer zum Leben des Shippe-Grczyb-Asiaticus wird seit Ende der 1970er Jahre in der VR China publiziert. Helga Scherner, eine Chinawissenschaftlerin aus der DDR, macht Wesentliches davon 1986 der deutschsprachigen Leserschaft zugänglich.¹⁷ Im gleichen Jahr 1986 erscheint in China ein Buch mit dem Titel »Xibo wenji« – Schriften von Grczyb (oder eben auch: Shippe¹⁸). Nun gibt es Geburtsdatum und Geburtsort: den 13. Juni 1897 im seinerzeit zu Österreich-Ungarn gehörenden, früher und später polnischen Kraków; es gibt auch ein genaues Sterbedatum: Shippe-Grczyb-Asiaticus kommt am 30. November 1941 bei einem Gefecht zwischen chinesischen Partisanen, denen er sich kämpfend angeschlossen hat, und japanischen Truppen ums Leben; aber Etliches bleibt – vornehmlich, was die Jahre bis 1925 betrifft – unklar. 1918, heißt es in den »Xibo wenji«, soll er nach Deutschland gekommen und dann in der revolutionären Arbeiterbewegung in Leipzig und Dresden tätig gewesen sein.¹⁹ 1989 berichtet bei einem Symposium in Berlin (West) der chinesische Historiker Zhu Maoduo, dass Hans (!) Shippe nach Absolvierung der Universität »bei der Behörde für Medizin und Hygiene in Deutschland« gearbeitet habe. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges sei er dann »als Journalist tätig« gewesen und habe »unter dem Pseudonym Heinz Möller« Artikel geschrieben, »die in der deutschen, englischen und US-amerikanischen Presse veröffentlicht wurden.«²⁰

Die Klarsicht des Kommunisten und Chinakenners

Aber keinen Zweifel gibt es darüber, dass Grczyb 1925 bis 1927 in China tätig gewesen ist, und 1928 wird sein Pseudonym »Asiaticus« den China-Interessierten im deutschsprachigen Raum zum Begriff. In jenem Jahr erscheint unter diesem Namen sein Buch mit dem Titel »Von Kanton bis Schanghai 1926-1927«.²¹ Auf 350 Seiten sind dort Texte zusammengefasst, die der Autor in China geschrieben und veröffentlicht hat. Das Buch ist eine Gesamtschau auf die chinesi-

sche Entwicklung mit Kapiteln wie »Der eigenartige Charakter der nationalen Revolution in China«, »Die Ausbeutung durch den internationalen Imperialismus«, »Die Bedeutung der diplomatischen Anerkennung der Nationalregierung«, »Das revolutionäre China zur Genfer Abrüstungskomödie«, »Die territorialen Konzessionen der imperialistischen Staaten in China«, »Das Agrarproblem in der chinesischen Revolution«, »Der Generalstreik in Schanghai und seine Lehre«, »Eine Analyse des Kampfes der Bauernbewegung in den Landbezirken von Hunan«, »Zur Parteidiskussion in der Kuomintang«, »Wohin treibt Japan?«, »Die russische Revolution und der chinesische Befreiungskampf«.

Über seine Tätigkeit in China gibt Asiaticus im Vorwort wie folgt Auskunft: »In dem Zeitabschnitt von Dezember 1926 bis Mai 1927 stand der Verfasser im Dienste des Zentralkomitees der Kuomintang bzw. ihrer Politischen Abteilung im Hauptquartier der Nationalrevolutionären Armee. In ihrem Auftrage arbeitete er gemeinsam mit dem Genossen Friedrich Lienhard, dem Delegierten der Internationalen Arbeiterhilfe für China, als Redakteur der ›Chinesischen Korrespondenz‹, die als ›Organ der Politischen Abteilung des Hauptquartiers der National-revolutionären Armee‹ gegründet und nach der Eroberung von Schanghai als ›Wochenorgan des Zentral-Exekutiv-Komitees der Kuomintang‹ fortgeführt wurde. Die meisten der hier veröffentlichten Artikel wurden vom Verfasser auf Grund von Aufträgen und Vereinbarungen mit dem Chef der Propaganda-Abteilung der Kuomintang wie auch mit den leitenden Vertretern der einzelnen Ministerien der National-Regierung geschrieben. In solcher Funktion war es Aufgabe und Pflicht des Verfassers, die offizielle Meinung der revolutionären Führung der chinesischen und ausländischen Öffentlichkeit gegenüber zu vertreten. Diese Meinung entsprach nicht immer der des Verfassers, konnte aber von ihm so lange vertreten werden, solange die Führung der Kuomintang der Entwicklung der revolutionären Kräfte der Arbeiter, Bauern und kleinbürgerlichen Armut und der Entfaltung ihrer Kampf-tätigkeit gedient hat, und solange der Verfasser in den offiziellen Organen der Kuomintang von ihm gezeichnete Artikel veröffentlichen durfte, die seine persönliche politische Anschauung bereits eindeutig aufzeigen ließ.«²²

Die Kuomintang (in der heute gebräuchlichen Pinyin-Umschrift: Guomindang) in dieser Zeit: Das ist die von Sun Yatsen gegründete Partei, ist die Partei der Revolution von 1925-1927, in der es Zusammenarbeit auch mit den Kommunisten gibt. Im April 1927 aber ändert sie ihren Charakter: Tschiang Kai-schek (in Pinyin: Jiang Jieshi) lässt während des Nordfeldzuges, den er mit dem Ziel der Einigung des vielfach gespaltenen Landes gegen die mit den ausländischen Mächten – vor allem Großbritannien und Japan – paktierenden Militärmachthaber führt, in Shanghai die von linken Gewerkschaftern und Kommunisten angeführte Streikbewegung zusammenschießen.²³

Das ist das Ende der Zusammenarbeit mit den Kommunisten, und es ist für Asiaticus letzter Anstoß für den Bruch mit der Guomindang. Er teilt den »Vertretern des Zentral-Exekutiv-Komitees der Kuomintang« mit, dass er »nicht mehr in der Lage sei, ihre Ansichten mit seiner persönlichen Überzeugung zu vereinbaren«. Seine

ehemaligen Komintern-Beauftragten in China M. N. Roy aus britischer Haft einzusetzen. »M. N. Roy«, schreibt er, »ist vor etwa drei Jahren wegen taktischer Streitigkeiten, wegen seiner Kritik an den Fehlern, die von der gegenwärtigen kommunistischen Führung (gemeint ist die Komintern-Führung – W. A.) während der chinesischen Revolution begangen wurden, sowie wegen der Kritik an ihrer Politik in Indien und in der gesamten Internationale ausgeschlossen worden. (...) Selbst wenn die Führung der Kommunistischen Internationale in dem Streit mit M. N. Roy Recht hätte, selbst dann müßte sie alles, was in ihrer Kraft steht, aufbieten, um den Anschlag der britischen Reaktion zu vereiteln.« – Acht Monate zuvor hat Asiaticus ebenfalls in der »Weltbühne« das auch heute noch höchst bedeutsame Werk von M. N. Roy »Revolution und Konterrevolution in China« gewürdigt: Asiaticus: Das chinesische Rätsel, in: Die Weltbühne, Berlin, Nr. 17 v. 28. April 1931, S. 603-606.

15 Alfred Dreifuß: Schanghai – Eine Emigration am Rande, in: Exil in den USA, Leipzig 1979, S. 471. – Der hier zitierten Passage hat Alfred Dreifuß den Hinweis vorangestellt: »Wenige Monate vor seinem im Jahre 1972 erfolgten Tode übergab mir der Genosse Walter Czollek, seinerzeit Leiter des Verlages Volk und Welt Berlin, eine Schilderung seiner in Schanghai ausgeübten Parteiarbeit, aus der nachfolgend zitiert wird.« – Alfred Dreifuß arbeitete später in der DDR wie auch schon in der Shanghaier Emigration als

Theaterregisseur. Der hier ebenfalls erwähnte Richard Paulick, von Beruf Architekt, war bereits 1933 nach Shanghai gegangen und hat sich später auch in der DDR-Architektur einen Namen gemacht. – Die Nobel- und Dreifuß-Erinnerungen konzentrieren sich neben einer Schilderung der allgemeinen Lebensbedingungen auf diejenigen deutschen und deutsch-jüdischen Emigranten, die im Exil ihren antifaschistischen Kampf fortsetzten. Zur insgesamt um die 20 000 Menschen umfassenden, vornehmlich jüdischen Emigration in Shanghai siehe aus anderer Sicht z. B.: David Kranzler: *Japanese, Nazis and Jews. The Jewish Refugee Committee of Shanghai, 1938-1945*, New York 1976; Françoise Kreissler: *Exil in Shanghai: Problematik und Schwerpunktthemen*, in: Kuo Heng-yü, Mechthild Leutner (Hrsg.): *Deutsch-chinesische Beziehungen vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart* (Berliner China-Studien, 19), München 1991, S. 293-314.

16 Alfred Dreifuß, a. a. O.

17 Helga Scherner: *Deutsche Antifaschisten während des Zweiten Weltkrieges in Shanghai*, in: *asien-afrika-lateinamerika*, Berlin (DDR) Nr. 3/1986, S. 422-428.

18 Hier kommt man um eine kurze Bemerkung zu Umschriften aus dem Chinesischen nicht herum: »Xibo« ist die Wiedergabe der beiden von den Chinesen für »Grczyb« gewählten Schriftzeichen in der heute gebräuchlichen Pinyin-Umschrift. Die gab es jedoch in den 1930er Jahren noch nicht. So war auch »Shippe« als Wiedergabe der beiden Schriftzeichen

Überzeugungen freilich festigen sich. »Die chinesische Revolution«, schreibt er, »lebt und kämpft, und der Sieg der Hunderte von Millionen der städtischen und ländlichen Armut in China ist trotz der zeitlichen Rückschläge historisch unabwendbar. Die chinesische Revolution bildet schon jetzt eines der heldenmütigsten und erfahrungsreichsten Kapitel des Kampfes der Unterdrückten und Ausgebeuteten der ganzen Welt. Sie ist neben der russischen Revolution das größte und bedeutendste revolutionäre Ereignis der gegenwärtigen Geschichte.«²⁴

Nach vier Jahren in Deutschland, über die nähere Angaben bisher nicht bekannt sind, geht Grczyb im Herbst 1932 erneut nach Shanghai, um sich – wie Zhu Maoduo es ausdrückt – »eingehend mit der neuen Lage in China und Fernost zu befassen«. Er tritt – so Zhu Maoduo weiter – der »Amerikanischen Gesellschaft für den Pazifik« bei, wird bei der von dieser Gesellschaft herausgegebenen Zeitschrift *Pacific Affairs* angestellt und veröffentlicht »unter dem Pseudonym »Asiaticus« (...) in dieser Zeitschrift, im englischen *Manchester Guardian Weekly* und einigen Zeitschriften in Shanghai viele Meldungen und Essays über chinesische und asiatische Probleme.«²⁵

Aus solchem Holz ist der Mann geschnitzt, der Botschafter Trautmann und Chefberater v. Falkenhausen im Frühjahr 1937 so viele Sorgen bereitet. Hätten sie Kenntnis von der Identität ihres Shippe mit Asiaticus gehabt, hätten sie nicht überrascht sein dürfen. Denn mit fast schon beängstigender Klarheit sieht Asiaticus schon zu Beginn der 1930er Jahre die spätere Weltkriegskonstellation voraus, und zwar immer durch klare Fakten und überzeugende Beschreibung der Zusammenhänge gestützt. »Die japanische Politik in China«, schreibt er im Oktober 1930 in der *Weltbühne*, verfolgt seit Jahrzehnten das Ziel, die Spaltung in Nord und Süd zu verewigen und jede Zentralisierung zu verhindern. Das ist notwendig zur Sicherung der Penetration der Mandschurei (zu der es im September 1931 kommen wird – W. A.); aber auch zur Förderung der weitergehenden Pläne in Nordchina, vor allem in Schantung (Shandong)²⁶ und Schansi (Shanxi), und schließlich zur Durchkreuzung der amerikanischen Finanzexpansion in einem vereinheitlichten China.«²⁷ Im Mai 1932 liefert er – wiederum in der *Weltbühne* – eine brillante Analyse der innenpolitischen Auseinandersetzungen in Japan. Die neue Generalität, schreibt er, macht aus ihren Zielen kein Hehl: »Vollendung der Okkupation der Mandschurei, Sicherung der japanischen Interessen in der Mongolei und Verdrängung des Bolschewismus von jedem Stützpunkt im Fernen Osten.« Und er schließt: »Diese militärischen Führer sind (...) jetzt die Herren der japanischen Außenpolitik. Ihre Außenpolitik heißt kurz und bündig: Krieg!«²⁸

Als die *Weltbühne* von den Nazis verboten wird und – ohne ihren ins KZ geworfenen Chefredakteur Carl von Ossietzky und auch ohne dessen engsten Mitarbeiter Kurt Tucholsky, der nach Schweden emigriert ist – sich im Exil als *Neue Weltbühne* zu einem wichtigen Kommunikationsträger der deutschen antifaschistischen Emigration entwickelt, bleibt Asiaticus in dieser Zeitschrift eine der entscheidenden Stimmen aus Fernost.²⁹ Im April 1933 beschreibt er den Austritt Japans aus dem Völkerbund als einen »Akt schwärzesten Undanks«, denn schließlich habe der Völkerbund das Land an

seinem Eroberungsfeldzug gegen China nicht gehindert, sondern ihm freie Hand gelassen. Nichts, so notiert er mit bitterem Spott, habe den Völkerbund davon zu überzeugen vermocht, dass Japan tatsächlich Krieg gegen China führe: weder »die Eroberung der Mandschurei und ihre Losreißung von China« noch »die monatelangen Kämpfe in Schanghai (Shanghai)« oder »der Überfall auf Schanhaikwan (Shanhaiguan) und der Feldzug gegen Jehol³⁰«. Keinerlei Hilfe habe der Völkerbund dem bedrängten China geleistet, woraus sich nur der Schluss ziehen lasse: »China ist kein Land, sondern eine Interessenzone.« Und: »Eine Verständigung mit Japan ist schon manches Opfer wert, vor allem dann, wenn es auf Kosten Chinas und, wie sie (gemeint sind die Kolonialmächte England und Frankreich – W. A.) erwarten, auch der Sowjetunion geht.«³¹

Und während 1935, nach mehreren Feldzügen Tschiang Kaischeks gegen sie, kaum noch jemand glaubt, dass die Kommunisten in China noch einmal eine einflussreiche Rolle spielen könnten – weshalb Trautmann 1937 ihr politisches Gewicht ignorieren zu können vermeint –, erkennt Asiaticus, dass der später als »Langer Marsch« berühmte werdende Ausbruch der von der KPCh geführten Truppen aus der Umklammerung Tschiang Kaischeks der kommunistischen Bewegung neue Kraft verleiht. »Registrieren wir ein denkwürdiges Ereignis«, schreibt er. »Monatelang hatte hier die imperialistische und die chinesisch-reaktionäre Presse die »endgültige Vernichtung« der Roten Armee avisiert. Die Niederlage sollte unmittelbar bevorstehen, täglich lasen wir von der Umzingelung der roten Truppen, vom Massentod der roten Soldaten und ihrer Führer, von den Siegen Tschiangkaischeks.« Aber: »Es ist geglückt, das Ziel eines sechs Monate währenden Marsches (des ersten Teils des »Langen Marsches«, der fast genau ein Jahr – von Oktober 1934 bis Oktober 1935 – dauerte – W. A.) zu erreichen und die Truppen von Kiangsi (Jiangxi) über den Norden der Provinzen Kwangtung (Guangdong) und Kwangsi (Guangxi) quer durch Hunan (Hunan), Kweichow (Guizhou) und Junnan (Yunnan) zu führen. Es ist geglückt – obwohl mehr als eine Million Mann, Truppen der Zentralregierung und der Provinzen, einen Kordon rings um Kiangsi (Jiangxi) gelegt hatten; obwohl Tschiangkaischek sein Hauptquartier verlegte, alle verfügbaren Truppen und die ganze Luftflotte zusammenzog, alles aufbot, um den roten Soldaten den Weg über den Jangtse (Yangzi) zu versperren. Die Leistung ist gigantisch.«³²

Sind solche Berichte heute noch wichtig? Für den, der China verstehen will, ganz gewiss. Denn die Revolution von 1949 bezog ihre Kraft entscheidend aus Umständen und Verhaltensweisen, wie sie Asiaticus beschreibt: »Die Mannschaften (der von der KPCh geführten Truppen – W. A.)«, notiert er, »stammen aus dem innersten Kern des chinesischen Volkes«. Oder: »Aber die armen Bauern spielten nicht mit. Sie unterstützten die roten Truppen, sie schlossen sich ihnen als Partisanen an.« Und auch dies: »Die revolutionären Gruppen siegen eben nicht mit Bomben, sondern mit der Unterstützung der werktätigen Bevölkerung. (...) In diesem Augenblick werden die Fundamente für den grossen, epochemachenden Neubau Chinas gelegt.«³³

In den folgenden Monaten berichtet Asiaticus wieder vor allem über die japanische Vorgehensweise in China. Im Juli 1935 analy-

möglich – und fand auf diese Weise Eingang in die Literatur.

19 Xibo wenji, hrsgg. v. Shandong sheng zhong dangshi renwu yanjiuhui (Forschungsgesellschaft für Personen aus der Geschichte der Kommunistischen Partei in Shandong), Jinan 1986. – Vgl. Wolfram Adolphi: Mehr über »Asiaticus«, in: Die Welbühne, Berlin (DDR), Nr. 14 v. 4. April 1989.

20 Zhu Maoduo: Hans Shippe: Ein in Shandong gefallener deutscher Freund, in: Kuo Heng-yü, Mechthild Leutner (Hrsg.): Deutsch-chinesische Beziehungen ..., a. a. O., S. 346; Neuestes zum Lebenslauf siehe bei Helga Scherner: Asiaticus – eine Unperson?, in: Bochumer Jahrbücher zur Ostasienforschung, Bd. 25, 2001, S. 243-256. Dort als Geburtsdatum der 11. Juli 1896 und als Geburtsort das galizische Tarnow.

21 Asiaticus: Von Kanton bis Schanghai 1926-1927, Agis-Verlag Wien u.a. 1928.

22 Ebenda, S. 2 f.

23 Für eine gedrängte Darstellung dieser Ereignisse siehe z. B.: Oskar Weggel: Geschichte Chinas im 20. Jahrhundert, a. a. O., S. 56-69; Jürgen Osterhammel: China und die Weltgesellschaft. Vom 18. Jahrhundert bis in unsere Zeit, München 1989, S. 278-312; Jonathan D. Spence: Chinas Weg in die Moderne, München-Wien 1995, S. 417-429; vgl. auch – allerdings unter Beachtung des die Darstellung in jenen Jahren schwer belastenden Konflikts zwischen der

KPdSU und der KPCh –: Neueste Geschichte Chinas. Von 1917 bis zur Gegenwart, hrsgg. v. Institut für den Fernen Osten der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Berlin (DDR) 1975 (im russ. Original Moskau 1972), S. 88-100.

24 Asiaticus: Von Kanton bis Schanghai, a. a. O.

25 Zhu Maoduo: Hans Shippe, a. a. O., S. 349. – Begleitet wird Grczyb bei diesem zweiten – und erst mit seinem Tode 1941 endenden – China-Aufenthalt von seiner Frau Trudy Rosenberg (vgl. ebenda), und wie heftig die Gesichtsschreibung von Kommunisten unter den Linienkämpfen der kommunistischen Bewegung gelitten hat und oft noch weiter leidet, wird auch hier wieder deutlich, wenn etwa Nobel/Nobel formulieren: »Einige wenige Genossen hatten (...) Spezialaufträge, die der Unterstützung der chinesischen KP dienen, dazu gehörten z. B. Walter Czollek sowie Trude Rosenberg, die sich jedoch nach Kriegsende zur Renegatin entwickelte« (Günter Nobel, Genia Nobel: Als politische Emigranten, a. a. O., S. 886). Wahrscheinlich des Urteils »Renegatin« wegen wird auch auf einen Hinweis darauf verzichtet, dass Trude (Trudy) Rosenberg Grczybs Frau gewesen ist.

26 Wieder das Umschreiben-Problem. Im Folgenden wird zum besseren Verständnis die Pinyin-Umschrift in Klammern beigefügt.

27 Asiaticus: Yen Hsi-Schan (Yan Xishan), in: Die Weltbühne, Berlin, Nr. 44 v. 28. Oktober 1930, S. 645.

siert er die Abtrennung weiterer nördlicher Provinzen durch die japanischen Truppen. »Der Sinn dieses japanischen Angriffs? Die Provinz Hopei (Hebei) mit dreissig Millionen Einwohnern, die nördlich und nordwestlich von ihr gelegenen Provinzen Shantung (Shandong) und Shansi (Shanxi) sowie die innermongolischen Gebiete Chahar und Suiyuan, mit dem Gelben Fluss als der südlichen Demarkationslinie, werden in ein neues ›Mandschukuo‹ (Manzhouguo) verwandelt. (...) für den japanischen Überfall auf die Sowjetunion ist die völlige Beherrschung der hier gelegenen Bahnlinien, Heerstraßen und Luftlinien erforderlich. Deshalb leitet diese Aktion die völlige Abtrennung dieses Gebiets von China und seine Einordnung in den Bereich des japanischen Armeekommandos ein.« Und zwei weitere Themen sind ihm seit 1931 wichtig und werden auch jetzt wieder behandelt. Das eine Thema sind diejenigen chinesischen Generäle, die mit den japanischen Aggressoren gemeinsame Sache machen. »Sie werden benutzt,« schreibt er, »solange sie gebraucht werden, wie Tschangtsolin (Zhang Zuolin), der in Japans Diensten das Land brandschatzte und schliesslich von einer japanischen Höllenmaschine (bei einem Attentat – W. A.) aus dem Weg geräumt wurde. Von diesen Generälen erwarten die Millionen der chinesischen Jugend, der Arbeiter und Bauern, nichts.« Und das andere ist die Politik der alten Kolonialmächte, insbesondere Großbritanniens. »Der britische Imperialismus, der in seiner Chinapolitik auf einen Krieg Japans mit der Sowjetunion spekuliert, spürt aber jetzt schon, wie die Axt auch an die Wurzeln der britischen Positionen in China gelegt wird. (...) Wie lange noch,« so fragt er, »wird der Köder des Antisowjetkrieges dem britischen Imperialismus über seine aktuellen Sorgen und Schmerzen in China und in Asien hinweghelfen?«³⁴

Mit dem Verhältnis zwischen England und Japan befasst sich Asiaticus im Juli 1935 auch in einem Artikel, der in der im Pariser Exil herausgegebenen Monatszeitschrift *Unsere Zeit* erscheint – was für die vielfältigen Verbindungen spricht, die Grczyb-Asiaticus in die Presse der deutschen Emigration hat. Daran erinnernd, dass England den Japanern schon 1918 bei einer Besetzung Ost Sibiriens Unterstützung zugesagt hatte, um im Gegenzug seine privilegierte Stellung in China nicht zu verlieren, stellt er zur aktuellen Lage fest: »Je mehr der japanische Imperialismus nach dem Süden drängt (also in die Einfluss-sphäre Großbritanniens – W. A.), desto stärker klammert sich England an seinen Ablenkungsplan durch einen Krieg (Japans – W. A.) gegen die Sowjetunion.« In einem weiteren Abschnitt analysiert er die wirtschaftliche Zusammenarbeit Englands mit Japan im von Japan geschaffenen Marionettenstaat Mandschukuo (Manzhouguo).³⁵

Im April 1936 warnt Asiaticus – nun wieder in der *Neuen Weltbühne* – vor einem japanischen Angriff auf die Mongolische Volksrepublik als »unmittelbares Vorspiel zum Überfall auf die Sowjetunion«,³⁶ und im Oktober 1936 ahnt er den Xi'an-Zwischenfall, der Tschiang Kai-schek so sehr in Bedrängnis bringen wird, geradezu voraus. »Der japanische Generalstab stellt«, schreibt er zunächst, »die Frage ganz eindeutig: entweder werden die Beziehungen zwischen Japan und China um sehr vieles besser, oder um sehr vieles schlechter. Um sie sehr viel besser zu gestalten, verlangt er erstens Auflösung der japanfeindlichen Organisationen und Verbot der anti-

japanischen Propaganda in Wort, Schrift und Bild, das heisst Unterdrückung jeder patriotischen Bewegung zur Verteidigung der Existenz Chinas; zweitens Entlassung aller antijapanischen Beamten und Einstellung von japanischen Ratgebern in allen wichtigen Ämtern (...), drittens Freiheit für die japanische Luftfahrt in China, das heisst zu der bereits bestehenden Freiheit der japanischen Kriegsflotte in den chinesischen See- und Binnengewässern (...), viertens völlige Autonomie für Nordchina, das heisst Zustimmung zur weiteren Zerstückelung Chinas, und fünftens Reduktion der Zölle, das heisst Auslieferung des chinesischen Marktes an Japan.« Und schlussfolgert dann: »Es gibt keine chinesische Regierung, die diese Forderungen akzeptieren könnte, ohne von der überwältigenden Mehrheit des chinesischen Volkes davongejagt zu werden.«³⁷

Das ist es, warum die Generäle Zhang Xueliang und Yang Hucheng ihrem »Generalissimus« Tschiang Kai-schek die Gefolgschaft verweigern und sich Tschiang schließlich auf die Zusammenarbeit mit den Kommunisten einlassen muss – im Dezember 1936 und erst recht im Sommer 1937, nachdem am 7. Juli 1937 mit dem so genannten Lugouqiao-Zwischenfall³⁸ die umfassende Aggression Japans gegen China beginnt.

Die Vorahnung der Weltkriegskonstellation

Und Asiaticus bleibt bei der klaren Analyse der innerchinesischen Kräftekonstellationen nicht stehen. Es mag ja mancher mit dem Pathos seiner Texte ein paar Schwierigkeiten haben – an der sicheren Vorahnung der späteren Weltkriegskonstellation ändert das gar nichts.

»Und es gibt«, schreibt er im schon zitierten Aufsatz vom Oktober 1936, »auch keine andere Wahl für China als den Kampf auf Tod und Leben um seine Existenz. Chinas Kampf um seine nationale Existenz gegenüber dem Imperialismus Japans ist ein heroischer Kampf auf vorgeschobenem Posten im Weltkampf gegen die fascistische Kriegs- und Eroberungspolitik.«³⁹

Am 26. November 1936 erscheint in der *Neuen Weltbühne* ein Artikel von Asiaticus, der mit der Orts- und Zeitangabe »Shanghai, im November« versehen ist und in dem er das Wesen des im Geheimen ausgehandelten Antikomintern-Paktes, den er im Frühjahr 1937 auf die eingangs beschriebene Weise als »Nazi-Nippon-Allianz« charakterisieren wird, herausarbeitet, ohne diesen Pakt doch schon zu kennen oder gar zu wissen, dass er am 25. November, also einen Tag vor dem Erscheinen seines Artikels, unterzeichnet sein wird. Von der japanischen Forderung an Tschiang Kai-schek ist da die Rede, einen Pakt abzuschließen, mit dem die chinesische Regierung »im Gebiet von Nanking (Nanjing), Shanghai, Hankau (Hankou), Kanton (Guangzhou) und Hongkong (Xianggang) (...) den Grundsatz der gemeinsamen sino-japanischen Verteidigung gegenüber der ›roten Invasion eines dritten Landes‹ anerkennen« soll. Ein »ständiges Militärbündnis« soll das werden, das »der japanischen Flotte die Befestigung der chinesischen Küste und der japanischen Luftflotte die Errichtung von Aerodromen und Luftlinien innerhalb Chinas gestattet – alles zum Schutz gegen die drohende ›rote Invasion‹« – und alles, so stellt Asiaticus klar, »im Bereich der englischen Vormacht-

28 Asiaticus: In den Blutspuren der Kokuhonsha, in: *Die Weltbühne*, Berlin, Nr. 22 v. 31. Mai 1932, S. 813.

29 Eine zweite besonders wichtige Stimme aus Fernost ist in der »Neuen Weltbühne« die von Agnes Smedley.

30 »Jehol« ist ein alter Provinzname in Nordostchina.

31 Asiaticus: Vom sterbenden Völkerbund, in: *Die neue Weltbühne*, Prag/Wien/Zürich, Nr. 15 v. 13. April 1933, S. 458-461.

32 Asiaticus: Die Roten in Szechuan (Sichuan), in: *Die neue Weltbühne*, Prag/Zürich/Paris, Nr. 24 v. 13. Juni 1935, S. 753. Über den »Langen Marsch« gibt es den außerordentlich wichtigen Bericht eines anderen deutschen Kommunisten: Otto Braun (chinesisch: Li De), der in China als Berater der Militärführung der KPCh tätig war. – Otto Braun: *Chinesische Aufzeichnungen*, Berlin (DDR) 1973, S. 213-302.

33 Asiaticus: Die Roten in Szechuan, a. a. O., S. 753-758.

34 Asiaticus: Zweites Mandschukuo (Mantschouguo), in: *Die neue Weltbühne*, Prag/Zürich/Paris, Nr. 28 v. 11. Juli 1935, S. 870-874.

35 Asiaticus: Der englische Imperialismus und die japanischen Angriffspläne im Fernen Osten, in: *Unsere Zeit*, Paris/Basel/Prag, Nr. 6-7, Juli 1935, S. 10-14.

36 Asiaticus: Japan und die Mongolei, in: *Die neue Weltbühne*, Prag/Zürich/Paris, Nr. 16 v. 16. April 1936, S. 497-500.

37 Asiaticus: Japan verschluckt China, in: Die neue Weltbühne, Prag/Zürich/Paris, Nr. 41 v. 8. Oktober 1936, S. 1279-1281.

38 Die japanische Militärführung nutzt einen Zusammenstoß zwischen japanischen und chinesischen Militäreinheiten an der Lu-gouqiao, der »Marco-Polo-Brücke«, die am westlichen Stadtrand von Peking (Beijing) liegt, als Anlass für Angriffe auf breiter Front, die bis zum Herbst 1938 zur Eroberung des gesamten östlichen Teils Chinas führen.

39 Asiaticus: Japan verschluckt China, a. a. O., S. 1281. – Die Schreibweise »fascistisch« entspricht der zeitüblichen Übernahme des Begriffes aus dem Italienischen.

40 Asiaticus: Hitler in Tokio, in: Die neue Weltbühne, Prag/Zürich/Paris, Nr. 48 v. 26. November 1936, S. 1513-1515. – Siehe auch einen Nachdruck dieses Artikels in: Das Blättchen, Berlin, Nr. 24 v. 27. November 2006, S. 10-13.

41 Asiaticus: Handels-Harakiri, in: Die neue Weltbühne, Prag/Zürich/Paris, Nr. 1 v. 1. Januar 1937, S. 5-9.

42 Asiaticus: Kreuzer Emden, in: Die neue Weltbühne, Prag/Zürich/Paris, Nr. 9 v. 25. Februar 1937, S. 272.

43 Asiaticus: China im Abwehrkrieg, in: Die neue Weltbühne, Prag/Zürich/Paris, Nr. 35 v. 26. August 1937, S. 1094.

stellung.« »Dieser pffiffige ›Antikommunistenpakt‹«, fährt er fort, »der im Namen einer ›roten Invasionsgefahr‹ den Sprung der japanischen Seeflotte auf die Zone Shanghai-Hongkong-Singapore vorbeireitet, ist ein Witz, eine Verhöhnung Englands« ... und dann folgt ein Gedanke, der beim Erscheinen des Artikels schon überholt ist: ... »wie sie sich Ribbentrop in Europa heute noch nicht leisten kann.«⁴⁰ Ribbentrop leistet sich: Am 25. November ist der »Antikommunistenpakt« – der Antikominternpakt – mit seiner weltweiten Stoßrichtung Realität.

Im Januar 1937 setzt sich Asiaticus mit den Konsequenzen des Paktes für die deutsch-chinesischen Beziehungen auseinander. Der bisherige Tauschhandel – deutsche Maschinen und Kriegsmaterial gegen chinesische Rohstoffe – werde ganz zwangsläufig zusammenbrechen müssen, Japan werde die Monopolisierung des chinesischen Marktes anstreben, habe seinerseits keinerlei Rohstoffe, die es nach Deutschland liefern könne, und Deutschland seinerseits werde seinen Markt kaum für japanische Produkte öffnen. Deutschland »ruiniert seinen Handel mit China, damit Japan kriegsfähig wird und den europäischen Handel aus Ostasien verdrängen kann.« Dies sei nichts anderes als »Handels-Harakiri«.⁴¹

Ein wenig später – im Februar 1937, zwei Monate also, bevor sich die deutsche Botschaft mit seinen als M. G. Shippe zu Papier gebrachten Auffassungen auseinandersetzen wird – nutzt Asiaticus den Besuch des deutschen Kreuzers »Emden« in Shanghai und Nanjing zu einer Wiedergabe chinesischer Pressestimmen zum chinesisch-deutschen Verhältnis. Aus der »sehr verbreiteten« Shanghaier Zeitung *Lih Pao* (Li Bao) zitiert er: »›Unser Land ist der beste Markt für deutsche Waren. Es ist deshalb nur zu hoffen, dass die deutschen Behörden sich diesen Fall gründlich überlegen und ihre Zusammenarbeit mit dem Aggressor im Fernen Osten aufgeben werden.« Und er fügt hinzu: »Die hiesigen überlegen gar nichts. In kolonialer Überheblichkeit folgern sie aus alledem nur, dass es höchste Zeit wäre, mit Hilfe des japanischen Militärfascismus die chinesische Presse endlich gleichzuschalten.«⁴²

Nach dem 7. Juli 1937 konzentrieren sich die Asiaticus-Artikel natürlich auf die weitere Entwicklung des nun ganz China erfassenden Krieges. Und wieder greift er in seinen Schlussfolgerungen weit voraus. Während die Westmächte abwarten und auf irgendwie geartete Arrangements mit Japan hoffen, schreibt er im August 1937: »Es liegt der ganzen friedliebenden Welt daran, dass der japanische Massenmord in China durch eine internationale Friedensaktion, die dem Angreifer in den Arm fällt, aufgehalten werde. Eine solche Friedensaktion kann nur dann erfolgreich sein, wenn alle pazifischen Mächte, England, die USA, die Sowjetunion und Frankreich, den Abwehrkampf des chinesischen Volkes unterstützen und gemeinsam gegen die japanische Aggression auftreten.« Und es folgt die Entlarvung der deutschen und italienischen Politik: »Sowohl der deutsche als auch der italienische Botschafter haben in Nanking (Nanjing) erklärt, dass sie für den Frieden wären und sogar ›Sympathie‹ für China hätten, es aber für ratsamer hielten, dass keine Einmischung von außen erfolgte. (...) Dieser deutsch-italienische Plan der ›Nichtintervention‹ stimmt durchaus mit den Wünschen Japans überein.«⁴³ Und im Oktober 1937

prognostiziert er: »Im Weltkrieg griff Amerika in Europa ein und brachte die Entscheidung. Im kommenden Weltkrieg (*faktisch sind wir schon in seiner ersten Phase* – {Hervorhebung – W. A.}) wird Amerika seine Streitkräfte vor allem in der pazifischen Zone konzentrieren. Seine wichtigsten Partner im Fernen Osten werden die Sowjetunion und das um seine Befreiung kämpfende China sein. Die englisch-amerikanische Kooperation war lange Zeit Tokios Schreckgespenst – sie war aber immer nur eine potentielle Gefahr. Der pazifische Block USA-UdSSR-China ist mehr als eine Drohung, er ist eine rapide wachsende Kräftekonstellation, die dem japanischen Imperialismus den Prozess machen wird. England kann diese Kräftegruppierung im Fernen Osten nur im geringen Maße aufhalten; es wird sich ihr im Interesse des Imperiums anschließen müssen.«⁴⁴

Bleibende Leistungen eines weithin unterschätzten Mannes

Als Asiaticus seine Analyse der ersten Kriegswochen zu Papier bringt, dauert es noch lange, bis die von ihm vorausgesagte Kräftekonstellation tatsächlich entsteht, aber am Ende behält er Recht. Zunächst gibt es noch zahlreiche Umwege und Hindernisse. Die Sowjetunion vereinbart mit China am 21. August 1937 einen Nichtangriffsvertrag und stellt sich damit an Chinas Seite, aber der Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und Deutschland vom 23. August 1939, die französischen und britischen Hoffnungen, dass sich der deutsche und der japanische Aggressionsdrang am Ende doch vor allem auf die Sowjetunion richten mögen, und das Festhalten vor allem Großbritanniens an seinen alten Kolonialmachtambitionen in China sind nicht geeignet, zu abgestimmten Positionen zu gelangen.⁴⁵ In den USA beginnt 1939/40 die Bereitschaft zur Unterstützung Chinas zu wachsen, aber erst nach dem Überfall Japans auf Pearl Harbour am 7. Dezember 1941 entwickelt sich gemeinsames militärisches Handeln. Dann aber wird China zum festen Bestandteil der Anti-Hitler-Koalition. Am 9. Dezember 1941 erklärt die Tschiang-Kai-schek-Regierung Deutschland den Krieg. China gehört am Kriegsende zu den Siegermächten des Weltkrieges und Gründungsstaaten der UNO und ist neben der Sowjetunion, den USA, Frankreich und Großbritannien das fünfte Ständige Mitglied des UN-Sicherheitsrates.

Der Kommunist und Internationalist Heinz Grczyb alias Asiaticus hat – wie die hier vorgestellten knappen Auszüge aus seinen Reportagen belegen – von den Entwicklungen in China, Japan und auf dem fernöstlichen Kriegsschauplatz ein von Sachkenntnis und Gestaltungskraft geprägtes Bild gezeichnet, das bis heute nichts von seinem Wert und seiner Anschaulichkeit verloren hat, und mindestens zwei seiner Positionen sind – so meine ich – auch für die übergreifende Geschichtsschreibung von bleibendem Wert.

Da ist *zum ersten* seine Beurteilung der umfassenden japanischen Aggression gegen China als *erste Phase des Zweiten Weltkrieges*. Dies ist eine Leistung, die eigentlich Bestand haben müsste. Sie hat jedoch bisher in die europäische und amerikanische Geschichtsschreibung, so weit ich das überblicken kann, keinen Eingang gefunden, und das ist bedauerlich und bezeichnend zugleich. Zu sehr wirkt bis heute die alte Tradition fort, die Dinge aus eurozentristischer Sicht zu betrachten, und in gewisser Weise wird damit die da-

44 Asiaticus: USA im Fernen Osten, in: Die neue Weltbühne, Prag/Zürich/Paris, Nr. 43 v. 21. Oktober 1937, S. 1351.

45 Eine Zeitlang scheint sogar eine ganz andere Konstellation auf. Von Herbst 1939 bis Sommer 1940 kommt es im Ergebnis des Hitler-Stalin-Paktes und der deutschen Siege bei den ersten Feldzügen in Europa bei der nun in Tschungking (Chongqing) ansässigen national-chinesischen Regierung zu einer kurzzeitigen Belebung der Hoffnung, man könne sich mit Deutschland und der Sowjetunion gleichzeitig arrangieren und damit den schon von Sun Yatsen gehegten Traum eines »Kontinentalbündnisses« gegen die alten Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich sowie gegen Japan und die USA verwirklichen. Das national-chinesische Interesse trifft sich dabei mit den anhaltenden Versuchen der deutschen Diplomatie, Japan und China zu einem Waffenstillstand zu bringen. Die freilich gründen sich nicht auf friedliche Ziele, sondern darauf, Japan eine Erholungspause zu verschaffen, damit es den von der deutschen Führung erhofften Angriff auf die Sowjetunion starten kann. Mit dem Dreimächtepakt zwischen Deutschland,

Japan und Italien vom 27. September 1940 erledigen sich die national-chinesischen Überlegungen. – Und noch eine andere Konstellation spielt kurzzeitig eine Rolle: Im März 1940 etabliert Japan im von ihm besetzten Teil Chinas eine Marionettenregierung unter Wang Jingwei, die von Deutschland offiziell als Regierung Chinas anerkannt und als Bündnispartner behandelt wird. Da die national-chinesische Regierung im unbesetzten Teil Chinas aber den Krieg gegen Japan weiterführt, kommt es nicht zu der von Japan und Deutschland erhofften »Herüberziehung« Chinas. – Vgl. Mechthild Leutner (Hrsg.), Wolfgang Adolphi u. Peter Merker (Bearb.): Deutschland und China 1937-1949, a. a. O., S. 110-114 u. S. 209-222.

46 Karl Drechsler: Deutschland – China – Japan 1933-1939, a. a. O., S. 23 u. 25.

47 Handbuch der Verträge, a. a. O., S. 282.

48 Theo Sommer: Deutschland und Japan zwischen den Mächten, a. a. O., S. VII.

49 Karl Drechsler (Hrsg.): Das Bündnis der Rivalen, a. a. O.

50 Theo Sommer, a. a. O., S. 4.

51 Wolfgang Michalka: Vom Antikominternpakt zum Euro-asiatischen Kontinentalblock: Ribbentrops Alternativkonzeption zu Hitlers außenpolitischem »Programm«, in: Ders. (Hrsg.): Nationalsozialistische Außenpolitik, Darmstadt 1978, S. 472 f.

malige Geringschätzung der fernöstlichen Kriegereignisse fortgesetzt – trotz der nach Millionen zählenden Toten, die der japanisch-chinesische Krieg schon in seinem ersten Jahr forderte, und trotz der von Asiaticus so treffend beschriebenen Bedeutung der Achse Berlin-Rom-Tokio für diesen Krieg.

Und damit ist die *zweite* bleibende Leistung genannt: die Herausarbeitung der großen *Bedeutung des Antikomintern-Paktes*.

Es lohnt sich, in diesem Zusammenhang einen Blick auf die Behandlung des Antikomintern-Paktes in der Geschichtsschreibung der DDR auf der einen und im Mainstream der Geschichtsschreibung der BRD auf der anderen Seite zu werfen.

Die DDR-Historiker legen den Schwerpunkt auf die *Wirkung* des Paktes: zunächst für die Kriegsvorbereitung und dann für die Ziele und Opfer der Aggressionspolitik der Achse Berlin-Rom-Tokio. Karl Drechsler sieht 1964 im Antikomintern-Pakt »einen wichtigen Meilenstein auf dem Wege zum zweiten Weltkrieg«, gar »einen Kriegsakt (...), der vor allem gegen die Sowjetunion, aber auch gegen die übrigen kapitalistischen Staaten sowie gegen die Volksmassen in allen Ländern gerichtet war, die sich einer faschistischen Aggression widersetzen.«⁴⁶ Helmuth Stoecker vertritt 1968 die Auffassung, dass der im Pakt »herausgestellte Antikommunismus (...) die faschistische Aggressionspolitik rechtfertigen und zugleich die Aggressionsabsichten beider Staaten gegen die Westmächte tarnen« sollte.⁴⁷

In der BRD hingegen konzentriert sich der Mainstream der Geschichtsschreibung auf die *Effizienz* des Paktes bzw. auf den Mangel an derselben. Theo Sommer stellt sich 1962 das Ziel, die Auffassung der »Ankläger der Siegnationen« in den Kriegsverbrecherprozessen von Nürnberg und Tokio, wonach »eine enge Allianz zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und dem Kaiserreich Japan« bestanden habe, zu widerlegen.⁴⁸ Die zweifellos vorhandenen tiefgehenden Widersprüche zwischen Deutschland und Japan, die natürlich auch von den DDR-Historikern immer gesehen worden sind – nicht umsonst gibt Drechsler seinem Dokumentenband von 1978 den Titel »Das Bündnis der Rivalen«⁴⁹ –, werden hier zum Entscheidenden, die trotz aller »Ineffizienz« des Bündnisses verheerenden Wirkungen für die Opfer der Aggressionspolitik treten in den Hintergrund. So kommt Sommer denn auch zu solch grotesken Schlussfolgerungen wie der, dass Japan und Deutschland eben wegen der »Ineffizienz« ihres Bündnisses »alsbald die *bittere* (Hervorhebung – W. A.) Erfahrung« hätten machen müssen, dass »sich ihre Großraum-Utopien nicht im weltpolitischen Vakuum verwirklichen ließen.« Sie seien »im Verfolg ihrer Ziele auf andere Gegner« gestoßen »als nur diejenigen, die sie zu treffen suchten: auf England in erster, auf die Vereinigten Staaten in zweiter Linie.«⁵⁰ Wolfgang Michalka legt 1978 eine ganz andere Analyse vor, sieht den Pakt als eine »deutliche Wendemarke in der internationalen Politik«, beschreibt auch die von Beginn an gegen England gerichtete Stoßrichtung des Paktes,⁵¹ aber China als erstes und unmittelbares Opfer der Pakt-Politik bleibt gänzlich ausgeblendet. So auch bei Alfons Esser, der 1986 die Auffassung vertritt, dass die »propagandistische Wirkung« des Paktes »weit größer« gewesen sei als seine »faktische Bedeutung«.⁵²

Viel klarer in der Beurteilung, dass es sich beim Antikomintern-Pakt um einen für China verheerenden Vertrag handelt, hingegen die Spezialisten für die Deutschland-Fernost-Beziehungen John P. Fox aus Großbritannien und William C. Kirby aus den USA sowie der japanische Weltkriegs-Historiker Saburo Ienaga.⁵³

Indes: Wie unterschiedlich auch die Einschätzungen des Antikomintern-Paktes durch die DDR-Historiker hier und die Historiker des BRD-Mainstreams da ausgefallen sind: Die Analysen und Prognosen des Grzyb-Asiaticus haben in keiner ihrer Arbeiten eine Rolle gespielt.⁵⁴ Das mag für die Arbeiten aus der BRD auf der Hand liegen – wo schließlich hätte man dort auf Urteile von Kommunisten Wert gelegt, zumal auf solche, die Deutschlands Verantwortung für die Weltkriegsereignisse nicht auf Europa, Nordafrika und den Atlantik begrenzen, sondern auch für den Krieg in Fernost namhaft machen?⁵⁵ Aber für die DDR – da befremdet sie, diese Ignoranz. Jedoch nur auf den ersten Blick. Denn dann werden die Gründe schnell klar. Grzyb-Asiaticus als »West«-Emigrant, dazu als Komintern-Kritiker, als »Brandler-Anhänger«, als Autor der »Neuen Weltbühne«, in der auch viele andere später »Vergessene« und Verfemte publiziert haben, dazu mit Drähten zum Pariser Exil um Willi Münzenberg, dazu mit der KP Chinas verbunden – er teilt das Schicksal so vieler Kommunisten, die von der SED-Führung als nicht »würdig« erachtet wurden, Bestandteil der »richtigen« Geschichte zu sein. Sein wichtiges Buch *Von Kanton bis Schanghai 1926-1927* bleibt unbeachtet.

Grzyb-Shippe-Xibo-Asiaticus (1897-1941) ist nach Auskunft von Zhu Maoduo »auf dem Heldenfriedhof im Gebiet Linyi« in der Provinz Shandong begraben. Auf dem Grabstein – so der chinesische Historiker in einer leider etwas uninspirierten Übersetzung (für die er freilich keine Verantwortung trägt) weiter – »steht zum ehrenden Gedenken: Genosse Shippe gab für die Befreiung des chinesischen Volkes in Treue sein Herz und verbreitete die Nachrichten über den gerechten chinesischen Kampf. Er wird für immer in den Herzen des chinesischen Volkes leben.«⁵⁶ Das soll hier so stehen bleiben – und nicht der Versuchung nachgegeben werden, nun noch einen Abschnitt zur Instrumentalisierung von Geschichte und Schicksalen in der VR China anzufügen.

Um die Arbeiten des Asiaticus und Texte über ihn ausführlich nachlesbar zu machen, habe ich eine Website www.asiaticus.de eingerichtet.

52 Alfons Esser: Die drei Fernostverträge des Jahres 1936 und ihre Bedeutung für die deutsche Chinapolitik, in: Kuo Heng-yü, Mechtild Leutner (Hrsg.): Beiträge zu den deutsch-chinesischen Beziehungen (Berliner China-Studien 12), München 1986, S. 100.

53 Siehe die entsprechenden Literaturangaben in Anm. 3.

54 Sie spielen auch in den hier genannten Arbeiten aus anderen Ländern keine Rolle, aber das ist hier nicht Thema. – Über Arbeiten jenseits des Mainstreams in der BRD fehlen dem Verf. Kenntnisse.

55 Siehe dazu auch die in Anm. 5 beschriebene persönliche Erfahrung des Verf.

56 Zhu Maoduo: Hans Shippe, a. a. O., S. 364.

Gute Vorsätze – Eine Chrestomathie!

Gerd Kurze – Jg. 1949,
Journalist, Redakteur bei
UTOPIE kreativ.

Heft 200! Dieses Jubiläum glücklich zu erreichen, das wurde in den Editorials aller vorangegangenen Ausgaben unserer »UTOPIE kreativ« niemals angekündigt, und ich darf aus meiner Einsicht als dienstjüngster Mitstreiter der (rein ehrenamtlich) arbeitenden Redaktion hier mitteilen, es wurde auch gelegentlich bezweifelt, wenn gleich immer angestrebt, und wäre es das Letzte, das wir machten.

Dieses zähe Bestehen einer Herausforderung, die vor mehr als anderthalb Jahrzehnten als gegeben erkannt wurde, widerspiegeln in gewisser Weise die Vorsätze aller Hefte, diese Lagebesprechungen, Situationsanalysen, Zeitkommentare, historischen Exkurse aus aktuellen Anlässen und redaktionellen Mitteilungen von früheren und jetzigen Mitgliedern der Redaktion, welche hier in, wie ich meine, bemerkens- und erinnernden Auszügen versammelt sind.

Auslöser für diesen Beitrag zum Jubiläumsheft war mir aus jenen diese Sentenz: »Ob man mit dem als richtig Erkannten einsam bleibt und sich damit in die Gefahr begibt, irre zu werden, oder sich trotz der Kräfteverhältnisse in die Politik wirft, wohl wissend, daß man, gemessen am eigenen Maßstab, nur scheitern kann, dies aber dem Untätigsein in der selbstgewählten Isolation vorzieht – muß jeder für sich selbst entscheiden. Das steht außerhalb jeder fremden Bewertung. – Jörn Schütrumpf« (Heft 195, Jan. 2007)

Nun, die vorliegende Ausgabe 200 der UTOPIE kreativ, der beste-hende Arbeitswille ihrer Redaktion und die anhaltende Beteiligung einer wieder wachsenden Zahl von Autorinnen und Autoren sowie das Bekenntnis der Herausgeber zur Fortsetzung unserer Arbeit sagen klar, welche Alternative wir gewählt haben.

GERD KURZE

Heft 1, Sept. 1990

Helmut Steiner – Jg. 1936,
Prof. Dr. Soziologe, Chefredakteur von UTOPIE kreativ 1990 bis 1994, Initiator des Fördervereins Konkrete Utopien.

Die Idee des Sozialismus war und ist in den letzten beiden Jahrhunderten die einflussreichste Utopie. Die erste historische Variante zu ihrer konkreten Verwirklichung hat sich jedoch als untauglich erwiesen. Sind damit auch die Ideale einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung untergegangen? Oder haben nicht gerade die – auch und nicht zuletzt – sozialistischen Forderungen nach menschlicher Freiheit, öffentlicher Diskussion, demokratischer Einflussnahme, leistungsgerechter Anerkennung, gleichgestelltem Zusammenleben und wachsender Lebensqualität das Scheitern dieses Gesellschaftstyps entscheidend bewirkt?

HELMUT STEINER

Heft 2, Okt. 1990

Wer allein in Wehmut oder gar Resignation auf die vergangene DDR schaut – die z. B. mit vielen sozialen Sicherheiten auch Bewahrenswertes vorzuweisen hatte – verschließt sich selbst vor den neuen Herausforderungen und Möglichkeiten. Auf den dänischen Romanier Martin Andersen Nexö geht der Satz zurück: Die Verbitterten haben noch nie die Welt verändert.

HELMUT STEINER

Heft 4, Jan. 1991

Welchen Stellenwert haben heute und künftig die Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Reichtum und Armut, zwischen den Geschlechtern, zwischen Mensch und Natur, zwischen demokratischer Fremd- und individueller Selbstbestimmung, zwischen ›Erster‹ und ›Dritter‹ Welt? Wie sind sie ineinander verschlungen, gibt es dabei einen Hauptwiderspruch, oder welche Prioritäten sind zwischen ihnen gegeben und schließlich: welche Programme sind notwendig und realistisch, um diese Widersprüche demokratisch und friedensstiftend durch gesellschaftliches Handeln zu lösen? Was bedeutet also anti-kapitalistisch mit dem Blick auf das Jahr 2000?

HELMUT STEINER

Heft 6, Febr. 1991

Im Unterschied zu anderen marxistischen Theoretikern hat Gramsci die von vielen betonte Einsicht, den politischen Überbau nicht allein als mehr oder weniger passive Entsprechung der sozialökonomischen Basis aufzufassen, tatsächlich weitergedacht. Für ihn reduziert sich der politische Überbau auch nicht allein auf die HERRSCHAFTSverhältnisse und die repressive GEWALT, sondern er erkennt die aktive ZIVILISATORISCHE Bedeutung des geistigen Lebens und der Kultur als Stimulanzen zur Veränderung kapitalistischer Verhältnisse. Politische HERRSCHAFT ist für den historischen Fortschritt durch geistig-kulturelle und moralische FÜHRUNG in der Gesellschaft zunehmend zu begleiten und schließlich zu verdrängen. Für eine neue HEGEMONIE in der politischen Kräftekonstellation auf dem weiteren Weg zu einer ZIVILGESELLSCHAFT kommt dem INTELLEKTUELLEN eine Schlüsselrolle zu, die er sowohl innerhalb wie außerhalb der beruflichen Intelligenz erkennt.

HELMUT STEINER

Heft 6, Apr. 1991

Vor allem politische Hindernisse türmen sich auf dem Weg zu einer zivilisierten, gewaltfreien und friedfertigen Gesellschaft. Dabei ist es eine UTOPIE, der nicht nur Sozialisten, sondern alle wahren Demokraten und Humanisten folgen könnten. Ihrer aller Zusammengehen auch in diesem Punkte ist aber schon die nächste Utopie. Trotzdem – und gerade deshalb – sollte versucht werden, beiden UTOPIEN zu folgen. Erinnerung sei an eine Maxime, die der junge Marx 1843/44 in seiner Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie formulierte: Alle Verhältnisse umwerfen, in denen der Mensch ein geknechtetes Wesen ist.

HELMUT STEINER

Gunther Köhlmeier –
1913-2000, Prof. Dr.,
Wirtschaftswissenschaftler,
Gründungsvorsitzender des
Fördervereins Konkrete
Utopien.

1 Ernst Bloch: Tendenz –
Latenz – Utopie, Frankfurt
am Main 1978, S. 341,
246 ff.

Jörn Schütrumpf – Jg. 1956,
Dr. phil., seit Gründung
1990 Redakteur bei
UTOPIE kreativ.

Arndt Hopfmann – Jg. 1956,
Dr. oec., studierte Volkswirt-
schaftslehre und Afrikanistik
in Leipzig und arbeitete zu
Fragen von Weltmarkt-
integrations- und Peripheri-
sierungsprozessen an der
Universität Leipzig und der
Freien Universität Berlin,
1992 bis 2007 Redakteur
bei UTOPIE kreativ.

Heft 41/42, März/Apr. 1994

Wir wissen nicht erst seit Bloch, dass Zukünftiges als Latenz in unse-
ren Wirklichkeiten enthalten ist. Mit der Kategorie des Möglichen als
Noch-Nicht, objektiv und subjektiv, wäre Latenz in Potenz umzuset-
zen. Das Subjektive sind nach Bloch »der tagespolitische Kampf, die
praktischen Schritte, die notwendig sind für einen radikalen Umbau
der Verhältnisse von Menschen zu Menschen und zur Natur«. Das ist
»Praxis auf längere Sicht«, das ist »revolutionäre Praxis«.¹

GUNTHER KOHLMIEY

Heft 45/46, Juli/Aug. 1994

Man wird den Eindruck nicht los, als wenn es nicht mehr darum
gehe, was, sondern nur noch darum, wie es gesagt wird: Hauptsache
verletzend, selbst die Denunziation nicht scheuend, wenn sie Auf-
merksamkeit nur verspricht. Manch einer, der über den Faschismus
räsoniert, der sich in der ostdeutschen Gesellschaft formiere – ur-
sprünglich einmal in den Komitees für Gerechtigkeit ausgemacht,
nun in der unterdessen so erfolgreichen PDS –, hat zumindest eines
erreicht: dass er im Gespräch bleibt, was ja auch heißt, dass er im
Geschäft bleibt. Und vielleicht ist mehr gar nicht beabsichtigt.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Heft 50, Dez. 1994

Der Umgestaltungsdruck nimmt im globalen, regionalen und lokalen
Raum weiter zu, weil die überkommenden Verhältnisse und Regu-
lierungsmechanismen es nicht mehr ermöglichen, die aufgestauten
Probleme kleinzuarbeiten. Die alte Weltordnung wirkt wie eine Pla-
nierraupen, die nichts mehr ein ebnet, sondern nur noch alles vor sich
herschreibt – inzwischen drohen die aufgehäuften Schuttmassen, die
zu einem enormen Problem geworden sind, den untauglichen Pro-
blemlösungsmechanismus, unter sich zu begraben. Die Welt befindet
sich in einem Umbruch, dessen Ausgang völlig offen ist.

ARNDT HOPFMANN

Heft 51, Jan. 1995

Wenn 99 Prozent aller Kapitalbewegungen dazu dienen, spekula-
tiven Gewinnen nachzujagen, wird die von biosozialen Wesen be-
völkerte wirkliche Welt zum eher marginalen Störfaktor.

ARNDT HOPFMANN

Heft 52, Febr. 1995

Nach 1968 folgte im Westen dem steckengebliebenen Aufbruch in be-
freite Individualität durch kollektives Handeln der jammerreiche Weg in
die »Selbsterfahrungsgruppe« und die »Befindlichkeit« – nicht wenige
schwören unterdessen auf Esoterik. Im Osten geht, wie bekannt, alles
schneller – manche halten das für »nachholende Modernisierung«.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Heft 56, Juni 1995

Worum es geht, ist die Aneignung des sozialen Raumes durch die
gesellschaftlichen Individuen selbst, »die Einschränkung des Gel-
tungsbereiches der Ökonomischen Vernunft« (A. Gorz) zugunsten

der Ausdehnung des Geltungsbereiches des sozial Vernünftigen, was es ermöglichen würde, mit weniger Konsum besser zu leben und sinnerfüllter zu arbeiten. Es geht um die Verlagerung der sozialen Verantwortlichkeit weg vom Paternalismus des Staates und der politischen Parteien hin zur Aktivierung sozialer Basisbewegungen, regional, national und global – oder wie es Jaho Riese kürzlich formulierte: »Kapitalismus ist eben eine viel zu ernste Angelegenheit, als dass man ihn der Wirtschaftspolitik überlassen darf«.

ARNDT HOPFMANN

Heft 57, Juli 1995

Während also die Glaubenssätze und ideologischen Anrufungen des herrschenden Weltsystems immer weniger verfangen, wächst die materielle Gewalt der wirtschaftlichen Sachzwänge anscheinend ins Unendliche. Der Untergang der Menschheit ist so nicht nur wahrscheinlich, er gewinnt sogar die Dimension des Unvermeidlichen – weil er schlicht und ergreifend der zwanghaften Logik der Verhältnisse am besten entspricht.

ARNDT HOPFMANN

Heft 59, Sept. 1995

Bellizismus, unter der vermeintlichen und wirklichen deutschen Linken die vornehme Umschreibung für die Befürwortung eines »gerechten« Krieges, ist das Wort der Stunde. Das Konvertieren zu ihm wird gerechtfertigt mit dem »Versagen aller friedlichen Mittel zur Konfliktlösung«. – Mitunter glaubt man sich in den Politunterricht der Nationalen Volksarmee seeligen Angedenkens zurückversetzt, wenn heute allen Ernstes suggeriert wird, die Waffe an sich sei neutral; es komme nur darauf an, wer sie führe – und wofür.

Nicht zuletzt erklärte Pazifisten von gestern, die in jedem Spielzeugpanzer in einem DDR-Kindergarten den nächsten Weltkrieg heraufdämmern sahen, fordern heute reale Panzer nach Ex-Jugoslawien. Daß Feindschaft stets Feindschaft, militärische Gewalt noch mehr Gewalt heckt, wird versucht, uns vergessen zu machen. Doch es hat sich nichts geändert: »Militärische Lösungen« tragen immer den nächsten Konflikt in sich – und der übernächste könnte wieder ein Weltkrieg sein.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Heft 60, Okt. 1995

Sicher, es gibt unterschiedliches Recht, aber beim wichtigsten, beim Eigentumsrecht gibt es doch die wenigsten Ausnahmen; und wieso sollen eigentlich die Versager von gestern – als Exminister oder als ehemals Staatsnahe oder als Professoren »alten Rechts« – heute schon wieder gleichberechtigt mitmischen dürfen? Sicher, die modernen Wanderarbeiter – »Pendler« – werden ausschließlich, wenn sie als Leihbeamte, Lufthansa-Professoren, Treuhänder oder Mitwirkende in diversen Kommissionen in West-Ost-Richtung reisen, mit komfortablen Entschädigungen – »Buschzulagen« – ausgestattet, aber auch den Ost-West-Pendlern ist es nicht verboten, Manager, Beamte, Hochschullehrer oder Arbeiter zu werden ... Sicher, die Treuhand hat das Produktivvermögen der DDR zu 96 Prozent West-

deutschen und Ausländern aufdrängen müssen, aber – seien wir mal ehrlich – den Ostdeutschen hätte doch niemand derartig großzügige Investitionszulagen geglaubt, nachdem sie die realsozialistische Karre so gründlich in den Dreck gesetzt hatten ...und überhaupt, alle wollen doch nur das Beste für Ostdeutschland – die harte D-Mark, blühende Landschaften, industrielle Kerne, Golfplätze, Zwischen- und Endlager, Einkaufs- und Freizeitparks – was soll das alles mit Kolonialismus zu tun haben?

ARNDT HOPFMANN

Heft 64, Febr. 1996

Wolfram Adolphi – Jg. 1951, Dr. sc. phil., Dipl.-Staatswissenschaftler, wiss. Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Roland Claus (Fraktion DIE LINKE), Redakteur bei UTOPIE kreativ seit 1992.

Utopien, wo sie die Gesellschaft betreffen, haben einen schweren Stand am Ende dieses ausgehenden Jahrhunderts. Auf doppelte Weise sind sie zuschanden geritten worden: Die einen, die an sie glaubten im revolutionären Verändernwollen, erklärten sie ungeduldig zur »Aufgabe des Tages« und frachteten sie dann mit einer ebenso luft- wie geistabklemmenden Fülle von »Maßnahmen zur konkreten Umsetzung« zu Tode – womit sie auch die von Ernst Bloch gemeinten konkreten Utopien in grotesker Weise in ihr Gegenteil verkehrten. Denn diese bedurften natürlich nicht des erstarrten Endpunktes, sondern dessen Gegenteils: der beständigen Bewegung, des »Moments des Entdeckens«, das »mit objektiv Entdeckbarem, nicht nur Erzeugbarem« vermittelt ist«.(...) – Die anderen, denen dieses Verändernwollen aus vielfachem Prinzip ohnehin und immer gegen den Strich ging, haben die Niederlage des einen Versuchs zur Niederlage von Utopie überhaupt erklärt und – zu allem Überfluß – auch den Utopiebegriff noch in ihre Diktaturgleichsetzungsübungen eingeschlossen, um ihn so gleich doppelt gründlich für alles Weiterdenken unattraktiv zu machen.

WOLFRAM ADOLPHI

Heft 68, Juni 1996

»Nur weil sie Bremsen haben, können Autos schneller fahren (als Pferdewagen)«, stellte einst metaphorisch ein weitsichtiger Analytiker des modernen Kapitalismus (d. i.: Joseph Alois Schumpeter) mit Bezug darauf fest, dass die Entfesselung kapitalistischer Rationalität ohne politisch-soziale Absicherung eine lebensgefährliche Veranstaltung ist.

ARNDT HOPFMANN

Heft 71, Sept. 1996

Das AutorInnenverzeichnis der »UTOPIE kreativ« liefert den wenig erfreulichen Beweis: Das Interesse der professionellen PDS-PolitikerInnen, sich mit eigenen Ideen, Konzepten, Gedanken und Streitpositionen ganz unverwechselbar und langfristig rückfragbar offensiv in der Suche der PDS nach neuen Ufern zu plazieren, ist geringer geworden. Die Alltagsarbeit, hört man, läßt keine Zeit. Parlamentspapiere, Vorstandsvorlagen, Beschlußentwürfe, Presseerklärungen. Aber wir haben nicht nur zu wenige Politiker-Wortmeldungen bei Ideen, Konzepten, Gedanken und Streitpositionen, sondern auch bei der schlüssigen Erfahrungsverwertung. Die Vielfalt täglicher PDS-Politik und die Grenzen, an die sie immer und immer wieder stößt – der eine

spürt, der andere erahnt sie, aber kaum jemand beschreibt sie. Beschreibt sie emanzipatorische – will sagen: mit Blick auf und Anspruch an Kommende; mit dem Mut, für die Erkenntnisse und Schlußfolgerungen beim Wort genommen werden können.

WOLFRAM ADOLPHI

Heft 72, Okt. 1996

Die sich immer mehr verfestigende »Ost-Identität« wird als Bedrohung empfunden. Das sich gemeinhin so pluralistisch gebende offizielle Deutschland kann erstaunlicherweise mit Unterschieden in den Wahrnehmungsweisen und Erfahrungsmustern nicht umgehen. Die Aufhebung von geistig-mentaler Vielfalt gilt als Ausweis der tatsächlich vollzogenen »Bekehrung« zu Markt und Demokratie und muß um jeden Preis erreicht werden. Das vereinte Deutschland soll so sein wie die Alt-BRD – und kann es doch nicht werden.

ARNDT HOPFMANN

Heft 73, Nov. 1996

Wenn sich erst herausstellt, daß zum Beispiel das Niveau der ostdeutschen Löhne auch die Reproduktion des bundesdeutschen »Normalarbeiters« hinreichend sichert oder daß die Organisation der Arbeitslosenversicherung in Polen oder Ungarn wesentlich kostengünstiger ist – und daß vielleicht etwas mehr »Mafia« und Korruption die Profitrate noch um ein erhebliches zu steigern vermögen, dann kann es durchaus noch zum »Institutionentransfer« in Ost-West-Richtung kommen. Dann stellt sich möglicherweise heraus, daß der Osten bereits heute »moderner« ist als der Westen – moderner vielleicht, aber auch zukunftsfähiger?

ARNDT HOPFMANN

Heft 81/82, Juli/Aug. 1997

Die so lange geheim gehaltenen Dokumente bringen es an den Tag: Auch die letzten Bastionen eines »Ja, aber«, mit dem sich Millionen von Kommunisten und Sozialisten einen Schutzschild aufzurichten versuchten gegen das Wissen von den Ungeheuerlichkeiten der Kommunistenverfolgungen in der Sowjetunion, müssen fallen. Die eine dieser Bastionen: die äußere Bedrohung der Sowjetunion. Daß es sie gab: kein Zweifel. Aber sie spielte keine Rolle im Politbüro bei der Begründung der dort beschlossenen Verhaftungswellen, war vielmehr von Beginn an nur Propagandainstrument, gerichtet einzig auf die Rechtfertigung des Terrors. Und die andere: die Auffassung, es könne beim Terror in der Sowjetunion weniger plan- und industriemäßig als im faschistischen Deutschland zugegangen sein. Das Politbüro hat geplant – und den Terror zum Bestandteil der Wirtschaftsentwicklung gemacht.

Und in der DDR? Immer deutlicher wird, warum die kommunistischen und andere linke Westemigranten und »Abweichler« als Hauptfeinde behandelt und kritische und unangepaßte Sozialdemokraten aus der jungen SED »hinausgesäubert« wurden: Sie zuerst hatten gewarnt – oder hätten später warnen können – vor den Gefahren einer schematischen Übertragung sowjetischer Staats- und Gesellschaftsaufbaumethoden auf die DDR. Und damit wäre der

Führungsgruppe um Ulbricht, die von vornherein so unerhört belastet war durch ihr Eingezwängtsein in das unerträgliches Wissen um den Terror in der Sowjetunion und ihre eigene Rolle während der Vernichtung tausender deutscher Emigranten, der Boden unter den Füßen weggezogen worden. Also reagierte diese Führungsgruppe logisch: Von Beginn an konzentrierte sie einen erheblichen Teil all ihrer Kraft darauf, die grausamen Geheimnisse zu wahren – und produzierte neue, der Lage geschuldet zunehmend subtilere Formen der Ausschaltung und Unterdrückung Andersdenkender.

WOLFRAM ADOLPHI

Heft 88, Febr. 1998

Nachdem der Marxismus – der einzige große Entwurf, der explizit über einen transformationstheoretischen Ansatz verfügt – mit seiner oft schematisch interpretierten Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen und seiner teleologischen Vision vom Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus als quasi zwangsläufiges Naturereignis Schiffbruch erlitten hat, ist im Moment keine der Hyperkomplexität der Probleme angemessene Weiterentwicklung in Sicht. Und doch würde eine Transformationstheorie als tragendes Element einer modernen Gesellschaftstheorie dringend gebraucht, wenn zum Beispiel die im globalen Maßstab notwendige Systemtransformation zu einem ökologisch und sozial zukunftsfähigen Gesellschaftstyp politisch gesteuert gelingen soll. Dazu bedürfte es der Erhellung jener Zusammenhänge, die das komplizierte Zusammenwirken von historischen Ausgangsbedingungen und weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit politischen Reformstrategien in einer interdependenten Welt vermitteln. Dies ist zweifellos eine grandiose Herausforderung – auch an eine erneuerte marxistische Gesellschaftstheorie.

ARNDT HOPFMANN

Heft 93, Juli 1998

Die Mehrheit der DDR-Bürger hat im Vollbesitz ihrer geistigen Kräfte sich 1990 für die Anschließparteien und gegen einen eigenen Weg entschieden. Die Folge war ein Elitenwechsel, auch in den Bürokratien. Der Gedanke, das neue System hätte von den alten Eliten implantiert werden sollen, schreckt noch im nachhinein. Arroganz, wenn sie sich mit Inkompetenz paart, wird keineswegs erträglicher. Ein Blick nach Rußland belehrt – vielleicht auch den Unbelehrbaren.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Heft 96, Okt. 1998

Der einst so beklagte Kalte Krieg ist unterdessen in einen Kalten Frieden gemündet. Der eine der beiden Gegner ist zwar aus der Geschichte ausgeschieden; doch die Gefährdungen, die im Schatten ihrer Feindschaft wucherten, blieben der Menschheit erhalten – sei es die Aussicht, während eines nuklearen Winters auszusterben oder in einem Weltbürgerkrieg um die existenzsichernden Ressourcen in die Barbarei zurückzufallen beziehungsweise dank abtauender Pole nach und nach zu ersaufen. Nur redet niemand mehr davon. Kalter

Frieden eben. Wirklichkeitsverlust ist heute ein Gesellschaftsspiel, dem sich zu entziehen als unschicklich gilt. Der – klug – kühl gelagerte Haß der beiden Supermächte aufeinander hielt vier Jahrzehnte lang beide deutsche Nachkriegsgesellschaften in einem Zustand nicht nur verordneter, sondern von den Betroffenen zumeist auch wohlgeleitener Infantilität. Weder die subalternen Gestalten in Bonn noch die in Ost-Berlin konnten noch durften letztlich etwas tun, was die Weisungsberechtigten in Washington beziehungsweise in Moskau ernsthaft nicht gewünscht hätten. In der deutschen Geschichte zählt diese Periode schon heute zu den glücklicheren Zeiten. Die Grenzen deutschen Handelns hatten die nach dem gemeinsamen Sieg über die sowohl unruhigen als auch feigen Mitteleuropäer erneut Verfeindeten klar gezogen. Alles war überschaubar, da fühlten sich auch Deutsche wohl, zumindest auf der einen Seite der Mauer. Bis einige tausend DDRler ihrer Gartenzwerglandschaft überdrüssig wurden und – in völliger Unschuld – die Bonner Politik aus der fürsorglichen Vormundschaft des Westens herausdemonstrierten. Das war nicht vorgesehen. Das verzeiht der Westen dem Osten nie, war es doch gerade richtig gemütlich geworden. So schön wie in den achtziger Jahren wird es nie wieder

JÖRN SCHÜTRUMPF

Heft 99, Jan. 1999

Wenn die Linke genau so sein will wie alle anderen, sich an den gleichen Maßstäben messen möchte wie alle anderen, stellt sich die Frage, wozu man sie braucht. Die Linke trat nach 1789 auf den Plan, nicht, weil sie etwas mehr wollte – sei es mehr an Macht, sei es mehr an Sozialverträglichkeit der gesellschaftlichen Zustände –, sondern weil sie etwas anderes wollte. Bis heute ist sie in ihrer lausigen Praxis allerdings nicht darüber hinausgekommen, lediglich etwas mehr zu wollen. Etwas anderes wollte sie fast immer nur in der Theorie. Und die vergaß sie meist, wenn Macht in Aussicht stand oder um Macht gerungen wurde. Die Erwartung, endlich in Deutschland mitspielen zu dürfen, machte die SPD 1914 zum treuen Bündnispartner beim Völkermord. Die Erwartung einer Weltrevolution ließ 1928 Thälmann und andere »gesunde proletarische Kräfte« die restlichen selbständig denkenden Intellektuellen endgültig mundtot machen – das Karl-Liebknecht-Haus wurde zum Vorhof des Kreml, wenig später für nicht wenige auch des GULag. Nach der Wahlschlappe 1990 wurden auch die Grünen realistisch. Wie sehr sich die Staatssozialisten der Differenz zwischen der Theorie und ihrer Praxis bewußt waren, unterstrichen sie mit einem Adjektiv, das sie ihrem Kasernenhofsozialismus verordneten: real. Jene traurige Gestalt, die nicht genug bekommen konnte von Zeitungsfotos, die sie selbst abbildeten, spreizte sich immer noch ein Stück mehr als sonst, wenn sie vom realen Sozialismus daherlispelte und so – gebildet und diplomatisch, wie sie und die anderen Genossen nun einmal waren – allen linken Spinnern, beileibe nicht nur jenen im Westen, ihren Unwert bedeutete. Die Theorie ist nichts, die Macht ist alles. Der geschlossenen dieser Gestalt in den Untergang folgenden Partei war die Theorie aber keineswegs einerlei. Ganz im Gegenteil, sie lag vor allem ihren führenden Genossen wenn auch nicht unbedingt immer

am Herzen, so doch auf jeden Fall stets im Magen. Deshalb scheute sie weder Kosten noch Personal und sorgte dafür, daß die Theorie nicht vereinsamte. Zuerst wurde sie beaufsichtigt, dann an die Kette gelegt, und schließlich von Parteitag zu Parteitag, von Plenum zu Plenum langsam, aber sicher so hininszeniert, daß sie der Wirklichkeit immer ähnlicher wurde. Besondere Perlen der Parteisophistik zu veröffentlichen, war der »Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus« vorbehalten. Schon ihr Titel – »Einheit« – verheimlichte nicht, daß in ihrer Redaktion selbständiges Denken, also Pluralität, wenig geschätzt war. Manch Ketzer, der in den Theorieverwahrnstanalten nicht vom Gift wirklicher Theorie hatte ferngehalten werden können, sah in den Inszenierungen allerdings eher Folter – und wurde trotzdem nicht gefoltert. In den späten Jahren der traurigen Gestalt kam man dafür sogar nicht einmal mehr ins Zuchthaus. So human ging es da zu. Die theorieführenden Theorieaufbewahrer erhielten ihre Orden nicht umsonst. Sie hatten der Theorie so viel Lügen auf die Brust gepreßt, daß sie kaum noch atmete. Und das ist gut so, wenn man an der Macht bleiben will. »Denn die geben wir nie wieder her.« Als auch dieses Versprechen gebrochen war, keimte Hoffnung auf neue geistige Freiheit. Diese Freiheit hatte viele Facetten, u. a. auch die: Helmut Steiner und Marion Kunze begründeten »UTOPIE konkret« – mit der klaren Aussicht, das Blatt demnächst wieder einzustellen. Wer will schon denken – zumindest in Zeiten, in denen das Denken nicht verboten ist?

JÖRN SCHÜTRUMPF

Heft 109/110, Nov./Dez. 1999

Die heutigen bundesdeutschen – vor allem die katholischen – Eliten haben allerdings keine Neigung, die Hindenburg-Brüning bzw. Hindenburg-Schleicher-Diktatur großartig zu thematisieren. Denn damit käme nicht nur der Anteil der katholischen Zentrumsparterie an der den Weg nach ganz rechts öffnenden Präsidialdiktatur in den Blick, es ließe sich auch die Legende von der von rechts und von links zerstörten Weimarer Republik nicht länger halten. Und da sei die Staatsräson vor, ist doch die Bundesrepublik als Projekt römisch-deutscher Christen der Höhepunkt deutscher Staatsentwicklung. Diese Republik hat es sogar geschafft, daß der Kleinbürgernachwuchs von 1968 sein eigenes Kind – das einzige wirkliche sozialpolitische Vorhaben seit Erhards Sozialstaatskonzept – dümmlich grinzend in der Wiege erstickte. Der ökosoziale Umbau der Gesellschaft ist letztlich nicht mehr als ein Kahn gewesen, mit dem die Grünen an die Macht schipperten. Die Eingenerationenparterie ist erfolgreich aus der Pubertät heraus. Die Demokratie hat ihre Bewährungsprobe bestanden – die Gefahr drohender Zukunftsfähigkeit für das Land wurde kaputtintegriert. Es wäre zu schön gewesen, ins neue Jahrhundert mit einer Hoffnung zu gehen. Daran hätte mich nicht einmal gestört, daß sie aus Deutschland gekommen wäre.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Heft 115/116, Mai/Juni 2000

Denn ist es, wenn man dem Anspruch auf den Besitz ewiger Wahrheiten und unumstößlicher Prognosen der Menschheitsentwicklung

endgültig entsagt hat, nicht logisch, vor die Entscheidung über die Haltung zu einem einzelnen Ereignis in dieser Entwicklung die genaue Prüfung dieses Ereignisses – eben die Einzelfallprüfung – zu setzen? Und ist es, wenn aus aller Geschichte der Niederlagen der sozialistischen Idee gelernt worden ist, daß ohne die Gewinnung demokratischer Mehrheiten selbst sehr edle Ziele nur allzu leicht zur Farce verkommen, nicht logisch, stets – also auch in der Frage der Einzelfallprüfung – das beharrliche Ringen um Verbündete im Auge zu haben? Weil sonst auch der »reinste« Standpunkt letztlich nur sich selbst genügt? Aber so logisch dieses Herangehen in sich auch ist: In Münster – und bereits auf dem langen, aber für diese Abstimmung zu kurzen Weg dorthin – ist es nicht zur Logik von Mehrheiten geworden.

WOLFRAM ADOLPHI

Heft 117, Juli 2000

Wenn es um eine vernunftgemäße Regulation von Geld- und Marktwirtschaften geht, sind die Regierungen in aller Regel selbst Partei. Nicht, daß sie von einem einzigen »global player« ausgehalten würden – das passiert höchstens in der Dritten Welt, wo Regierungen weitaus »billiger« sind –, nein, die Regierenden selbst denken in den Grenzen des Systems. Und aus dieser Weltsicht ist das »Gekonnte das Gesollte«. Denn gegen die Logik, daß nur der kommerzielle Verwertungstrieb Innovationen und dazu auch noch Vernünftiges hervorzubringen vermag, ist seit Adam Smith offensichtlich kein Kraut gewachsen. Damit wird »das Gekonnte« nicht nur das »Gesollte, sondern auch das Gesollte das Unvermeidliche« (Günther Anders) – nur vermittelt über Geldbeziehungen und (ihre höchste Form) »Profitinteressen« könnten die Menschheitsprobleme gelöst werden, und wenn sich dann trotzdem erweist, daß Milliarden Menschen von dieser Art Zukunftslösung ausgeschlossen sein sollten, dann ist dies eben unvermeidlich.

ARNDT HOPFMAN

Heft 121/122, Nov./Dez. 2000

1990 war viel die Rede vom Projekt PDS als Partei und Bewegung. Mit der Bewegung wurde es nichts, dafür weicht unterdessen aus der Partei langsam die Bewegung. Ein Vorgang, den die PDS zweifellos mit den anderen Parteien gemein hat. Trost spendend ist das nicht. Stellt man dann noch die altersmäßige Zusammensetzung der Partei in Rechnung, ist absehbar, wann der erzwungene Aufbruch von 1989/90 zu einem Wahlverein mutiert sein wird. Ob dieser dann noch gewählt werden wird, kann heute niemand mit Sicherheit sagen. Wie er regieren würde, hingegen schon. Was tun? Die Partei neuen Typus ist am Avantgardismus, die parlamentsfixierten linken Parteien sind am Parlamentarismus gescheitert. Hatte also Francis Fukuyama 1990 mit seiner These, der Kapitalismus sei das Ende der Geschichte, doch Recht? Zumindest mit der Diagnose, wenngleich nicht mit seiner Begründung. Die müßte wohl lauten: Weil es keine Instrumente gäbe, ihn in eine sozial gerechte, ökologisch verträgliche, menschenfreundlich-kulturvolle Gesellschaft zu transformieren, weder per Avantgarde noch per Parlament. Weil etwas Drittes bisher noch keine

klare Kontur angenommen habe. Wenn wir ehrlich sind, müssen wir zugeben: Eine seriöse Antwort wird viel Arbeit erfordern. Mit den alten Gewißheiten läßt sich noch trefflich aus der Nische heraus Recht haben. Politisch ist mit ihnen nichts mehr zu machen, außer ein bißchen Radau – als Grabmusik bei der Beerdigung der deutschen Linken. Die Rechte würde sogar brav applaudieren.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Heft 127, Mai 2001

Seit Wochen erleben wir in den Medien dieses Landes eine Bildungsdiskussion. Trotz Globalisierung denkt die deutsche Wirtschaft auf einmal wieder national. Die Technologien sind eben doch noch nicht so weit fortgeschritten, daß der vor sich hin analphabetisierende Nachwuchs deutscher Zunge nur noch als Hilfskraft für die Schreibkundigen aus Indien und Bulgarien benötigt würde. Die Bundesrepublik – noch im westdeutschen Zustand – hatte ihre erste Bildungsdebatte Mitte der sechziger Jahre erlebt. Nach dem Mauerbau war der Zufluß an verwendungsfähigen Absolventen aus kommunistischer Berufsausbildung und Hochschule (selbständig, teamfähig, rechtschreibkundig – siehe oben) versiegt. Die Lage für die westdeutsche Wirtschaft – damals noch global player in Kinderschuhen – wurde bedrohlich. Denn in das Bildungswesen West war unter Adenauer noch weniger Geld als heutzutage unter der SPD geflossen. Das Fachpersonal für das Wirtschaftswunder hatte der Osten zur Verfügung gestellt. Bei einem Wiederaufbau allein aus eigener Kraft (ohne Fachkraft Ost und Marshallplan West) hätte man in Westdeutschland statt des Wirtschaftswunders eine Wiederholung der zwanziger Jahre erlebt. Seit 1990 wird zurückgezahlt.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Heft 128, Juni 2001

Vor 60 Jahren, am 22. Juni 1941, überfiel Deutschland die Sowjetunion. Was immer dann später auch passiert ist mit Deutschland und den Deutschen: Es ist von diesem Tage nicht zu trennen. Hätte sich das deutsche Volk selbst vom Faschismus befreit – oder ihn gar nicht erst zugelassen –, hätte es den 22. Juni so nicht gegeben und dieses 8. Mais nicht bedurft. So aber wurde, weil die Überfallenen nach Monaten eines beispiellos opferreichen Rückzugs ungeheure Kräfte der Verteidigung und dann des Gegenangriffs zu mobilisieren vermochten und schließlich nach fast vierjährigen Kämpfen die Hauptstadt des Aggressors stürmten, dieser 8. Mai 1945 zum Tag der Befreiung. Mit jenem Gewicht der Sowjetunion, das sie im Kampf der Antihitlerkoalition als Hauptkraft der militärischen Niederrung Deutschlands erworben hatte. Und also mit allen sich daraus ergebenden Widersprüchen. Es war, nachdem zunächst die Völker Europas vom faschistischen Joch befreit worden waren, nun auch die Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus – und es war der Sieg eines Staates, der seinerseits vor dem Krieg Millionen von Bürgerinnen und Bürgern des eigenen Landes in Lager verschleppt oder umgebracht hatte und von August 1939 bis zum 22. Juni 1941 mit Deutschland in einem Vertragsverhältnis lebte, dem unter anderem Polen geopfert worden war und das die Auslieferung deutscher Antifaschisten an die

Gestapo einschloß. Nein, einfacher ist diese komplizierte Geschichte nicht zu haben. Wahr bleibt: Die Flüchtlingsströme aus dem deutschen Osten; das sowjetische Besatzungsregime im Osten des nach dem Krieg verbliebenen deutschen Territoriums; die Spaltung Deutschlands; der alles entscheidende Einfluß der Sowjetunion auf die Entwicklung der DDR – alles ist Folge jenes 22. Juni. Und wahr bleibt auch: Den höchsten Blutzoll unter den deutschen Gegnern des Kriegskurses des faschistischen Deutschland hatten die Kommunisten entrichtet. »Wer Hitler wählt, wählt den Krieg«, hatten sie schon 1932 gerufen – und waren dann dafür zu Zehntausenden in die Konzentrationslager und zu Tausenden aufs Schafott gegangen.

WOLFRAM ADOLPHI

Heft 129/130, Jul/Aug. 2001

Die Heilserwartung, die nicht erst seit Lenin gegenüber Revolutionen aufgebaut wurde, ist bis heute in Teilen der PDS und nicht zuletzt in den revolutionären Programmentwürfen virulent. Daran hängt der ganze Kanon vom »Aufbau des Sozialismus« nach Verstaatlichung durch einen allmächtigen Staat. Doch Revolutionen werden nicht »gemacht«, sondern treten unabhängig vom Willen einzelner ins Leben. Sie können die sozialistische Bewegung vorwärtstreiben; der Revolution folgt aber immer die Restauration (ebenso unabhängig vom Willen einzelner). Ihr Zuvorkommen kann man nur mit selbstgemachter Restauration, wie in der Sowjetunion geschehen. Die Crux der Verstaatlichung ist, daß sie den Staat zementiert und der ganze bürokratisch-diktatorische Kladderadatsch wieder von vorn losgeht. Einer linken Alternative, die auf der Vorstellung gründet, nach einer Revolution dank der eroberten Staatsmacht die Gesellschaft abermals unterwerfen und es dieses Mal »viel besser« machen zu können, sollte die PDS endlich eine Absage erteilen – nicht aus taktischen Erwägungen, sondern aus prinzipiellen Gründen. Eine Sackgasse ist genug. Doch die »revolutionären« Programmentwürfe setzen allesamt genau dieses voraus; in ihnen ist zwar nicht mehr von der Revolution die Rede, aber sehr wohl von ihrem Ergebnis: der Verstaatlichung. Der revisionistische Entwurf hingegen zielt auf eine Vergesellschaftung durch Demokratisierung der Verfügungsgewalt über das Eigentum und damit auf eine organische Entwicklung, deren Ergebnisse sich tief in die Gesellschaft einwurzeln und durch kein Großkapital der Welt rückgängig gemacht werden können. Erfahrungen in der PDS zeigen aber auch, daß Mehrheiten für Konzepte moderner sozialistischer Politik gewinnbar sind.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Heft 132, Okt. 2001

»Gewißheiten« hinsichtlich der Täterschaft muß zutiefst mißtraut werden. Es gibt heute, am 12. September, trotz vieler von den Medien verbreiteter Vermutungen in Richtung der islamischen Welt keinerlei Beweise. Wird es trotzdem »Vergeltung« geben? Gegen Länder und Völker dort? Aber wem nützt es? Gewiß ist doch: Eine Spirale der Gewalt hat den Frieden noch niemals sicherer gemacht. Und Mißtrauen ist auch angebracht gegenüber jenen »Gewißheiten«, in denen noch immer ein Teil der politischen Linken Zuflucht sucht.

Es gibt sie nicht – eine zur »Erklärung« heranziehbare Verbindungslinie zwischen dem Elend von Millionen Menschen in der Dritten Welt und dieser nun erlebten Form hochtechnisierten und in der Vorbereitung und Durchführung viele Millionen an Dollar verschlingenden Terrors. Aber welche Linien gibt es dann? Wie sind sie bekämpfbar, die Ursachen des Terrorismus, wenn sie sich einem »linearen« Verständnis immer weiter entziehen?

WOLFRAM ADOLPHI

Heft 133, Nov. 2001

Jener Teil der Welt, der sich gern als ›zivilisiert‹ bezeichnet, hat mit sicherem Instinkt die abscheulichen Terrorattacken in den USA von Anfang an als das dechiffriert, was sie auch tatsächlich waren – der bisher ohne Zweifel spektakulärste Anschlag auf die Hierarchie in einem selbstgefälligen, im Kern ungerechten Gesellschaftsmodell. Nicht etwa in dem Sinn, daß die Terroristen eine demokratischere oder gar gerechtere Gesellschaft zum Ziel hätten, nein, hier geht es allein um die Hackordnung. Es geht darum, wer zukünftig in der Weltpolitik und bei der Verteilung der Weltressourcen das Sagen hat und wer zu welchem Preis an diesen Ressourcen partizipiert. Und die Reaktion ›des Westens‹ war nach der ersten Verunsicherung denn auch bezeichnend: ›Jetzt erst recht‹ wurde allerorten zur Losung für die demonstrative Fortsetzung des abendländisch-kapitalistischen Lebensstils ausgerufen. Nicht nur das big business und die Börsen machen weiter, auch in der ›Spaßgesellschaft‹ rollt der Ball wieder – alles wie gehabt.

ARNDT HOPFMANN

Heft 135, Jan. 2002

Man kann die Entwicklung der DDR als Geschichte einer langsamen, wenn auch nicht ganz zu Ende geführten Befreiung vom Antiamerikanismus lesen. Zu den etwas seltsameren intellektuellen Vergnügungen gehört es, in Walter Ulbrichts Unterlagen aus den Jahren 1950/51 zu blättern. Wie mühte sich der arme Mann zu begreifen, warum Stalin wollte, daß die Architektur der Moderne als »amerikanischer Kasernenbau« zu denunzieren sei. Noch weniger begriffen es die Architekten. Doch nur Baustadtrat Hans Scharoung ging in den Westen Berlins; die anderen entwarfen im Friedrichshain Stalins Straße – die heute unter Denkmalschutz steht. Gebauter Antiamerikanismus; allerdings nicht nur als solcher denkmalschutzwürdig. Denn auch in der Maskerade der Antimodernen blieben Henselmann und Paulick große Architekten.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Heft 137, März 2002

»Das ist der Gipfel!« sagte jüngst eine Frau neben mir im Supermarkt. Gemeint waren die Preise für Brot und Fleisch, die bei der Umstellung von DM auf € klammheimlich um ein Viertel in dem einen Fall und gar um ein Drittel in dem anderen gestiegen waren, zumal es auch schon in den Vormonaten Anstiege gegeben hatte. Politik und offizielle Statistik bestreiten die Verallgemeinerbarkeit solcher Alltagsbeobachtungen und geben die Teuerungsrate für Januar mit 2,1 Prozent

an. Hier wird die Problematik von Durchschnitten deutlich. In die Berechnung der Teuerungsrate gehen alle Waren ein, solche die jeder täglich braucht wie Brot, Kartoffeln, Butter und so weiter, aber auch Luxusartikel wie Schmuck, teure Karossen, Designerklamotten und ähnliches. Nun kann es ja sein, dass die Preise beispielsweise für Diamanten stabil geblieben oder gar gesunken sind. Aber davon haben all die nichts, die ihr Geld brauchen, um ihr Leben zu bestreiten. Als arm gilt offiziell, wer weniger als die Hälfte der durchschnittlichen Einkommen erreicht, deren Anteil ist in den letzten Jahren von 13 auf 15 Prozent angestiegen. Daneben gibt es noch eine Gruppe mit »prekäreren Wohlstand« (früher als »relativ arm« bezeichnet) bei drei Viertel des Durchschnitts, auch deren Anteil ist gestiegen von 33 auf 36 Prozent. Wer nur 50 Prozent des durchschnittlichen Einkommens zur Verfügung hat, für den bedeutet eine Teuerungsrate von zwei Prozent, daß es plötzlich höchstens noch 48 Prozent sind! Es sieht alles danach aus, daß die Währungsumstellung zu einer weiteren Umverteilungsaktion von unten nach oben genutzt wird.

DIETMAR WITTICH

Heft 143, Sept. 2002

Als Vorsatz gilt nach juristischer Definition eine Handlung, mit der die gezielte Benachteiligung anderer beabsichtigt wird. Vorsätzlich handelt, wer billigend in Kauf nimmt, daß durch sein Verhalten Schaden entsteht oder wem es gar auf die Verursachung eines solchen ankommt. Mit dem Vorsatz einher geht die Absicht der Täuschung: Der Coup kann nur gelingen, wenn die potentiellen Opfer nicht ahnen, was ihnen blüht. Anders verhält es sich mit den »guten Vorsätzen« der Alltagssprache, die gewöhnlich das Versprechen, sich zu bessern beinhalten und die man offen verkündet – bevorzugt in Momenten der Zäsur wie zum Jahreswechsel oder – als politischer Akteur – vor einer Wahl. Dann – im Wahlkampf – verschmelzen beide Arten der Vorsätzlichkeit zum populistischen Paradox: Trotz Fortbestands realer Krisenphänomene, Notlagen und Skandale versichert die Regierung, die Versprechen, für die sie zuvor gewählt wurde, erfüllt zu haben, während die Opposition deren vorsätzliche Nichterfüllung konstatiert und für den Fall des Wahlsiegs Abhilfe verspricht: Man wird zwar kaum etwas anders, aber dennoch alles besser machen.

THOMAS GERLACH

Thomas Gerlach – Jg. 1961, Dipl.-Psychologe, Studium in Bremen, Abschlussarbeit zum psychologischen Gehalt der neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie, 2002-2004 Redakteur bei UTOPIE kreativ.

Heft 143, Okt. 2002

Seit Jahren steigt in der Bevölkerung der Anteil jener, denen Politikverdrossenheit nachgesagt wird. Intelligentere Analytiker haben unterdessen festgestellt, daß die Leute nicht apolitischer werden, wie dieser Begriff suggeriert, sondern daß sie in Wirklichkeit nur von den Politikern die Nase voll haben. Die Bundestagspolitiker scheint das nicht anzufechten; sie lassen alles mit sich geschehen. (Auf populistische Motivsuche sei an dieser Stelle verzichtet.) Irgendwann folgt in einem Land wie Deutschland jedoch auf die Politikerverdrossenheit die Verdrossenheit am Parlamentarismus. Unsere Parteien arbeiten an diesem »Projekt« – Tag und Nacht.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Heft 146, Dez. 2002

Selbst wenn es gelänge, die für kapitalistische Gesellschaften typische, über die ungleiche Einkommensverteilung »erzwungene« Unterkonsumtion eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung noch als »Wachstumspotential« zu mobilisieren – was eine radikale Umverteilung von »oben nach unten« zur Voraussetzung hätte –; der Traum vom extensiven Wachstum ist (zumindest für die hochentwickelten Länder) ausgeträumt. Es fehlt zunehmend nicht nur der (Umwelt)Raum, sondern auch die notwendige (Konsum)Zeit, um immer neue zusätzliche Güter immer schneller zu benutzen und zu verbrauchen. Das hat Konsequenzen. Die neuerdings auch in der PDS aufgebrochene Debatte über die Zukunft des Wirtschaftswachstums bedarf daher der Weitung der Perspektive. Es geht gar nicht so sehr um die Klärung von Pro-und-Kontra-Wachstums-Fragen zwischen »Ökologen« und »Ökonomen«, wie der Grundtenor der Kontroverse nahelegt, sondern auch und vor allem um die Frage einer neuen Wirtschaftspolitik, die grundlegende gesellschaftliche Entwicklungsprobleme auch ohne extensives Wachstum bearbeitbar macht. Gebraucht wird eine »spezielle Wirtschaftspolitik für reife Industriegesellschaften« (so Norbert Reuter in seinem bemerkenswerten Buch über die »Ökonomik der ›langen‹ Frist«) – unter anderem hier könnte die PDS zeigen, weshalb sie noch gebraucht wird.

ARNDT HOPFMANN

Heft 148, Febr. 2003

Ulrich Busch – Jg. 1951,
Doz. Dr. oec. habil.,
Bankkaufmann, Finanz-
wissenschaftler, zahlreiche
Veröffentlichungen zur
Wirtschaftstheorie und
-politik, 2003/04 Redakteur
bei UTOPIE kreativ.

Krieg ist heute die Fortführung der Ökonomie. Dabei beschränkt sich seine konjunkturbelebende Wirkung keineswegs allein auf die kriegführende Volkswirtschaft. Auch die anderen profitieren davon, allen voran Großbritannien, Deutschland und Frankreich. Dies erklärt zu einem Gutteil die Solidaritätsbekundungen dieser Länder mit den USA, wenn es um die Inszenierung eines Krieges geht, oder sogar um die aktive Teilnahme an vorderster Front wie im Falle Großbritanniens. Der Golfkrieg im Jahre 1991 und der Krieg gegen Serbien 1999 haben dies für die Zeit nach dem Ende der Blockkonfrontation und der Bipolarität in der Welt eingehend demonstriert. Der bevorstehende Krieg gegen den Irak bedeutet die Fortsetzung dieser Logik in einem neuen, erweiterten Sinne. Was aber, wenn es schief geht, wenn der Waffengang zum Desaster wird, der Krieg sich hinzieht und unkalkulierbare Rückschläge auftreten? Wenn der Gegner sich als stärker und zäher erweist als angenommen, wie im Falle Vietnams, oder wenn es Gegenschläge und Vergeltungsmaßnahmen gibt, ähnlich dem Attentat vom 11. September? – Die Folgen wären furchtbar. Und das keineswegs nur für die USA, sondern gleichermaßen für Deutschland, Europa, Asien, für die Welt. Anstatt durch Krieg aus der wirtschaftlichen Stagnation herausgezogen zu werden, würde die Welt in eine tiefe Rezession hineingezogen, in eine Krise gerissen. Die Folgen eines derartigen Szenarios wären wie bei einem Flächenbrand weder abseh- noch beherrschbar, nicht zuletzt gerade auch für die Weltwirtschaft.

ULRICH BUSCH

Heft 149, März 2003

Stalin zählte zu den Erben Lenins, wenn auch nur zu denen dritten Grades. Lenin hatte die Oktoberrevolution als Eröffnung für einen europäischen Revolutionszyklus – analog dem Jahre 1848, wo die Revolution von Paris aus Europa überflutet hatte – verstanden, 1921 aber einsehen müssen, daß die Folgerevolutionen, vor allem die in Deutschland, nicht nur niedergeworfen worden waren, sondern auch, daß die eigene Revolution zwar militärisch siegreich gewesen, aber sozial gescheitert war. Im bäuerlichen Rußland konnte sich eine proletarisch gestimmte Macht nur halten, falls sie ihre soziale Basis verbreiterte, wenn nicht gar wechselte – was Lenin erkannte und mit der NÖP auch einleitete. Deklariertes Ziel wurde ein Staatskapitalismus als Durchgangsstadium zum proletarischen Sozialismus; dazu sollten Bauern und Kapitalisten auf Zeit begünstigt werden. Die Kapitalisten in China erleben heute ähnlich Merkwürdiges. Stalin verstand sehr bald, daß sich Lenin in diesem Punkt etwas vorgemacht hatte. So konnte kein proletarischer Sozialismus entstehen, bestenfalls eine auf Staatseigentum beruhende Monopolwirtschaft mit einer Monopolherrschaft, die zu ihrer Rechtfertigung aber des Scheines eines proletarischen Sozialismus bedurfte. Das daraus entspringende Programm setzte Stalin konsequent um: Die Mittelbauern, die eigentlichen Kinder der Oktoberrevolution, befreite er vom Eigentum und lieferte sie teils der Industrie aus – ohne ihnen jedoch die restlichen Freiheitsrechte der doppelt freien Lohnarbeiter zuzugestehen –, drückte sie teils auf den Stand von 1861 zurück. Wer sich verweigerte, kam ins Lager oder wurde ausgehungert; in der Ukraine mehr als eine Million Menschen. Ursprüngliche Akkumulation als Bürgerkrieg. Seine eigentliche soziale Basis fand der Staatskapitalismus natürlich nicht im Proletariat, sondern in der Bürokratie. Bucharin, Weggefährte auf Zeit, erkannte in Stalin den »Dschingis Khan«. Der selbst mochte besonders »Iwan den Schrecklichen« von Eisenstein. Josef Stalin ist russische Geschichte. Hier reiht er sich unter die großen brutalen Modernisierer ein: Iwan Grosny und Peter der Große. Mit Sozialismus hat das allerdings nichts zu tun. Stalin fand die Formel, mit der das asiatische Rußland in die Moderne zu führen war. Wie wir heute sehen, hatte der Mann Erfolg. Der russische Kapitalismus ist Wirklichkeit. Stalin hat dessen bluttriefende Geburt bewältigt. Millionen Tote waren der Preis.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Heft 150, April 2003

In der Bundesrepublik Deutschland sind wir Zeugen, wie mit Hilfe des Staates immer größere Teile der Gesellschaft gedrängt werden, von ihrem Recht abzulassen, auf den Staat Druck auszuüben. Der Staat des Kalten Krieges beruhte auf gut austarierten Kompromissen zwischen den verschiedenen Gesellschaftsgruppen. Heute sind wir auf dem Rückweg zum alten Klassenstaat. Dazu dient nicht zuletzt die Losung »Weniger Staat«, die bei Lichte betrachtet nichts anderes bedeutet als »Weniger Zugriff auf den Staat durch die nicht ökonomisch Mächtigen«. Demnächst wird auch wieder feierlich über den Staat geredet werden. Die ökonomisch Mächtigen sind in der Offensive. Das ihnen vorzuwerfen, wäre allerdings albern; der Vorwurf

Marion Schütrumpf-Kunze,
Jg. 1954, Dr. phil., Philo-
sophin, seit Gründung 1990
Redakteurin bei UTOPIE
kreativ.

kann nur an uns selbst gehen. Denn die Linke hat schon seit langem verlernt, eine ihrer Grundfunktionen wahrzunehmen, die für Rosa Luxemburg einst selbstverständlich war: Wir »enthüllten stets den herben Kern der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit unter der süßen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit«. Während die SPD sich immer mehr auf die Apologie der süßen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit zurückzog, reduzierten sich die Kommunisten auf das Enthüllen des herben Kerns der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit und denunzierten, anders als es Rosa Luxemburg forderte, formale Gleichheit und Freiheit als unnütze Lächerlichkeit. Beides wieder zusammenzudenken, bleibt unsere Aufgabe.

MARION SCHÜTRUMPF

Heft 153/154, Juli/Aug. 2003

Warum wird mit Bezug auf den notwendigen Wandel in Produktions- und Konsumtionsmustern eigentlich so wenig von »Suffizienz« gesprochen? Suffizienz meint – im Gegensatz zu Effizienz, die auf »mehr aus weniger« setzt – die grundsätzlich andersartige und dauerhafte Lösung eines (Konsum)Problems, ohne Weiterbestehen des Zwangs zur (wenn auch zeitverzögerten) Ersetzung materieller Güter durch neue. Suffizienzlösungen sind oft jedoch keineswegs so neu und revolutionär wie Effizienz basierte Schöpfungen. Wer erinnert sich zum Beispiel noch an die gute alte Speisekammer, die einen Kühlschrank überflüssig gemacht hat? In einer Region wie Mitteleuropa, in der 200 Tage im Jahr speisekammerebene Temperaturen herrschen, könnten wir – wie unsere Großeltern – auf Kühlschränke nahezu gänzlich verzichten, wenn allerdings die baulichen Voraussetzungen (wieder) geschaffen würden. Auch wäre die »flächenüberdeckende Automobilisierung« völlig unnötig, wenn Wohnen, Einkaufen und Arbeiten wieder in einen Raum zusammengebracht werden könnten, der Spaziergänge zwischen den einzelnen Tätigkeitsorten möglich und angenehm – und gesundheitsdienlich – macht. Wozu bräuchten wir immer effizientere Transportverfahren, wenn die übergroße Mehrzahl unserer Konsumgüter in der Region erzeugt würde, in der wir ohnehin leben?

ARNDT HOPFMANN

Heft 155, Sept. 2003

Unterdessen existiert kaum etwas, das nicht »reformiert« würde. Sieht man einmal von den Eigentumsverhältnissen ab; aber sogar die werden umgebaut: Immer weniger Menschen gehört immer mehr.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Heft 156, Okt. 2003

Die neoliberalen Forderungen haben eine verblüffende Plausibilität. Es lohnt, darüber nachzudenken, warum das so ist. Zwei Botschaften sind zentral: »Leistung muß sich wieder lohnen!« und »Der Wirtschaftsstandort Deutschland ist in Gefahr!«. Wessen Leistung ist gemeint? Die der alleinerziehenden Mutter oder des alleinerziehenden Vaters, die es trotz der Mehrfachbelastung durch Familie, Haushalt und Arbeit mehrheitlich schaffen, ihre Kinder zu anständigen und nützlichen Menschen zu erziehen? Nein, mit »Leistung« ist Profitmachen gemeint. Das Gerede vom »Wirtschaftsstandort« unterstellt,

die Gesellschaft, unser aller Gemeinwesen, hätte seinen Existenzzweck in erster Linie darin, die profitable Verwertung von Kapital zu gewährleisten. Diese Kernbotschaften sind Mythen, allerdings mit der Wirkung ideologischer Waffen. Der Kapitalismus, von dem Max Weber meinte, er werde durch fortschreitende Rationalität geprägt, bedient sich des Irrationalen, greift zur Mythologisierung. Flankiert wird das von einer Reihe von Hilfsmythen, zum Beispiel dem Mythos, Reform sei, was soziale Errungenschaften von Jahrzehnten liquidiert, oder dem Mythos vom »Realismus«, der den propagierten Kurs als alternativlos hinstellt und andere Modelle von vornherein als »unrealistisch« etikettiert. Es ist relativ einfach, diese Mythen zu entschlüsseln und die Ideologisierungen zu durchschauen. Das mindert aber, wie wir ständig zur Kenntnis nehmen müssen, nicht ihre Wirkung. Meine Hypothese ist, die neoliberale Hegemonie basiert darauf, daß es ihren Protagonisten erfolgreich gelungen ist, ein antisolidarisches Gesellschaftsbild und Menschenbild zu implementieren und zu verbreiten. Dafür war der Untergang des Staatssozialismus eine wichtige Voraussetzung. Gezeichnet wird eine Gesellschaft, die geprägt wird durch den erbarmungslosen Wettbewerb um den größtmöglichen privaten Anteil am gesellschaftlichen Reichtum, diese Gesellschaft gehört den Schönen, Reichen und Mächtigen. Der dazu passfähige Mensch ist egoistisch, als Erfolg gilt, möglichst viel in die eigene Tasche zu wirtschaften. Das legitimatorische Gegenbild ist das vom faulen Menschen, der in der sozialen Hängematte lümmelt. Diese Bilder von Gesellschaft und Mensch sind inzwischen nicht nur binsenweisheitliche Denkformen von überrollender Einfachheit, sie laufen auch permanent bei jeder aktuellen Botschaft – subversiv oder ganz offen – mit. Sie sind der Hintergrund der alltäglichen ideologischen Aggressionen und reproduzieren die neoliberale Hegemonie.

DIETMAR WITTICH

Heft 158, Dez. 2003

Da tragen 100 000 Leute aus Ost und West ihre Unzufriedenheit mit der Agenda 2010 der Bundesregierung und mit dem gebetsmühlenartig auf sie einprasselnden Gerede von der Alternativlosigkeit dieses Raubzugs gegen den Sozialstaat auf die Straße – aber die, die sie dazu aufgerufen haben, können sich nicht darauf verständigen, eine Brücke zu bauen hinein in den parlamentarischen Raum, auf daß dort die Wände widerhallen vom Protest. Für einen Moment hatte ich auf dem Berliner Gendarmenmarkt die Vision, es müsse einen Auftrag geben der versammelten Menge an Gesine Lötzsch und Petra Pau – die beiden direkt gewählten, aber fraktionslosen PDSlerinnen im Bundestag – dergestalt, daß sie den berühmten Satz des Römers Cato doch abwandeln mögen in ein vor jede ihrer Reden gestelltes »Im Übrigen haben uns 100 000 Menschen beauftragt, hier kund zu tun, daß die Agenda 2010 abgeschafft gehört!« Mehr als diese beiden Frauen sind doch an linker Opposition in diesem Parlament nicht geblieben – warum also ihren Platz und ihre Kraft nicht nutzen und stärken? Und die der mitdemonstrierenden dreiköpfigen PDS-Ministerriege aus Mecklenburg-Vorpommern gleich mit? Warum dieses Verschenken der Möglichkeiten?

WOLFRAM ADOLPHI

Heft 161, März 2004

In Düsseldorf stehen derzeit sechs Spitzenmanager deutscher Großunternehmen vor Gericht, wegen Bereicherung und Beihilfe zur »Vorteilsnahme«, was nur ein Tarnname für gewaltige Korruption ist. Das Erstaunliche ist, daß es tatsächlich zur Anklage kam. Entsprechend verhalten sich die Angeklagten, mit Siegerpose verkündet Josef Ackermann, immerhin Chef der Deutschen Bank, sie hätten nur getan, was »im Wirtschaftsleben üblich« sei. Die private Bereicherung am eigenen Unternehmen und dem anvertrauten Kapital ist also in diesen Kreisen das Übliche! Dagegen ist die Gottesanbeterin ein geradezu gutherziges Geschöpf, sie frisst ihr Männchen erst nach erfolgreicher Befruchtung.

DIETMAR WITTICH

Heft 168, Okt. 2004

Wenn der Zug nach Berlin die Deutzer Brücke bei Köln am Rhein überquerte, hatte Konrad Adenauer den Eindruck, seine Heimat in Richtung Asien zu verlassen, das für ihn spätestens an der Elbe anfang. Heute wird man eher vom Gefühl beschlichen, zurück nach Deutschland unterwegs zu sein, dorthin, wo immer noch fast ausschließlich in der Sprache der Lutherbibel geredet wird, wo das Antlitz der Armut noch weiß, weiblich und alleinstehend ist (und trotzdem auf Kinder nicht verzichtet wird), wo, als Ausweis renitenten Zurückgeblieben-seins, die Frauen und Mädchen feministische Literatur ignorieren, dafür aber – zumindest bis jetzt noch – in großen Teilen selbstbewußt und unverklemmt sind. Statt sich endlich dem Westen anzupassen, nimmt dieses Selbstbewußtsein heute zu – nach den Jahren der Erniedrigung, Ausplünderung, Verhöhnung und verweigerten Integration des Ostens. Der Anschluß ist gescheitert. Auch gibt es im Osten nicht mehr viel zu holen; der Bundespräsident plädiert fast unverhüllt für ein Mezzogiorno, und jeder vierte Westdeutsche will die Mauer wiederhaben. Auf die Ostalgie folgt die Westalgie; darüber zu reden, gilt aber als unfein.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Heft 172, Febr. 2005

Martin Schirdewan –
Jg. 1975, Politikwissen-
schaftler, Redakteur bei
UTOPIE kreativ.

Der Irak lehrt, daß eine vermeintlich allmächtige Armee nur dazu taugt, die Diktatoren und Demokraten der Welt zu schrecken und im Zaum zu halten, da sie um ihre Macht fürchten. Trifft sie auf ein wie auch immer geartetes, fanatisch verteidigtes Ideal, relativiert sich die Allmacht auf ein überschaubares Maß an Strafaktionen, Gewalteininsatz gegen die Zivilbevölkerung und Gefangene, den illegalen Einsatz geächteter Waffensysteme, kurzum: den ganzen dreckigen Sumpf konventioneller Kriegführung.

MARTIN SCHIRDEWAN

Heft 177/178, Juli/Aug. 2005

Bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen Ende Mai hatte die CDU einen deutlichen Wahlsieg eingefahren, wie es eigentlich von allen erwartet worden war. Die SPD als primus inter pares in der letzten rosa-grünen Regierungskoalition in einem Bundesland hatte – wieder einmal – eine heftige Niederlage hinzunehmen. Nach 39 Jahren SPD-

Regierung war der Regierungswechsel am Rhein das Medienthema. Angela Merkel und die anderen Großkopfen von CDU und CSU strahlten um die Wette. Da trat in Berlin Franz Müntefering vor die Kameras, gestand in dürren Worten die Niederlage ein, um dann zu großer Form auflaufend mitzuteilen, der Bundeskanzler Gerhard Schröder und er hätten sich darauf verständigt, das Verfahren für vorgezogene Neuwahlen einzuleiten. Tata! Damit war dem Wahlsieger des Abends die Show geklaut, der Regierungswechsel in NRW geriet zur Nebensache, die Neuwahlen wurden zum Medienthema. Das hatten noch gar nicht alle geschnallt, da meldete sich Oskar Lafontaine von der fernen Saar und teilte seinen Austritt aus der SPD mit, dies wohl vor allem, um nachzuschieben, dass er bei vorgezogenen Neuwahlen für die WASG (Wahlalternative für Arbeit & soziale Gerechtigkeit) zur Verfügung stünde, aber nur, wenn diese ein Bündnis mit der PDS einginge. Damit war nun wiederum Schröder und Müntefering die sorgsam platzierte Show abhanden gekommen. Der Zeitgeist, für den doch als ausgemacht gilt, dass er fest in der Hand der Neoliberalen ist, schlägt Purzelbäume: Die Linken, eine neue gemeinsame und gesamtdeutsche Linkspartei oder ein gesamtdeutsches Linksbündnis mit Lafontaine und Gysi als Frontmänner sind Thema des Tages.

DIETMAR WITTICH

Heft 179, Sept. 2005

Allein die Ankündigung von PDS und Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG), sich zusammenschließen zu wollen und dies mit einer Umbenennung der PDS in Linkspartei.PDS sowie mit offenen Listen der Linkspartei im Wahlkampf zu dokumentieren, hat zu einer Verdoppelung der Umfragewerte von unter fünf Prozent auf fast zehn Prozent und dann gar zu weiteren Steigerungen bis auf zwölf Prozent geführt. Ja, das ist Protest. Protest dagegen, dass unter der Ägide des Sozialdemokraten Gerhard Schröder das TINA-Verdikt der britischen Konservativen Margaret Thatcher aus den siebziger Jahren in Deutschland eine bisher nicht gekannte Kraft entfaltet hat. TINA – There Is No Alternative (Es gibt keine Alternative). Aber so gebetsmühlenartig dieses TINA auch immer wiederholt werden mag aus Politiker- und Unternehmerverbands- und Medienhauptstrommündern: Immer mehr Menschen glauben es nicht mehr. Sie protestieren, weil sie nicht glauben wollen, dass alles auf Alternativlosigkeit gestellt sei und die Globalisierung »ganz natürlich« in Sozialabbau, Armut und fundamentale Verunsicherung aller Lebenswelten münden müsse. Die Linke ist gefordert, diesen Protest aufzunehmen – und sie darf ihm, wenn sie mit einer Fraktion der Linkspartei in den neuen Bundestag einziehen sollte, bei Strafe einer erneuten Marginalisierung nicht wider entsagen. TAMARA muß das Motto lauten – There Are Many And Realistic Alternatives (Es gibt viele und realistische Alternativen). Und diese Alternativen entstehen nicht im Gewöhnlichen – sprich in der Erledigung parlamentarischer Hausaufgaben. Sie entstehen nur in der stetigen und erlebbaren Verbindung mit dem außerparlamentarischen Protest, entstehen nur in einer neuen Qualität des Zusammenwirkens von Partei, sozialen Bewegungen und Gewerkschaften – im Außergewöhnlichen eben, mit dem auf das Scheitern von Rot-Grün geantwortet werden muß. Signale des Mutes müssen gesetzt werden

und Signale der Unbeugsamkeit – sonst wird sich der Protest schon bald andere Ausdrucksformen suchen.

WOLFRAM ADOLPHI

Heft 187, Mai 2006

Das Scheitern der letzten 15 Jahre ist ein eindrucksvoller Beweis der Anfang der 80er Jahre von amerikanischen Politologen formulierten Kartellparteienthese, deren Kernaussage darin besteht, dass die Parteien den Staatsapparat okkupieren, davon leben und, um davon leben zu können, ein politisches Kartell begründen. Die Inhalte gleichen sich an, es spielt im Endeffekt keine Rolle mehr, wer es sich auf der Regierungs- oder der Oppositionsbank bequem macht. In der Regel ändern sich nur die Namen. Womit des deutschen Linken hassgeliebtes Kind in den Fokus der Gedanken gerät. Wie verhält sich die zur Linkspartei gewandelte PDS?

MARTIN SCHIRDEWAN

Heft 188, Juni 2006

Mir fällt in der kontrovers und zuweilen scharf geführten Debatte vor allem eines auf: dass es die Utopie nach wie vor sehr schwer hat, überhaupt gedacht zu werden. Als Bremse funktioniert offensichtlich nicht nur der bewusst entwickelte und aggressiv in die Öffentlichkeit gebrachte Meinungshauptstrom der Marke TINA (There is no alternative – Es gibt keine Alternative), sondern gleichzeitig die vielen von uns auch ohne all das neoliberale TINA-Geschwätz innewohnende Furcht vor dem Ungewohnten. Denn es ist doch bemerkenswert: Obwohl es keinerlei neuerlichen Beweises dafür bedarf, dass die Arbeitswelt in ihrer jetzigen Form Hunger, Elend und Tod in schier auswegloser Massenhaftigkeit produziert und zudem auf Selbsterstörung durch erbarmungslose Ressourcenvernichtung hinausläuft, werden Überlegungen zu einer radikalen Alternative, wie sie die bedingungslose Grundsicherung ja vielleicht darstellen könnte, zuweilen mit einer Heftigkeit abgelehnt, als ob mit ihr alles nur immer schlimmer werden würde.

WOLFRAM ADOLPHI

Heft 192, Okt. 2006

Wenn – wie das geplant ist – die Linkspartei.PDS und die WASG im Jahre 2007 zur Gründung einer Neuen Linken schreiten, wird die Neue Linke um eine klare Haltung zur Vertretung der Ost-Interessen als eines wesentlichen Bestandteils des Erbes der PDS nicht herumkommen. Überlegungen wie die, dass man mit Östlichem im Westen nicht Furore machen könne, mögen hier und da ganz gut klingen – zumal, wenn man betont, dass man die Teilung ja schließlich nicht noch zementieren wolle –, aber hilfreich oder gar vorwärtsweisend sind sie nicht. Das Problem der tiefen Kluft zwischen Ost und West besteht unabhängig davon, was die einzelnen Parteien darüber sagen, weiter, und wenn nun auch noch die letzte der großen Parteien es nicht mehr zur Kenntnis nähme – nun, dann würden die von ihm Betroffenen nach anderen Möglichkeiten des politischen Ausdrucks ihrer Interessen suchen.

WOLFRAM ADOLPHI

Heft 195, Jan. 2007

Neu an der heutigen Situation ist die um sich greifende und an die zwanziger Jahre erinnernde Kapitalismuskümmigkeit, deren politischer Ausdruck die Linke werden kann. Bei diesem Spiel hat sie allerdings nur einen Wurf frei, denn die Rechte steht nicht nur bereit, alle Unzufriedenen einzusammeln, sondern hat damit schon begonnen. Ganz anders als bisher stellt sich auch dar, was in den alten Bundesländern geschieht: Bis 2004 stammten Linke, soweit sie noch Politik machten, vor allem aus dem K-Gruppenmilieu. Das war so, obgleich seit 1990 Hunderttausende aus den Gewerkschaften und aus der SPD emigriert waren. Unterdessen ist der Leidensdruck so hoch, dass gestandene SPDler und Gewerkschafter nicht nur begonnen haben, sich links der SPD zu organisieren, sondern sogar eine Vereinigung mit der Ostlinken anstreben. Besonders bemerkenswert dabei ist, dass es sich bei ihnen nicht um traditionelle Linke handelt. Sie stehen nicht an der Spitze eines großen Auswanderungsstromes aus der SPD, sondern in dessen Mitte, vielleicht sogar an dessen Ende. Die Zukunft wird zeigen, ob diese Gruppe ihrer wichtigsten Aufgabe gewachsen sein wird: politischer Ausdruck der Hunderttausenden zu werden, die sich aus dem politischen und gewerkschaftlichen Engagement verabschiedet haben. Gelingt das nicht, sind alle Erfolge gegenüber der SPD und innerhalb der Gewerkschaften Pyrrhussiege, mögen sie noch so glorreich erfochten werden.

Und dann ist da noch die sich häutende PDS. 2002 schien sie dem Tode geweiht. Günstigstenfalls bot sich ihr, wenngleich ohne nennenswertes bundespolitisches Gewicht, noch eine Perspektive als linke CDU des Ostens. Als politischer Ausdruck der DDR-Dienstklasse, der die PDS ursprünglich war, ist sie auch weiterhin dem Tod geweiht, denn diese Klasse kann sich nicht reproduzieren – was bedauern möge, wer mag. Seit die Veränderungen der Gesellschaft nun auch im Westen angekommen sind, ist die PDS auf dem Wege, endgültig zu einer wichtigen Hinterlassenschaft der DDR zu werden. Mit ihrer nach wie vor beeindruckenden (wenngleich fragilen) organisatorischen Stärke und parlamentarischen Verankerung im Osten könnte sie – selbst wenn sie in einem Bundesland durch Regierungsbeteiligung fahrlässige Selbsttötung begehen sollte – der entstehenden gesamtdeutschen Linken eine Stabilität leihen, über die diese inhaltlich-programmatisch zumindest im Moment nicht verfügt.

JÖRN SCHÜTRUMPF

HELMUT BOCK

Was ist des Deutschen Vaterland? 175 Jahre Hambacher Fest?

Auf dem linken Ufer des Oberrheins, wo die Höhen der Haardt, auch Pfälzer Wald genannt, sich von Norden nach Süden zur französischen Grenze ziehen, liegt Neustadt mit seinen Weingärten am Fuß des Gebirgs. Dort sammelte sich in der sonntäglichen Frühe des 27. Mai 1832 eine riesige, ganz ungewohnte Menschenmasse. Nicht nur die Bewohner der rund 6000 Seelen zählenden Kleinstadt, weit mehr Zuwanderer aus den Dörfern und Städten der Pfalz, aus noch fernerer Gegenden waren gekommen: Männer und Frauen aus vielen Staaten des Deutschen Bundes, den Königreichen Bayern, Württemberg, Preußen, Hannover und Sachsen, den Großherzogtümern Baden und Hessen-Darmstadt, dem Herzogtum Nassau, dem Kurfürstentum Hessen-Kassel, dem Stadtstaate Frankfurt, sogar aus dem französischen Elsass belebten den Marktplatz, die umliegenden Gassen, die zur Stadt führenden Straßen und Feldwege. Was in den Annalen deutscher Geschichte bislang nie zu berichten war: Sie alle – 25 bis 30 Tausend! – drängten sich unter den streng verbotenen Farben Schwarzrotgold.

Die altdeutsche Trikolore wehte an den Häusern, schmückte in Gestalt von Bändern und Kokarden die biedermeierlichen Frauenkleider, die Zylinderhüte der Bürger und Bauern, die Schirmmützen der Studenten, Handwerksgesellen und Tagelöhner. Es herrschten Frohsinn und Feststimmung, überall Händeschütteln, Schulterklopfen und Umarmungen. Musik, Gesang, auch Hochrufe ertönten, womit noch immer heranziehende Scharen und volksbekannte Gestalten begrüßt wurden: »Hoch Wirth!« – »Hoch Siebenpfeiffer!« – »Es lebe Börne, der Verfasser der ›Briefe aus Paris!‹« Hier und da allerdings schlichen Polizeispitzel in der Menge, die ausgeschiedt waren, ihren Staatsbürokraten anstatt eines friedlichen Volksfestes eine Demonstration arglistiger Aufwiegler und Landfriedensbrecher zu denunzieren.

Auf dem Marktplatz vor der gotischen Stiftskirche ordnete sich die Masse zum längst gedachten Festzug. Kilometerlang bewegte er sich von Neustadt zur hoch ragenden Burg, die damals noch als Ruine über dem Dorf Hambach lag. Hinter einer Musikkapelle der Bürgergarde eröffneten viele Frauen den Zug – über den Häuptionern das Weißrot einer polnischen Nationalfahne: Die erstmals öffentliche Bekundung politischer Mündigkeit der Frau verband sich ersichtlich mit Solidarität für Polens Unabhängigkeitskampf gegen die russische Fremdherrschaft. Eine Abteilung von Festordnern, ein jeder mit trikolorener Schärpe, begleitete sodann den Träger eines

Helmut Bock – Jg. 1928;
Prof. em. Dr. phil. habil.;
Historiker. Mitglied der
Leibniz-Sozietät. Zuletzt
in UTOPIE kreativ: Was tun?
Russlands Februar-
revolution und Lenins
›April-Thesen«, Heft 198
(April 2007).

schwarzrotgoldnen Banners, auf dem in dunklen Lettern geschrieben stand: »Deutschlands Wiedergeburt«. Dahinter marschierten die gewählten Mitglieder der Regionalvertretung, des pfälzischen Landrats, und endlich die zahllos scheinenden Demonstranten, gegliedert nach ihrer Herkunft aus den verschiedenen deutschen Bundesstaaten. Und doch vereint in der Allgegenwart der schwarzrotgoldnen Farben!¹

Das berühmteste aller Lieder Ernst Moritz Arndts wurde gesungen. Zwei Jahrzehnte zuvor noch Schlachtgesang franzosenfeindlicher Gesinnung in den Kämpfen gegen den Kaiser Napoleon, diente es jetzt einem reiferen und besseren Patriotismus. Doch Frage und Antwort waren aktuell geblieben:

»Was ist des Deutschen Vaterland?
Ist's Preußenland? Ist's Schwabenland?
Ist's, wo am Rhein die Rebe blüht?
Ist's, wo am Belt die Möwe zieht?
O nein, nein, nein!
Mein Vaterland muss größer sein [...]«

Veteranen der Feldzüge von 1813 bis 1815 und eine junge, nachgewachsene Generation intonierten gemeinsam das Verlangen nach deutsch-nationaler Vereinigung.

Auch neugeschaffene Texte zeugten für diesen Sinn der Demonstration. Dreihundert Handwerksgesellen schmetterten den von Siebenpfeiffer gedichteten Festgesang nach der allbekannten Melodie von Friedrich Schillers Reiterlied:

»[...] Was tändelt der Badner mit Gelb und Rot
Mit Weiß, Blau, Rot Bayer und Hesse?
Die vielen Farben sind Deutschlands Not,
Vereinigte Kraft nur zeugt Größe:
Drum weg mit der Farben buntem Tand!
Nur *eine* Farb' und *ein* Vaterland [...]!«

Bedenkt man, dass die negierten Landesfarben damals noch die Herrschaft vieler deutscher Fürsten und ihre staatliche Souveränität symbolisierten, so bedeutete das Lied nichts Geringeres als ein poetisch verklausuliertes Umsturzprogramm.

Jedoch »Deutschlands Wiedergeburt« – die merkwürdige Inschrift des Festbanners – sollte nicht nur die Aufgabe der Gegenwart und nahen Zukunft bezeichnen. Sie erinnerte an Vergangenes, das irgendwann abgebrochen und neu zu errichten war.

Historische Erinnerung

Seit dem Anfang der Neuzeit arbeitet eine geschichtliche Entwicklungstendenz an der Herausbildung eigenständiger Nationen und der Konstituierung von Nationalstaaten. Sie wirkte im Ringen der sich vereinenden Niederländer gegen die spanische Fremdherrschaft, und sie kräftigte geradezu die bürgerlichen Revolutionen der Engländer, US-Amerikaner und Franzosen. Zumal die »Grande Révolution« von 1789, die in Frankreich zum bürgerlichen Nationalstaat führte, rief auch bei anderen Völkern ein Bewusstsein von der Lebenskraft eigener, nationaler Wesenheit und der Notwendigkeit des gesellschaftlichen Fortschritts hervor. Dabei verknüpften sich mit den Menschen- und Bürgerrechten der »Freiheit« und »Gleichheit«, die

1 Originale und hauptsächliche Quelle: Das Nationalfest der Deutschen zu Hambach. Unter Mitwirkung eines Redaktions-Ausschusses beschrieben von J. G. A. Wirth, Erstes u. zweites Heft, Neustadt a. H. 1832. Nachdruck Meininger, Neustadt a. d. Weinstraße 1981. Weitere benutzte Literatur siehe am Schluss des Beitrags.

eine von Privilegien und Willkür entfesselte Existenz der Individuen und der Völker verlangten, immer öfter auch vaterländische Bedeutungen: der Anspruch auf »Freiheit« von fremdherrschaftlicher Bedrückung und auf »Einheit« statt Zwietracht und innerer Zerrissenheit.

Die Kraft der Revolution, die auch in Deutschland Grenzzäune nieder fegte und bürgerliche Modernisierungen erzwang, kam von außen – und sie trägt in der historischen Überlieferung fast nur einen Namen: Napoleon Bonaparte. Um Frankreichs Vorherrschaft auf dem Kontinent auszubauen, vollendete der Revolutionsgeneral die Annexion des linken Rheinufer, nutzte er als kaiserlicher Imperator die Kollaboration deutscher Fürsten, indem er dem Staatsgefüge des tausendjährigen Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation den Todesstoß versetzte. Dabei konnte erfahren werden, dass er in seinen rechtsrheinischen Protektoratstaaten mit bürgerlichen Reformen fortsetzte, was die Revolution auf dem Westufer des Rheins schon begonnen hatte.

Jedoch der Untergang des alten Kaiserreiches und die gleichzeitige Errichtung der »Confédération du Rhin« (1806) unter Napoleons Schirmherrschaft war ein tief schneidender Bruch, der die Deutschen aus traditioneller Gewohnheit und Lethargie schreckte. Wohl ließ Goethe seinen Studenten in Auerbachs Keller den Hohnsang anstimmen:

»Das liebe Heilige Römische Reich,
Wie hält's nur noch zusammen?«

Und zeitlebens sah auch Hegel in Napoleon den »Geschäftsführer des Weltgeistes«, der liberale Bürgerrechte nach Deutschland brachte. Der Vernunftglaube der Aufklärung aber und der Enthusiasmus für die Große Revolution waren längst eingetrübt. Kriege, Plünderungen, Annexionen beschwerten Länder und Völker. Der Revolutionsgeneral mauserte sich zum tödlichen Degen eines Militärdespotismus, der Frankreichs junge Generation auf den Schlachtfeldern verbluten ließ – überdies die Nachbarvölker in eine halbkoloniale Abhängigkeit zwang.

»Deutschland in seiner tiefen Erniedrigung«, so titelte ein konservativer Patriotismus die anklagende Flugschrift, für deren Druck und Verbreitung der Nürnberger Buchhändler Palm unter den Kugeln eines napoleonischen Exekutionskommandos fiel. Es gab ebenfalls liberale Gesinnungen der Bestürzung und des Protestes. »Jetzt war das Letzte geschehen, alles einzelne Deutsche, das Kleinste wie das Größte, das Ruhmvollste wie das Dunkelste, lag nun in einem großen gemeinsamen Jammer über- und untereinander hingeworfen, und der übermütige welsche Hahn krächte sein Viktoria! [...] Als Deutschland durch seine Zwietracht nicht mehr war, umfasste mein Herz seine Einheit und Einigkeit.« So schrieb Arndt als bürgerlicher Stimmführer des antinapoleonischen Widerstands. Wie schon in Spanien eine Nationalbewegung auf Napoleons Herausforderungen wehrhaft und unüberwindlich reagierte, so erzwangen auch deutsche Unabhängigkeitskämpfer den Krieg von 1813. Da beschwor jeder deutschtümelnde oder liberal-patriotische Ideenentwurf die Erinnerung an das verlorene Reich. Die Metapher »Deutschlands Wiedergeburt« meinte oft einen staatlichen Neubau zu Lasten der mit

Frankreich kollaborierenden Rheinbundfürsten, die als Vaterlandsverräter zu stürzen seien, so dass deren Territorien für eine neudeutsche Staatsordnung zur Verfügung stünden. Ganz konkret aber war das nicht. Der engagierte Buchhändler Perthes berichtet von Hoffnungen auf »ein unbekanntes Etwas«, das bald »deutsche Einheit oder deutsche Ehre«, bald »deutsche Freiheit oder deutsche Herrlichkeit«, zuweilen auch »deutsches Kaisertum« genannt wurde.

Indes wechselten die Rheinbundfürsten gerade noch rechtzeitig zur antinapoleonischen Koalition. Der Wiener Kongress (1815) versiegelte rein fürstlich-dynastische Interessen. Der aus der Taufe gehobene Deutsche Bund war weder Einheitsstaat noch Bundesstaat. Deutschland blieb eine Staatenföderation, die auf dem Prinzip der unantastbaren Souveränität von über dreißig Fürstenhäusern beruhte. Die vagen Wünsche nach nationaler Einheit und verfassungsmäßiger Bürgerfreiheit waren zurückgewiesen. Die vaterländischen Streiter gegen Napoleon hatten für den Erhalt von Dynastien gekämpft, deren Herrschaft nicht »von Volkes Willen«, sondern abermals »von Gottes Gnaden« war. Die Krönung dieser »Restauration« erfolgte im eroberten Paris: Der Zar von Russland, der Kaiser von Österreich und der König von Preußen gründeten die »Heilige Allianz«, die den »göttlichen Erlöser Jesus Christus« als allerhöchsten Souverän und die christgläubigen Völker des Kontinents als »unteilbare christliche Nation« auffasste. Die vertragschließenden Großfürsten dieser Staatengemeinschaft usurpierten das Recht, sich »bei jeder Gelegenheit und an jedem Ort Beistand, Hilfe und Unterstützung« gegen Störungen und Störer zu gewähren.

Oppositionelle Patrioten und zumal studentische Burschenschaftler, die die Farben Schwarzrotgold zur Symbolik ihres Widerstands erkoren, mussten die Schikanen der »Demagogenverfolgung« erdulden. Doch die altdeutsche Trikolore sowie die Losung »Einheit« und »Freiheit« überdauerten im Untergrund bis ins historische Jahr 1830: Da nämlich wurde der Ruf nach »Deutschlands Wiedergeburt« ermutigt durch die Pariser Julirevolution, die belgische Nationalrevolution und die polnische Nationalerhebung gegen die Fremdmacht des Zaren. Nun mangelten auch die Bedingungen und der Zufall nicht, dass die geschichtliche Tendenz der Nationalentwicklung als ein formuliertes Ziel in Deutschland offen und breit zu Tage trat.

Kampf um das rheinische Recht

Der Zeitpunkt war 1832 – der Ort die Rheinpfalz. Seit 1816 zu Bayern gehörig, deshalb auch »Rheinbayern« genannt, unterschied sich die linksrheinische Region rechtlich von den süddeutschen Kernlanden des Königreiches. Die liberalen Gesetze der Napoleonzeit, darunter das Recht freier Meinung und Versammlung, die Pressefreiheit und die Geschworenengerichte, waren als weiterhin gültig anerkannt. Fortschrittlich Gesinnte, zumal Journalisten und Rechtsanwälte, mochten hier eine Freistadt suchen, und sie fanden als liberale oder gar demokratische Protestführer einen Resonanzboden, der durch politische Missstimmungen und ein sanguinisches Volkstemperament gerade jetzt in heftige Schwingungen geriet. Gründe genug waren vorhanden, dass die Pfälzer gegen die Zentralregierung in München und deren ins Land gefallene Staatsbürokraten aufbegeh-

ten. Es würde zu weit führen, von den Negativwirkungen erhöhter Steuern und Zollgebühren, von Missernten und Teuerung des Getreides, also auch des Brotpreises, im Einzelnen zu berichten. Genügen mag ein Satz, den der Frankenthaler Johann Philipp Becker in seinen Erinnerungen notierte: »Die Pfalz hatte keine Sympathien für Bayern, mit dem sie weder Sitten und Gewohnheiten, noch Geschichte gemeinsam hatte; sie hatte mehr das Gefühl eines eroberten, unter Fremdherrschaft lebenden Landes.«

Als nun ein Neustädter Bürger auf den abwegigen Einfall kam, seine Landsleute zu Ehren des Königshauses der Wittelsbacher und ihrer Staatsverfassung zu einer Konstitutionsfeier auf den Hambacher Schlossberg zu laden, fand sich ein Widerstand, der die lammfromme Absicht ins Gegenteil kehrte. 34 Neustädter, fast ausnahmslos Kaufleute und Landwirte, riefen zu einer Maifeier auf, die keinesfalls der bayrisch-monarchischen Verfassung huldigen sollte. Sinn und Zweck dieses Treffens wurden von Johann Philipp Siebenpfeiffer, dem ehemaligen Burschenschafter, gemaßregelten Beamten und Herausgeber des »Boten aus dem Westen« nahezu aufreizend formuliert: Die deutschen »Männer jedes Standes« und die »Frauen, deren politische Missachtung in der europäischen Ordnung« ein Schandfleck sei, sollten zu »friedlicher Besprechung« und »entschlossener Verbrüderung« kommen. Nicht »dem Erringenden, sondern dem zu Erringenden« müsse diese Begegnung gelten – und das hieß wörtlich: »[...] dem Kampfe für Abschüttelung innerer und äußerer Gewalt, für Erstrebung gesetzlicher Freiheit und deutscher Nationalwürde«.

Bayerns amtierender Regierungspräsident des Rheinkreises, der Freiherr Adrian-Werburg, hielt Siebenpfeiffers Aufruf für staatsgefährdend. Er verbot kurzerhand das Volksfest, erklärte den militärischen Ausnahmezustand und provozierte durch diese Missachtung der pfälzischen Freiheits- und Versammlungsrechte die helle Empörung der Bevölkerung. Freiheitsbäume, die Symbole der Französischen Revolutionen von 1789 und 1830, wuchsen auf den Marktplätzen empor. Volksansammlungen trotzten dem bayrischen Militär. Bürgerabordnungen bestürmten die Behörden mit Protestresolutionen. Rechtsanwälte klagten gegen das Festverbot wegen ungesetzlicher Willkür. Einstimmig verlangte auch der pfälzische Landrat den Widerruf des Verbots.

Da begann die Regierung zu lavieren. Weil ihr politische Unruhen nahe der französischen Grenze unerwünscht waren, zog sie das Verbot für »bayrische Deutsche« zurück. Es war eine Staatsniederlage, die gleichwohl den Erfolg haben sollte, dass Angehörige anderer deutscher Staaten amtlich eingeladen blieben – das Volksfest folglich nur als ein »rheinbayrisches« Landestreffen genehmigt war. Aber das Ringen um die Zulassung des Maifestes hatte dieses weit über die kleinstaatlichen Grenzen hinaus bekannt gemacht. Der Neustädter Aufruf fand ein Echo, das seine Urheber in ihren kühnsten Träumen kaum erwartet hatten.

Sobald schon am Vorabend des entscheidenden Tages lange Wagenzüge und Scharen von Fusswanderern in Neustadt eintrafen, fraternisierten die Pfälzer in Gaststätten, Winzerstuben und Weingärten mit ihren von weither gekommenen Gästen als »deutsche Brüder«.

Unter Glockengeläut, Böllerschüssen und Freudenfeuern besiegelte die Massenstimmung ein unverrückbares Faktum für den folgenden Tag: Diese Begegnung werde nicht zur bayrisch-pfälzischen Landesfeier verkommen. Sie werde vielmehr als eine große deutsche Nationalkundgebung in die Geschichte eingehen.

Deutsche Republik und republikanisches Europa

Am 27. Mai wehte Schwarzrotgold auf der höchsten Zinne des Hambacher Gipfels, von dem die versammelte Menge weithin ins Rheintal blickte. Die deutsche Trikolore war bereits 1817 auf dem Wartburgtreffen der Burschenschafter ein Sinnbild erstrebter »Einheit« und »Freiheit« gewesen. Jetzt aber offenbarte sich der inzwischen geschehene Wandel der patriotischen Bewegung. Wartburg – ein Treffen der Fünfhundert; Hambach – eine Massenkundgebung Zehntausender. Wartburg – Versammlung der akademischen Jugend des Bürgertums; Hambach – gänzlich offene, ausgreifende Demonstration der Handels- und Bildungsbürger, Gutsbesitzer und Kleinbauern, Handwerksmeister und Gesellen, Lohnarbeiter und Armen, wobei sogar Frauen zugegen waren. Nur Industriebourgeoisie und Proletariat konnten auf dem Hambacher Berg noch nicht durch typische Repräsentanten vertreten sein.

Das Fest war aber nicht nur an Teilnehmerzahl und sozialer Vielfalt, sondern auch an geistigem Gehalt dem Wartburgtreffen überlegen. Zwar schien sich die Bergkuppe in eine germanische Thingstätte zu verwandeln. Die Teilnehmer, die doch aus den Staaten des Deutschen Bundes kamen, wurden nach alter Sitte als die Vertreter von »Stämmen« und »Gauen« begrüßt. In bombastischen Ansprachen wurden die fernsten Ursprünge »deutschen Wesens« beschworen, geisterte »Hermann« – Cheruskerfürst und Varusbesieger – als Befreier von fremdem Joch, und selbst der Römer Tacitus musste die großen Tugenden ruhmreicher Vorfäter bezeugen. Auch wurde eine historische Mission erinnert, die seit Fichtes »Reden an die deutsche Nation« wiederum die Patrioten beseelte: Nachdem sich Engländer und Franzosen an der Verwirklichung des Glücks der Menschheit durch liberalistische Bürgerordnung und unbeschränkten Industriefortschritt versucht, aber mit national-egoistischen Interessen begnügt hatten, sollten nunmehr die Deutschen auf besseren Wegen der »Freiheit«, »Gleichheit« und »Brüderlichkeit« zum Wohl der Völker Europas wirken. Hatten die Burschenschafter der Wartburg noch Hass gegen Frankreich gehegt und Napoleons »Code civil« ins Feuer geworfen, so verwob sich bei Hambach die deutsche Nationalidee mit den schönen Ideen der Völkerfreundschaft. Zu Recht konnte der sonst eher spöttische Heinrich Heine schreiben: »Dort, auf Hambach, jubelte die moderne Zeit ihre Sonnenaufgangslieder, und mit der ganzen Menschheit ward Bruderschaft getrunken.«²

Polens Befreiung von zaristischer Vorherrschaft und Solidarität mit Frankreichs Republikanern waren die kosmopolitischen Grundgedanken. Auf dem Burggemäuer wehte jetzt auch die weißrote Fahne, und eine Delegation polnischer Emigranten wurde stürmisch als die Vertretung eines tapferen Volkes gefeiert, das gegen den Zaren revoltiert und – zunächst noch mit tragischem Ausgang – für seine nationale Unabhängigkeit gefochten hatte. Aus Straßburg

2 Heinrich Heine: Ludwig Börne, in: Werke und Briefe, hrsg. v. H. Kaufmann, Bd. 6, Berlin-Weimar 1972, S. 171. Obwohl sich Heine mit Börne wegen revolutionärer und republikanischer Haltungen auseinandersetzt, gibt er dessen witzigen Be-

richt über das Hambacher Fest treffend wieder. Hier ein Auszug: »Wir Deutschen sind ein ganz prächtiges Volk und gar nicht mehr so unpraktisch wie sonst. Wir hatten in Hambach auch das lieblichste Maiwetter, wie Milch und Rosen, und ein schönes Mädchen war dort, die mir die Hand küssen wollte, als wär ich ein alter Kapuziner; ich habe das nicht gelitten, und Vater und Mutter befahlen ihr, mich auf den Mund zu küssen, und versicherten mir, dass sie mit dem größten Vergnügen meine sämtlichen Schriften gelesen. Ich habe mich sehr amüsiert. Auch meine Uhr ist mir gestohlen worden. Aber das freut mich ebenfalls, das ist gut, das gibt mir Hoffnung. Auch wir, und das ist gut, auch wir haben Spitzbuben unter uns und werden daher desto leichter reüssieren. Da ist der verwünschte Kerl von Montesquieu, welcher uns eingeredet hatte, die Tugend sei das Prinzip der Republikaner! Und ich ängstigte mich schon, dass unsere Partei aus lauter ehrlichen Leuten bestehen und deshalb nichts ausrichten würde. Es ist durchaus nötig, dass wir, ebenso gut wie unsre Feinde, auch Spitzbuben unter uns haben. Ich hätte gerne den Patrioten entdeckt, der mir zu Hambach meine Uhr gemaust; ich würde ihm, wenn wir zur Regierung kommen, sogleich die Polizei übertragen und die Diplomatie. Ich kriege ihn aber heraus, den Dieb. Ich werde nämlich im »Hamburger Korrespondenten« anoncieren, dass ich dem ehrlichen Finder meiner Uhr die Summe von hundert Louisdor auszahle. Die Uhr ist es wert, schon als Kuriosität: es ist nämlich die erste Uhr, welche die deutsche

überbrachte die Abordnung der »Gesellschaft der Volksfreunde« (»Société des amis du peuple«), die durch ihren Namen an den »Volksfreund« Marat und also an die Jakobiner von 1793 erinnerte, eine Grußadresse: Sie spornte die »deutschen Brüder« zum Kampf gegen den fürstlichen Absolutismus und für den Nationalstaat an, rief aber auch zur »Fraternité« mit den französischen Republikanern, die das Julikönigtum der herrschenden Finanzaristokraten an den Pranger der revolutionären Demokratie stellten. Der Delegations-sprecher Lucien Rey kündigte sogar einen bewaffneten Aufstand an.

Mit der Kritik am »Juste-milieu« in Frankreich war ein Stichwort gegeben, das auch deutschen Rednern dazu diente, ihre Distanz gegenüber der reichen Bourgeoisie auszudrücken. Für revolutionär gesinnte Hauptsprecher war »Juste-milieu« die Metapher, um die politische Polemik nicht nur gegen die Fürsten, sondern auch gegen den gemäßigten Liberalismus zu richten. Schon der Neustädter Arzt Dr. Hepp, der die Kundgebung im Namen des Festkomitees eröffnete, donnerte gegen die adligen »Zwingherren«; er rügte zugleich den »falschen Liberalismus«, der vor Kampf und Gefahr zittere und freihetliche Handlungen mit »kalt berechnendem Eigennutz auf die Goldwaage« lege.

Siebenpfeiffer titulierte die Fürsten mit zoologischen Namen und gemahnte an das verpflichtende Erbe der ringsum stattgefundenen Volksempörungen des Bauernkriegs von 1525. Er sparte aber auch nicht mit Ironie, indem er das egoistische Gewinnstreben des Unternehmertums angesichts universaler Wandlungen des aufkommenden Industriezeitalters kritisierte. »Der sinnende Geist errichtet Eisenbahnen und baut Dampfschiffe, das enge Comptoir zum Weltmarkt erweiternd, Land mit Land und Volk mit Volk zu gegenseitigem Wucher verknüpfend: aber der Bürger bleibt fremd dem Bürger, und engherzig verkrüppelt er am Rechentisch, im spießbürgerlichen Puppenspiel, oder am kühnen Wagestück eines – Schleichhandels.« Er verspottete die kleinstaatlich-deutschen Landesverfassungen, die lächerlichen »Konstitutionöchen«, und schloss seine Rede mit Losungen, die gegen die »Heilige Allianz« und den Deutschen Bund ein revolutionär-demokratisches Programm formulierten: »Es lebe das freie, das einige Deutschland! Hoch leben die Polen, der Deutschen Verbündete! Hoch leben die Franken, der Deutschen Brüder, die unsere Nationalität und Selbständigkeit achten! Hoch lebe jedes Volk, das seine Ketten bricht und mit uns den Bund der Freiheit schwört! Vaterland – Volkshoheit – Völkerbund hoch!«

Bedeutsamster Festredner war Johann Georg Wirth, ehemals Hegelschüler, Burschenschaftler und Bayreuther Rechtsanwalt, jetzt rheinbayrischer Herausgeber der nationalpolitischen Zeitung »Deutsche Tribüne«. Er lenkte den politischen Blick über Polen und Frankreich hinaus, nannte auch die Völker Spaniens und Portugals, Italiens und Ungarns als potenzielle Verbündete im Kampf gegen die Koalition der Fürsten. Weil er für »Freiheit des Welthandels« eintrat, kritisierte er aber auch die Handels- und Marktherrschaft Englands, des Mutterlands der Industriellen Revolution, als ein »unnatürliches Übergewicht«: Der Handel, dieser »große Menschenfreund«, müsse ohne Monopolisierung gedeihen, damit »er seine unendlichen Gaben und unerschöpflichen Schätze über die Völker ausschütte und zu-

gleich alle Nationen zu ewig neuen Fortschritten in der Zivilisation ansporne«.

Den als notwendig bezeichneten Wandel des Deutschen Bundes, der im Grunde doch Revolution bedeutete, tarnte Wirth mit dem gemäßigt liberalen Wort »Reform«. Eben diese nannte er aber auch die Zentralfrage des ganzen Kontinents: »Es ist einleuchtend, dass [...] die Reform Deutschlands, als die Basis der Reorganisation Europas, eine große gemeinschaftliche Angelegenheit aller Völker unseres Erdteils sei. Von ihr hängt die Wohlfahrt der großen Mehrheit aller Nationen Europas, von ihr die Ruhe und das Glück des ganzen Weltteils selbst ab.« So verband er die Losung der »Einheit« und »Freiheit« Deutschlands mit der Schaffung einer gerechten und friedlichen Ordnung des gesamten Kontinents. Nach seiner Vorstellung sollte ein solcher Wandel allen Völkern Zivilisation und Wohlstand bringen.

Sehr kritisch urteilte Wirth über die benachbarte Julimonarchie – womit er sich auch gegen Pfälzer wandte, die insgeheim eine linksrheinische Völkerhebung erwogen und dafür die Hilfe Frankreichs erwarteten. Im demagogisch geschönten »Bürgerkönigtum«, bleibe die »gegenwärtig herrschende Partei, gestützt auf die ganze Masse der Reichen und Wohlhabenden«, unfähig, den Fortschritt in Deutschland zu fördern. Es sei denn um den Preis einer erneuten Annexion des linken Rheinuferes! Nur die Republikaner, insbesondere die »Gesellschaft der Volksfreunde«, verträten wahrhaft patriotische und daher auch weltbürgerliche Grundsätze. Doch diese Demokraten könnten ohne eine französische Staatsumwälzung, wozu »noch lange keine Aussicht« bestünde, nicht zur Macht gelangen, und selbst dann sei es schwer genug für sie, sich als ein »kleines Häuflein hellsehender Kosmopoliten« gegen den landhungrigen Nationalismus durchzusetzen. Wirth zog aus alledem einen Schluss, der auch deutschen Nationalisten eine Handhabe bot: Die Erneuerung Deutschlands werde eine Wiedervereinigung mit den ehemals deutschen, von Frankreich annektierten Gebieten Elsass und Lothringen »wahrscheinlicher Weise zur Folge haben« – aber im Fall einer französischen Gegenoffensive müssten die deutschen Patrioten ihre »Opposition gegen die inneren Verräter (die Fürsten) suspendieren und das Gesamtvolk gegen den äußeren Feind zu den Waffen rufen.«

Aus Wirth sprach die Tradition von 1813. Indem er solch höchst problematische Erwägungen in die Jungfernrede der nationalen Einheit und der Völkerfreundschaft aufnahm, gefährdete er den politischen Konsens der Versammlung.³ Er provozierte den Widerspruch sowohl von Pfälzern als auch des Sprechers der französischen Republikaner, die ihre blauweißroten Kokarden aus der Tasche zogen, an ihre Jacken und Hüte steckten. Immerhin verhalf er dem deutschen Patriotismus zu einer richtigen Erkenntnis: »Der Kampf um unser Vaterland und unsere Freiheit muss ohne fremde Einmischung durch unsere eigene Kraft von innen heraus geführt werden.« Dass Wirth im Grunde selbst revolutionär dachte, bewies seine Aufforderung, möglichst noch während des Festes geeignete Männer zu wählen, die »durch Geist, Feuereifer und Charakter berufen« seien, »das große Werk der deutschen Reform zu beginnen und zu leiten«. Die ungemein anspannende Rede versöhnte am Ende die aufge-

Freiheit gestohlen hat. Ja, auch wir, Germaniens Söhne, wir erwachen aus unserer schläfrigen Ehrlichkeit ... Tyrannen zittert, wir stehlen auch!« S. 166 f.

3 Der Redaktions-Ausschuss des Festberichts genehmigte den vollen Abdruck der Rede Wirths, verfasste aber eine Anmerkung, die dessen Kritik an der Julimonarchie damit erklärte, dass »nicht ein einziges französisches Journal die anmaßende, Freiheit und Nationalität missachtende Forderung der Rheingrenze zu bekämpfen« wagte. Das Nationalfest der Deutschen, S. 48.

brachten Gemüter durch eine solidarische Perspektive: »Hoch! dreimal hoch leben die vereinigten Freistaaten Deutschlands! Hoch! dreimal hoch das konföderierte republikanische Europa!« Mit dem Ruf nach deutscher Föderativrepublik und republikanischem Völkerbund formulierte auch Wirth das nationale und internationale Ziel der bürgerlich-demokratischen Bewegung.

Das Problem der »Reform«, von der Wirth gesprochen hatte, rief logischerweise die Frage nach Mitteln und Wegen hervor, womit die bestehenden Staatsverhältnisse zu ändern seien, und es fanden sich Redner, die diese Debatte zum Gewaltproblem zuspitzten. Im Rund der Versammelten wirkten lautstark die Burschenschafter – etwa dreihundert aus dem nahen Heidelberg, weitere von den Universitäten Bonn, Gießen, Freiburg, Jena, Tübingen und Würzburg. Karl-Heinrich Brüggemann, Heidelberger »Germane« und später – in Nachfolge des jungen Marx – Redakteur der »Rheinischen Zeitung«, verfocht das von den radikalen Burschen insgeheim schon beschlossene Prinzip: Gewaltvoller Unterdrückung müsse mit bewaffnetem Widerstand begegnet werden! Zwar glänzte die bildungsbeffissene Ansprache des jungen Mannes mit rhetorischen Versatzstücken der Deuschtümelei; aber gerade er war es, der sich frei heraus auf das Vorbild der Revolutionen Englands, Amerikas und Frankreichs berief.

Das Widerstandsrecht gegen Regierungsgewalt wurde sogar noch entschiedener eingefordert. Der Bürstenmacher Becker aus Frankenthal, zukünftig Revolutionsgeneral von 1849 und Mitbegründer der ersten Internationalen Arbeiterassoziation, hat sein politisches Rededebüt bei Hambach zutreffend und selbstironisch geschildert: »Als aber dort nachmittags 4 Uhr die Revolution immer noch nicht verkündet war und oben ein Redner lang und breit über die Zweckmäßigkeit der Petitionen und Protestationen sprach, riss mir der Geduldsfaden und ich schwang mich auf ein hohes umgestülptes Weinfass neben der Rednertribüne, den Juste-milieu-Apostel geradezu niederschreiend. Unter rauschendem Applaus betonte ich vor allem die Notwendigkeit allgemeiner Volksbewaffnung, unter anderem sagend: ›Hinter den Verordnungen der Regierungen stehen Kanonen und Bajonette, darum werden sie befolgt; hinter unseren Petitionen und Protestationen steht nichts, und darum bleiben sie auch in den Augen der Regierungen nur lächerliche Vorstellungen. Wollten wir daher, dass unsere Protestationen Erfolg haben, so müssen wir auch Kanonen und Bajonette dahinter stellen. Also zur Volksbewaffnung!«⁴

Von den rund 25 angemeldeten Rednern entstammten wohl alle dem Besitz- und Bildungsbürgertum, und die meisten ergingen sich auf dem Podium in abstrakten Deklamationen: »Wortbruch der Fürsten«, »Gott und Vaterland«, »Recht und Freiheit«, »Einigkeit und Kampfesmut«. Der junge Becker hingegen, der spontan das Wort ergriffen hatte, stand auf dem Weinfass für die kleinbürgerlich-plebejischen Elemente, die die Mehrheit der Festeilnehmer waren. Deren existenzielle Bedürfnisse nach Lohn und Brot, erschwinglichen Holz- und Getreidepreisen, Senkung der Steuern und Zolltarife blieben so gut wie ungenannt – abgesehen von der schwarzen Fahne, mit der die Dürkheimer Winzer ihre soziale Verelendung kundtaten, wo-

4 Aphorismen aus Johann Philipp Beckers Glaubensbekenntnis, in: Der Sozialdemokrat, Nr. 51, Zürich, 17. Dezember 1886. Nachdruck bei Hellmut G. Haasis: Volksfest, sozialer Protest und Verschwörung. 150 Jahre Hambacher Fest, Heidelberg 1981, S. 240 ff.

bei zu vermuten ist, dass sie dem Beispiel der Weber Lyons folgten, die vor Monaten unter der schwarzen Notfahne revoltiert hatten. Die wenig Bemittelten und die Besitzlosen saßen auch nicht auf den eigens errichteten Bänken, wo mehr als tausend zahlungsfähige Gäste das Mittagmahl für 1 Gulden und 45 Kreuzer verzehrten, wofür ein Arbeiter beim Ausbau der Hambacher Wege und des Festplatzes dreieinhalb Tage hätte werken müssen. Dennoch war die ganze Versammlung ein Festtag und eine Gelegenheit des Protestes auch für die »kleinen Leute«: Sie trugen die Kokarden, schwenkten die deutschfarbenen Tücher, würzten die wohltonenden Reden mit sarkastischen Witzen und Zwischenrufen, lärmten und applaudierten mit der Macht ihrer Hände, sangen aufmüpfige Lieder, und die Jungmänner schielten bei alledem nach den Weibern, dem schönen, soeben erst seine politische Emanzipation beginnenden Geschlecht. Am Abend zogen sie dann ebenso fröhlich wieder den Berg hinunter, wie es die gesetzten Bürger taten.

Ausklang und Ausblick

Die erste Massenkundgebung der Deutschen konnte schwerlich ohne Nachwehen enden. Dem Hauptfest folgte ein Kometenschweif weiterer Kundgebungen, aber auch spontaner Aktionen. In rund fünfzig Dörfern und Städten der Pfalz wurden die Hambacher Reden und Lieder von den Pfälzern auf eigene Weise verstanden. Die Freiheitsbäume wurden gespickt mit Beschwerdezetteln: »Der Bürgermeister muss weg!« – »Der Feldschütz muss weg!« – »Wir brauchen keinen Steuereinnahmer!« – »Es gibt keine Beamten mehr, und selbst der König hat uns nichts mehr zu befehlen!« – »Es herrscht Freiheit und Gleichheit!« Da wurde weiterhin geläutert und gesungen, die Polizeistunde missachtet, mehreren Bürgermeistern – darunter dem von Hambach – die Absetzung erklärt und Gendarmen, Gerichtsboten, Forstbediensteten eine Tracht Prügel angedroht. Die Armen in Frankenthal behinderten die Ausfuhr des Getreides, damit nicht durch ein vermindertes Angebot vor Ort der Brotpreis weiter steige. In Worms enterten sie ein Kornschiff, trugen die Ladung in die Stadt und wollten die Preise selbst bestimmen.

Der Staatsprokurator von Frankenthal meldete seiner Regierung: »Revolution« und »Gleiche Teilung der Güter« seien das Ziel der »Classe des Volkes, die nichts zu verlieren« habe! Gegen diese »Pöbel- und arbeitende Classe« – wie sie in den Meldungen offiziell hieß – genehmigte der königliche Hofkommissär von Wrede die Aufstellung von Sicherheitswachen des besitzenden Bürgertums. Sie sollten das »Privateigentum und die persönliche Sicherheit mit allem Nachdruck schützen«. Obwohl bayrisches Militär in Stärke von neuntausend Mann in die Pfalz einrückte, versäumte die Besitzklasse nicht, mit bewaffneten Bürgerwehren für »Ruhe und Ordnung« zu sorgen.

Indes stiegen Patrioten und Neugierige noch tagelang auf den Hambacher Berg, von dessen Gemäuer die beiden Fahnen der Deutschen und der Polen am 1. Juni in feierlicher Zeremonie heruntergeholt wurden. Am Tag nach dem Fest trafen sich noch einmal an die Sechshundert im Neustädter Schießhaus. Dort griff Siebenpfeiffer den Gedanken Wirths auf, aus ihrer Mitte die Männer des allgemei-

nen Vertrauens zu wählen. Burschenschaftsvertreter und weitere radikal Gesinnte agitierten für die sofortige Bildung eines provisorischen »Nationalkonvents« – andere bezweifelten das Recht zu einer solchen Entscheidung und Abstimmung. In der Forschung schwanken die Angaben, ob es spontane Aktivisten oder Vorherbestimmte waren, die hier debattierten, sich aber zur eigenmächtigen Tat nicht entschließen konnten. Die Mehrheit jedenfalls begriff sich nicht als provisorische Wähler oder gar Volksdeputierte, sondern nur als Privatpersonen. Die Burschschafter verließen den Ort mit Enttäuschung und lautem Protest.

Jedoch von der Stimmung im Land ermutigt, verfolgten Siebenpfeiffer und Wirth das Projekt der Gründung eines »Deutschen Reformvereins«. Das ausformulierte Programm, das von der Staatspolizei aufgespürt wurde, nannte revolutionär-demokratische Zielsetzungen: Volkssouveränität, allgemeine Volksbewaffnung, deutsche bundesstaatliche Republik nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Nordamerika, internationale Solidarität mit allen um ihre Freiheit ringenden Völkern. Über die Methoden des politischen Wirkens wurde in diesen »Grundzügen des Reformvereins« gesagt: Man werde auf »gesetzlichem Wege« bleiben, solange die Regierungen nur »mit Dekreten und Verboten« drohten, aber den bewaffneten Widerstand wagen, sobald sie Gewalt anwendeten.

Zielsetzung und Kampfmethoden unterschieden sich bewusst von Theorie und Praxis des zeitgenössischen bürgerlichen Liberalismus. Das Wissen um die Revolutionsresultate seit 1789 und somit um den beschränkten Realwert der viel berufenen »Freiheit« und »Gleichheit« hatte sich geschärft. Man hatte gewahren müssen, dass in den fortgeschrittensten Ländern – den konstitutionellen Monarchien Großbritannien und Frankreich – die reiche Bourgeoisie als eine bevorrechtete Klasse am Staatsruder stand, während die Millionen des Volkes von der Regierungsgewalt, den Staatsinstitutionen und Wahlkörpern ausgeschlossen blieben. Indem die kritischen Demokraten diesen Tatbestand lediglich als Verletzung der Menschenrechte verurteilten, begriffen sie das ökonomisch-soziale Wesen der neuen Gesellschaft in der Regel noch nicht. Doch in der rein politischen Sphäre der Auseinandersetzungen erfassten sie richtig, dass die herrschenden bürgerlichen Fraktionen durch die Konstruktion ihrer Macht den Widerstand des arbeitenden Volkes gegen die Vorrechte der Reichen und das ihnen zugrundeliegende Eigentum geradezu herausforderten. So wuchs das Bestreben nach konsequenter »Volkssouveränität« und einer neuen, besseren Revolution. Auch in Deutschland gelangten die revolutionären Demokraten zu der Auffassung: Die Monarchie sei als Staatsform mit der Souveränität des Volkes unvereinbar – allein die Republik, deren Parlament und Selbstverwaltungsorgane den gewählten Repräsentanten aller Klassen in gleichberechtigter Weise offen stünden, sei das Allheilmittel und müsse das Ziel des politischen, wenn nötig bewaffneten Kampfes sein.

Noch aber war die historische Situation nicht reif für den Erfolg und die praktische Prüfung einer derart bürgerlich-demokratischen Bewegung. Die französischen Republikaner, die bereits eine Woche nach dem Hambacher Fest, am 5. und 6. Juni 1832, den angekün-

digten Aufstand in Paris begannen und die Viktor Hugo sehr viel später unter dem Namen »Les Misérable« (»Die Elenden«) erinnerte, verbluteten unter der erdrückenden Waffengewalt des »Bürgerkönigtums«. In Deutschland dagegen waren es immer noch Fürsten und Adel, die den »großen Skandal« des Hambacher Festes, das sich nach Metternich »wie eine deutsche Nationalversammlung« ausnahm, als Veranlassung umfassender Repressivmaßnahmen nutzte. Hunderte von Patrioten, darunter Siebenpfeiffer und Wirth, gerieten in Haft, andere flüchteten ins westliche Ausland.⁵ Demokraten und Liberale tranken gleichermaßen den Schierlingsbecher der Reaktion. Doch im Volk wurzelten die Hambacher Lieder.

»Fürsten zum Land hinaus,
Jetzt kommt der Völkerschmaus!«⁶

wurde trotzig gesungen. Die deutschen Farben, die noch immer zum Hochverrat taugten, überlebten in poetischen Metaphern und antizipierten eine Revolution, die 1848 – nur 16 Jahre später – auch wirklich kam:

»Das Schwarz der Knechtschaft schwindet
in Kampfes blutigem Rot,
Der Freiheit Gold verkündet
Das Ende aller Not.
Zielt gut, haut scharf, ihr Treuen!
Du Büchse und du Schwert!
Das wird die Nachwelt freuen
Am freien eignen Herd.«⁷

5 Zu den Verfolgungen in den Staaten des Deutschen Bundes: Vortrag der Bundes-Zentralbehörde über das am 27. Mai 1832 stattgehabte Hambacher Fest. Hauptarchiv München, MA 2241; Freiherr v. Wagemann (Hrsg.): Darlegung der Hauptresultate aus den wegen der revolutionären Komplotte der neueren Zeit in Deutschland geführten Untersuchungen, Frankfurt a. M. 1838.

6 Das deutsche Treibjagen. Text von Wilhelm Sauerwein. Zit. nach Oss Kröher: Lieder des Hambacher Festes, in: Schon pflanzen sie frech die Freiheitsbäume. 150 Jahre Hambacher Fest, hrsg. v. W. Rothley u. M. Geis, Neustadt a. d. Weinstraße 1982, S. 261 ff.

7 Die Fürstenjagd. Text von Johann Rudolf Kölner. Ebenda, S. 265 ff.

Benutzte Quellen und Literatur (in chronologischer Folge)

- Flugschriften des Deutschen Preß- und Vaterlandsvereins. Varia zum Hambacher Feste 1832. Staatsbibliothek Berlin
- G. H. Schneider: Der Press- oder Vaterlandsverein 1832/33. Diss. Heidelberg. Berlin 1897.
- Wilhelm Herzberg: Das Hambacher Fest. Geschichte der revolutionären Bestrebungen in Rheinbayern um das Jahr 1832. Ludwigshafen 1908.
- Veit Valentin: Das Hambacher Nationalfest, Berlin 1932.
- Johannes Bühler: Das Hambacher Fest, deutsche Sehnsucht vor hundert Jahren, Ludwigshafen 1932.
- Kurt Baumann (Hrsg.): Das Hambacher Fest. 27. Mai 1832. Männer und Ideen. Speyer 1957.
- Helmut Bock: Börne und das Hambacher Fest. Positionen der kleinbürgerlichen Demokratie, in: Ludwig Börne. Vom Gettojuden zum Nationalschriftsteller. Berlin/DDR 1962, S. 267 – 329.
- Derselbe: Bürgerlicher Liberalismus und revolutionäre Demokratie. Zur Dialektik der sozialen und nationalen Frage in den deutschen Klassenkämpfen von 1831 bis 1834, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 13, Berlin/DDR 1975, S. 109 – 151.
- Hellmut G. Haasis: Volksfest, sozialer Protest und Verschwörung. 150 Jahre Hambacher Fest, Heidelberg 1981.
- Gerhard Berzel: Hambacher Erinnerungen. Bildband in zwei Teilen: Das Fest von 1832 und der Ort Hambach, Neustadt 1981.
- Cornelia Foerster: Der Preß- und Vaterlandsverein von 1832/33. Sozialstruktur und Organisationsformen der bürgerlichen Bewegung in der Zeit des Hambacher Festes, Trier 1982.
- Werner Klein (Hrsg.): Ein Frühling der Freiheit erblühte. Freiheitliche und demokratische Tradition in Deutschland von der Mainzer Republik zum Hambacher Fest, Neustadt 1982.
- Willi Rothley/Manfred Geis (Hrsg.): Schon pflanzen sie frech die Freiheitsbäume. 150 Jahre Hambacher Fest, Neustadt 1982.
- Hambacher Fest 1832 – 1982. Freiheit und Einheit, Deutschland und Europa. Ausstellungskatalog, hrsg. v. Kultusministerium Rheinland-Pfalz, Neustadt 1982.

EFFI BÖHLKE

Ein weites Feld. Die Linke und Bourdieu

Aus Anlass des 5. Todestages von Pierre Bourdieu (1930-2002) veranstaltete die Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin am 26. und 27. Januar dieses Jahres ein deutsch-französisches Kolloquium, um Werk, Wirken und Wirkung eines Franzosen zu diskutieren, der wie kein anderer seiner Generation und seines Formats die objektivierende Analyse der gegenwärtigen Gesellschaften mit der harten Kritik an dieser und ihrer praktischen Infragestellung verband. Gerade indem er den Anspruch erhob, die Tatsachen der sozialen Welt so auszusprechen, wie sie sind, also die Augen nicht zu-, sondern aufzumachen, deckte er die in den heutigen Gesellschaften verborgenen Ungleichheiten, Ungleichgewichte, Ungerechtigkeiten, Widersprüche und Herrschaftsrelationen auf und wurde, auch im Rahmen seiner eigenen Zunft – der Soziologie – zu einem unbequemen, da äußerst kritischen Denker. Sein praktisch-politisches Engagement am Ende seines Lebens scheint insofern nicht im Widerspruch zu seiner Theorie zu stehen; vielmehr lässt es sich als Konsequenz derselben verstehen oder, wenn man so will, als Ausbruch aus dem Zirkel der reinen Theorie, mit der man die Welt zwar angemessen interpretieren, jedoch zumindest nicht direkt verändern kann.

Vita und Werk Bourdieus schienen den Veranstaltern spannungsreich und spannend genug, um daraus ein anderthalbtägiges Kolloquium zu konzipieren, zu dem Referentinnen und Referenten aus Frankreich und Deutschland eingeladen wurden und das sich ausdrücklich, über den engeren Kreis der Bourdieu-Spezialisten hinaus, an die breitere intellektuell und politisch interessierte Öffentlichkeit richtete. Bereits im Vorfeld stieß die Tagung auf breite Resonanz: Per Telefon oder E-mail meldeten sich weit über 200 Interessierte an. Das Publikum war, was die Generationsfrage sowie die institutionelle und lokale Herkunft angeht, erfreulich gemischt. Neben dem unmittelbaren Umfeld der Stiftung, d. h. ihren Sympathisanten und Stipendiaten, kamen viele insbesondere jüngere Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem Hoch- und Fachschulbereich, und zwar nicht nur aus dem Berliner Raum, sondern beispielsweise auch aus Greifswald, Halle, Jena, ja sogar Wien, Linz und Straßburg. Entsprechend lebhaft verlief denn auch die an die Referate anschließende Diskussion, die dann stets in den Kaffeepausen – abends beim Wein – fortgesetzt wurde.

Entsprechend der Tagungskonzeption gliederte sich das Kolloquium in vier größere Partien: An einen Eröffnungspart, der das Spannungsfeld zwischen dem Intellektuellen und dem Wissenschaftler Bourdieu aufmachte, schlossen sich drei Arbeitskreise an, in denen, den Feldbegriff Bourdieus aufnehmend, das politische, das ökonomische und das

Effi Böhlke – Jg. 1963;
Dr. phil.; freie Mitarbeiterin
der RLS; Arbeitsschwer-
punkte: Politisches Denken
in Frankreich und Russland.

kulturelle Feld thematisiert wurden bzw. die Möglichkeiten und Grenzen der Analyse sozialer Prozesse in diesen Feldern mithilfe der Bourdieuschen Begrifflichkeit.

In seinen eröffnenden Worten bezeichnete Rainer Rilling (RLS, Berlin) Bourdieu als »denjenigen, der nein sagte« (»celui, qui disait non«), als einen Intellektuellen, der Widerstand leistete, und zwar in Theorie und politischer Praxis zugleich. Wie auch Lothar Peter (Bremen) und Louis Pinto (Centre de Sociologie Européenne/EHESS, Paris) nach ihm wandte er sich gegen eine entpolitisierende und rein szientifische Rezeption Bourdieus, die das politische Engagement von der so genannten reinen Theorie abzuschneiden sucht. Alle drei Redner verwiesen vielmehr auf die eigenartige Symbiose, die die zunächst scheinbar rein objektivistische Erklärung der und Aufklärung über die sozialen Strukturen mit dem Verständnis für die Nöte der in diesen Strukturen agierenden Menschen bei Bourdieu eingeht und den daraus resultierenden inneren Druck, den er verspürte, an der Minderung, wenn nicht gar Beseitigung der Ursachen derartiger Nöte aktiv teilzunehmen. Zudem, so die drei Redner fast unisono, habe dieser französische Intellektuelle, unter Rückgriff auf theoriegeschichtliche Vorgaben, eine eigene, sehr spezielle Vorstellung vom Intellektuellen entwickelt. Nach A. Gramscis Begriff des »organischen Intellektuellen«, J.-P. Sartres Idee des »totalen Intellektuellen« und des durch M. Foucaults kontrastiv dazu forcierten Konstrukts des »spezifischen Intellektuellen« habe Bourdieu die Figur des kollektiven, in Netzwerken und auf unterschiedlichen Ebenen (der lokalen, nationalen, europäischen und/oder globalen) agierenden Intellektuellen entworfen und in solchen Projekten wie der Schaffung einer europäischen Intellektuellenzeitschrift namens »Liber« oder der Bewegung »Raison d'agir« umzusetzen versucht. Immer wieder aufgeworfen wurden in diesen Beiträgen Fragen nach Bourdieus Verhältnis zur Philosophie, zum Marxismus und zur Ökonomie.

Den *Arbeitskreis zum politischen Feld* eröffnete Margareta Steinrücke (Arbeitnehmerkammer Bremen) mit ihren Ausführungen zum herrschaftspolitischen Gehalt der theoretischen Kategorien Bourdieus. Bourdieus Soziologie sei insofern zutiefst politisch, als in ihr solche Kategorien wie Macht, Herrschaft und Gewalt eine zentrale Stellung einnehmen. Bourdieus spezieller Beitrag zur Soziologie der Macht, so die nach ihr sprechende Effi Böhlke (RLS, Berlin), habe in seinem Konzept der symbolischen Macht bestanden; wie kein anderer Denker vor ihm habe Bourdieu auf die symbolischen Aspekte bei der Installierung und Aufdauerstellung von Macht und Herrschaft verwiesen. Bourdieu zufolge könne jegliche Macht symbolischen Charakter annehmen; ja ihre Stabilität beruht geradezu auf demselben, d.h. auf ihrer fraglosen, also un- oder unterbewussten Anerkennung als legitim. Der blinde Fleck im Marxismus bestehe, Bourdieu zufolge, darin, eben diesen symbolischen Charakter von Macht- und Herrschaftskonfigurationen nicht wahrgenommen zu haben; insofern aber fehle diesem auch ein Verständnis der Persistenz derartiger Konfigurationen. An Bourdieus Theorie wiederum richtete E. Böhlke die Frage, ob denn in derselben nicht, durch die Konzeption von der Verinnerlichung objektiver Strukturen von Macht und Herrschaft im Habitus der Menschen, gewissermaßen ein »Hyperstrukturalismus« vorliege und der Aspekt der Reproduktion gegenüber dem der möglichen Veränderung unverhältnismäßig dominiere. Wo sind,

wenn alle – sowohl die Herrschenden als auch die Beherrschten – an der Reproduktion der Macht teilnehmen, überhaupt Auswege und Neuanfänge möglich?

Auf Bourdieus Kritik der politischen Repräsentation ging Gérard Mauger (Centre de Sociologie Européenne/EHESS, Paris) ein. Sei die Delegation von Macht an Repräsentanten zum einen zwar notwendig, damit in komplexen Gesellschaften größere Menschengruppen am politischen Spiel teilnehmen, so schließe sie die somit Repräsentierten doch zum anderen und zugleich auch wieder von diesem Spiel aus, als sie zu deren Entmündigung und damit Entmachtung führe. Die Teilnahme am politischen Spiel setze Minimalvoraussetzungen – etwa die Verfügung bestimmter politischer Kenntnisse bzw. bestimmter sprachlicher Fähigkeiten (politischer Jargon etc.) – voraus, über die die Masse der Menschen zumindest noch nicht verfüge. Die Aufgabe der Intellektuellen nun sei es, daran mitzuwirken, dass immer mehr Menschen zu diesem Spiel befähigt und insofern kompetent werden.

Manfred Lauer mann (Hannover) ging auf das komplizierte Verhältnis Bourdieus zur Philosophie im Allgemeinen, zum Marxismus in Sonderheit ein. Beides, so Lauer mann, habe Bourdieu abgelehnt; polemisch spitzte er zu, dass weder Philosophie noch Marxismus für die Ausprägung der Bourdieuschen Denkweise notwendig gewesen wären. Gegen diese Ansichten richteten sich allerdings mehrere Diskutanten, die auf die mehr oder weniger verborgenen philosophischen Quellen und Bezüge in Bourdieus Werk verwiesen.

Irene Dölling (Universität Potsdam) stellte in ihrem Beitrag folgende Frage an den Anfang: Warum kann, folgt man konsequent Bourdieu, ein über die neoliberale Gesellschaft hinausweisendes linkes Gesellschaftskonzept nicht ohne die Thematisierung der Geschlechterfrage auskommen? Ihre Antwort: Weil sich, Bourdieu zufolge, in den Verhältnissen der Geschlechter zueinander die in einer Gesellschaft vorhandenen Macht- und Herrschaftsrelationen kristallisieren und konkretisieren. Daher müsse sich die Linke notwendigerweise für eine Umgestaltung der in unseren Gesellschaften vorhandenen Klassifikationssysteme von männlich/weiblich, oben/unten etc. einsetzen, die den vorrangig von Frauen ausgeübten Tätigkeiten einen niedrigeren Status zuweisen. Dölling sprach insofern nicht nur von symbolischer Herrschaft, sondern von der Notwendigkeit und Möglichkeit einer symbolischen Revolution, die die bestehenden Dominanzen verändert, wenn nicht gar aufhebt.

An diesen sehr dichten Nachmittag, bei welchem es in Publikum wie Podium bereits zu offensichtlichen Ermüdungserscheinungen kam, schloss sich die Präsentation des von dem französischen Regisseur Pierre Carles realisierten Dokumentarfilms »La sociologie est un sport de combat« (»Die Soziologie ist ein Kampfsport«) an. Dieser Film, der großes Interesse hervorrief, führte einerseits zur Entspannung von Körpern und Seelen; andererseits führte er spannend den Menschen Bourdieu und sein Agieren vor Augen, und zudem kamen viele der auf der Tagung debattierten Themen – die Rolle und Stellung des Intellektuellen, die symbolische Macht, das Geschlechterverhältnis – auch in ihm zur Sprache.

In »Das ökonomische Feld« – Titel und Thema des zweiten *Arbeitskreises* – führte Frédéric Lebaron (Université de Picardie, Amiens) ein. In seinem Vortrag betonte er die Rolle des Symbolischen und des Kon-

zepts der symbolischen Macht auch in den ökonomischen Analysen Bourdieus. Gerade anhand der ökonomischen Anschauungen, so Lebaron, könne man sehr gut sowohl die Kontinuitäten als auch die Brüche nachvollziehen, die Bourdieu mit Marx verbinden bzw. von ihm trennen: Habe er einerseits mit dem starken Gewicht, das er der Wirtschaft für die Gesellschaft beimaß, bei Marx angeknüpft, so sei er doch andererseits durch das Aufdecken der symbolischen Aspekte von ökonomischen Verhältnissen, die bei Marx entweder unterbelichtet blieben oder gar nicht betrachtet wurden, über diesen hinausgegangen. So sei etwa, Bourdieu zufolge, die Herrschaft des Kapitals nur insoweit und so lange stabil, wie sie auf der un- oder vorbewussten An- und damit Verkenning von Seiten der Unterworfenen beruht. Die symbolische Herrschaft wirke so auch und gerade im ökonomischen Feld: Auf ihrer Grundlage werde das System der Ausbeutung aufrechterhalten.

Auf die derzeit ablaufenden Prozesse massenhafter Prekarisierung ging Rolf-Dieter Hepp (Freie Universität Berlin) ein. Die verbreitete Auflösung der Normalarbeitsverhältnisse führe zu einer Umschichtung der Gesellschaft, die mit neuen Vokabularen und damit neuen Klassifikationssystemen einhergehe. Hier müssten sich auch die Sozialwissenschaften weiterentwickeln, um nicht durch die Verwendung alter Begriffe das grundlegend Neue an den gegenwärtigen Prozessen eben nicht wahrnehmen zu können.

Lars Schmitt (Universität Marburg) behandelte die Frage, wie denn mit dem Theorieangebot Bourdieus soziale Konflikte analysiert werden können. Seine Antwort: Eine solche Analyse sei insbesondere dann möglich und erfolgreich, wenn Personen, die in einem spezifisch strukturierten Umfeld einen bestimmten Habitus ausgeprägt haben, plötzlich in ein anderes soziales Umfeld geraten, in welchem andere Formen des Denkens, Urteilens und Verhaltens an der Tagesordnung sind, als es ihren Gewohnheiten entspricht. In derartigen Fällen – handele es sich dabei um Emigranten, berufliche Aufsteiger oder Personen, die aus einem bestimmten Milieu kommend in einem anderen Milieu arbeiten – ergäben sich häufig Habitus-Struktur-Konflikte, die sehr gut mit den Konzepten Bourdieus begriffen werden können.

Auch im Anschluss an die Referate zu Beginn der Tagung, die sich mit dem Verhältnis des wissenschaftlichen und des politischen Bourdieu befasst hatten, betonte Franz Schultheis (Université de Genève, Präsident der Stiftung Pierre Bourdieu) die starken Kontinuitäten, die den so genannten späten mit dem so genannten frühen Bourdieu verbinden. Nicht erst Ende der 90er Jahre habe dieser unter den zumeist in der französischen Banlieue angesiedelten algerischen Zuwanderern diverse Formen der Prekarität aufgedeckt und zur Sprache gebracht. Das Aufdecken diverser Formen von Elend, Armut und Ausbeutung sei vielmehr ein wissenschaftlich-politisches Anliegen Bourdieus, das sich durch all seine Arbeiten hindurch ziehe und bereits seine frühen Feldforschungen in Algerien Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre geleitet habe. Vor Ort habe er dort gerade auch die ökonomischen Seiten des französischen Kolonialismus und ihre Auswirkungen auf die einheimische Bevölkerung untersucht: Unter dem Stichwort der »Entwurzelung« (»déracinement«) habe der französische Philosoph, Anthropologe und Soziologe Prozesse des massenhaften Herausreißen von Menschen aus ihren gewohnten Milieus und ihres Hineinschleuderns in eine

fremde, durch die französische Kolonialmacht dominierte Welt untersucht und auf diese Weise zur Entschleierung der hier wirkenden symbolischen Gewalten beigetragen.

Ähnlich wie F. Lebaron versuchte auch Beate Kraus (Universität Darmstadt), die Proportionen von Kontinuität und Diskontinuität von Bourdieu im Verhältnis zu Marx zu gewichten. Dabei konzentrierte sie sich auf die Weiterentwicklung des Klassenkonzepts durch Bourdieu. Habe dabei Bourdieu einerseits auf den Marxschen Klassenbegriff und seine enge Bindung an die ökonomischen Verhältnisse zurückgegriffen, so habe er diesen doch andererseits durch die Betonung der symbolischen Aspekte sozialer Klassen, ihrer spezifischen Sitten, Gebräuche, Gewohnheiten, kurz ihres jeweiligen Habitus respektive ihrer Kultur, bereichert und wesentlich erweitert. Damit aber habe Bourdieu den im Kontext der westlichen Industrienationen des 19. Jh. entstandenen Klassenbegriff modernisiert und für die Analyse sozioökonomischer und politischer Prozesse des ausgehenden 20. Jh. handhabbar gemacht.

Dem kulturellen Feld in seiner Vielfalt und Weite gewidmet war der *dritte Arbeitskreis* des Kolloquiums. Den Auftakt machte der Literaturwissenschaftler und Romanist Joseph Jurt (Prof. em. der Universität Freiburg); er untersuchte die Relationen zwischen dem Literarischen und dem Soziologischen aus der Sicht Bourdieus. Während dieser in solchen Arbeiten wie dem dem Romancier Gustave Flaubert gewidmeten Buch »Les règles de l'art« die sozialen Kontexte und Grundlagen literarischen Schaffens aufzudecken suche, gestehe er dennoch der schöngestigen Literatur ihren Eigenwert zu und reduziere sie nicht auf eine reine Wiedergabe sozialer Prozesse. Und auch im Schaffen des französischen Soziologen selbst gebe es vielfältige Einflüsse durch und Nähen zur Belletristik und der ihr eigenen Sprache(n). Ebenso wie viele Literaten teile Bourdieu das Anliegen, Verborgenes aufzudecken und zur Sprache zu bringen, und dabei ließen sich deutliche Nähen etwa zu Claude Simon oder auch zu Marcel Proust erkennen.

Der Rolle des Sports in der Soziologie Bourdieus wandte sich Gunter Gebauer (FU Berlin) zu. Die Kultur des Sports – die Wahl ganz bestimmter Sportarten und die Art und Weise, diese zu betreiben – sei für Bourdieu eine signifikante Seite der jeweiligen Klassenkultur: Gesellschaftliche Klassen und Schichten unterschieden sich nach Bourdieu nicht zuletzt auch darin, welche Sportart von ihren Angehörigen präferiert und praktiziert werde. Doch lassen sich G. Gebauer zufolge gerade auch in den dem Sport gewidmeten Arbeiten Bourdieus seine verborgenen philosophischen Wurzeln erkennen: Solche von Bourdieu bei der Analyse des Sports verwendeten Begriffe wie Habitus, praktischer Sinn oder Zeit seien sehr stark durch ihre Herkunft aus der Philosophie Martin Heideggers imprägniert.

Die PISA-Problematik im Lichte der bildungssoziologischen Analysen Bourdieus thematisierte der als Lehrer in einer Gesamtschule tätige Soziologe Gerhard Schäfer (Bremen). Dass Bildungsfragen Machtfragen sind, das könne man gerade auch an den Ergebnissen der PISA-Studie für Deutschland erkennen: Die skandalöse Abhängigkeit der Bildungschancen für Kinder in Deutschland von ihren sozialen Bindungen sei ein Indikator für die enge Beziehung von Bildung und sozialer Lage und Stellung, auf die Bourdieu immer wieder hingewiesen habe. Für die Akkumulation kulturellen Kapitals, eine der wesentlichen Vorausset-

zung, um am Gesellschaftsspiel teilnehmen zu können, seien Geld und Zeit vonnöten, und darüber verfügten auch und gerade in Deutschland nach wie vor die besser gestellten Klassen und Schichten, so dass sich – mehr, als dies noch vor ein paar Jahren angenommen wurde – bereits vorhandene kulturelle Differenzen reproduzieren und/oder verstärken statt abschwächen würden.

Auf die Beziehungen zwischen Bourdieu und solchen Autoren der Postmoderne wie Michel Foucault und Judith Butler ging Stephan Moebius (Universität Freiburg) ein. Während im sozialwissenschaftlichen Diskurs zumeist die Differenzen zwischen Bourdieu und den Poststrukturalisten akzentuiert werden, betonte St. Moebius, dass Bourdieu wie Foucault ihre Analysen auf Phänomene von Macht, Herrschaft und Gewalt in diversen sozialen Bereichen fokussierten, während Butler und Bourdieu der Versuch eint, soziale Strukturen und Praktiken der in ihnen agierenden Menschen zusammen zu denken.

Die Vielzahl der auf diesem deutsch-französischen Kolloquium aufgeworfenen Fragestellungen verweist auf das weite Feld an sozialen, politischen und kulturellen Problemen, die Pierre Bourdieu zum Thema seiner Forschungen gemacht hat und auf die entsprechende Vielfalt an Möglichkeiten, an ihn anzuknüpfen und mit ihm weiterzuarbeiten. Einig waren sich die Tagungsteilnehmer offenbar über die enge Verbindung von strenger Analyse gesellschaftlicher Strukturen und Prozesse und ihrer harten Kritik und sich daraus ergebendem, wenngleich nicht parteigebundenem, politischem Engagement bei Bourdieu. Uneinigkeit herrschte vielmehr hinsichtlich der Beziehungen Bourdieus zur Ökonomie, zum Marxismus und zur Philosophie überhaupt vor. Aus der Sicht der Verfasserin dieses Berichtes allerdings zeugte die Tagung von einem starken Rückgriff Bourdieus auf Konzepte und darauf aufbauende Konzeptionen von Karl Marx – wie etwa das Konzept der Klassen und die starke Betonung der Rolle der ökonomischen Verhältnisse für die Gesellschaft –, die er jedoch entscheidend weiterentwickelte und bereicherte, nicht zuletzt durch die Ausarbeitung des Konzepts der symbolischen Gewalt und die Akzentuierung symbolisch-kultureller Formen und ihrer Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung. Und gerade in diesem Kontext wird der breite Bezug Bourdieus auf die Geschichte des europäischen wissenschaftlichen und philosophischen Denkens deutlich, sind doch gerade im Konzept der symbolischen Gewalt die Einflüsse etwa von Pascal und Durkheim, aber auch solcher deutscher Denker wie Weber, Cassirer und Heidegger, unverkennbar. Der Absolvent der École Normale Supérieure der rue d'Ulm, der an dieser elitären Schule ein Studium der Philosophie abschloss und sich dann, unter dem Eindruck seiner Erfahrungen und Erlebnisse in Algerien, zum kritischen Anthropologen und Soziologen entwickelte, hat, so mein Eindruck, seine philosophischen Wurzeln nie vergessen. Davon zeugt nicht zuletzt seine 1997 erschienenen »Méditations pascaliennes«, in dem er sich zu seinem – durchaus kritischen – Verhältnis zur Philosophie bekennt.

Obzwar also diese Fragen nicht einheitlich beantwortet wurden – oder vielleicht gerade weil dem so war –, handelte es sich bei dem von der Rosa-Luxemburg-Stiftung veranstalteten Kolloquium zu Ehren Pierre Bourdieus um eine äußerst anregende Veranstaltung. Die Erträge des Kolloquiums werden in einem wahrscheinlich zur diesjährigen Herbstmesse erscheinenden Band veröffentlicht werden.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Marija Serifovic – kennen Sie nicht? Müssen Sie auch nicht, obwohl es – warum sollte es auch – nicht schaden könnte: Die 22jährige Serbin gewann Mitte Mai mit dem Titel »Molitva« (Gebet) beim *Eurovision Song Contest* in Helsinki den ersten Platz. Eine Zeitung schrieb, »dass sie vom Szenenapplaus bei der ersten Probe bis zum bejubelten Auftritt vor der Presse nach ihrem Triumph stets wie die logische Siegerin wirkte«.

Vermutlich wird sich bei der Leserschaft dieser Zeitschrift das Interesse an Schlagern und Schlagerfestivals in Grenzen halten (allerdings: genaues weiß man natürlich nicht, irgendwie haben wir ja alle irgendwelche Leichen im Keller, und wenn es nur eine peinliche Affinität zu Schlagern ist). Doch der Vorgang in Helsinki offenbarte auch Sentenzen und Tendenzen, die europapolitische Rückschlüsse zulassen. Diese verkürzt und auf einen Nenner gebracht: Trotz allen christlich-abendländischen Gelabers – mit Europa ist von vielen eigentlich *Westeuropa* gemeint, sobald sich Osteuropäer anmaßen, zu dominieren, wird übelgenommen. Auf den Plätzen 1 bis 16 lagen nämlich bis auf die Türkei und Griechenland nur Länder »aus dem ehemaligen sozialistischen Einflußgebiet«, wie es hieß. Die Nord- und Westeuropäer mußten sich mit den Plätzen 17 (Finnland) bis 24 (Irland) begnügen. Da fällt dann in der Nachsorgeberichterstattung schon mal eine Vokabel wie »Punkteschieberei«, und da wird über Regeländerungen nachgedacht. Der *Tagespiegel* in Berlin: »Beim Grand Prix wählt sich der Osten zum Sieg«.

Vielleicht stimmt das alles sogar, oder es ist zumindest teilweise richtig. Aber wie immer es auch sei: Wären es die West- und Nordeuropäer gewesen, die in Helsinki abräumten, wäre eine derartige Debatte mit ziemlicher Sicherheit unterblieben. Aber womöglich ist das ganze auch

zutiefst belanglos, und es handelt sich nur um Ballaststoff für das gierige Zeitungleservolk – in Wahrheit geht es um die Interessenkonflikte in der Musikindustrie.

Als im Mai die Bremer Bürgerschaft gewählt wurde und die Wahlbeteiligung auf das bemerkenswerte Rekordtief von 58 Prozent sank, wurde der Fernsehzuschauer bei der abendlichen Wahlberichterstattung schnell gewahr, warum das gar nicht anders sein konnte. Denn wenn wir zu akzeptieren bereit sind (und das sind wir wohl inzwischen fast alle ...), daß Politik heutzutage vorrangig über Symbole funktioniert, dann mußte man sich nur die geföhnten Regional- und Bundespolitiker ansehen, um zu verstehen, warum so mancher Bremer nicht zur Wahl gegangen sein mag. Nee, was ist da nur für ein Politikertyp herangewachsen, kaum noch einer, dem man aufs Wort glauben mag und dem man abnimmt, daß seine Äußerungen *nicht* taktisch begründet sind. Und zwar parteiübergreifend. Wenn ich alle diese Leute sehe und höre, muß ich sehr oft an meine – sicher zutiefst und höchst stalinistische – Jugendlektüre denken: an die sozialdemokratischen Funktionärsfiguren in Romanen Willi Bredels. Kenner wissen, wen und was ich meine. Eine Ausnahme (auch in seiner Partei) der Bremer Linkskandidat Peter Erlanson. Ja, doch, natürlich weiß sogar ich, daß wilder Bart und wilder Schopf keine Gewähr für immerwährendes Unangepaßtsein oder Prinzipientreue oder sonstwas in dieser Richtung sind. Um auf das Thema Symbole zurückzukommen: Es wird vermutlich nicht uninteressant sein, zu beobachten, wie lange es diesem Bremer gelingt, sein Outfit beizubehalten und es nicht – zum Beispiel parlamentarischen – »Sachzwängen« oder Wahlkampf-Beratern aus der Zentrale zu opfern.

Aber wie gesagt: Das ist natürlich alles nur von Belang, wenn wir die Rolle von Symbolen in der Politik zu akzeptieren bereit sind. Tun wir das nicht, sieht alles schon wieder ganz anders aus, und Haartracht und Bartwuchs versinken wieder in die totale Bedeutungslosigkeit.

Bedeutungslosigkeit obwaltet ringsum: Europaweit mehren sich Beispiele, wie Regierungen gegen Bevölkerungsmehrheiten entscheiden: In Polen ist die Mehrheit (ca. 60 %) nicht nur gegen die Teilnahme am Irak-Krieg gewesen, sondern ist jetzt auch gegen die Installation US-amerikanischer Militärtechnik im Lande; auch die Tschechen mögen sie nicht (in etwa gleicher prozentualer Größenordnung); in Großbritannien haben wir hinsichtlich des amerikanischen Irak-Abenteuers eine ähnliche gegen die Bevölkerungsmehrheit gerichtete Politik. Kurzum: Das Volk wird immer bedeutungsloser, vor allem natürlich das Wahl-Volk. Es reagiert, wir erleben es auch in Deutschland, auf seine Weise ...

In Berlin haben wir ja zwei Regierungen: eine richtige, die ständig irgendwelche Straßen verstopft (Staatsbesuche), und eine andere. Die andere war in den letzten Monaten vor allem mit Knut sowie mit Weitreisen beschäftigt (Wowereit, Wolf); die *Linkspartei* hatte zu tun, der »Solidargemeinschaft der Gebührenzahler« (© Klaus Lederer) ideologisch auf das »von Brüssel« verlangte Verscherbeln der städtischen Sparkassen vorzubereiten, und der einstige Stadtreinigungs-Manager Arnold Guski hatte vor dem Landgericht zu erscheinen, weil unter seiner Verantwortung innerhalb von zwei Jahren den Bürgern 26 Millionen Euro zuviel abkassiert worden seien. Die diesbezügliche Zeitungsmeldung schloß mit einem netten Scherz: »Bei einer Verurteilung komme eine Strafe bis zu zehn Jahren in Betracht.« Spaß muß sein.

**Hans Christoph Binswanger:
Die Wachstumsspirale. Geld,
Energie und Imagination in der
Dynamik des Marktprozesses,
Metropolis-Verlag Marburg 2006,
418 S. (24,80 €)**

Mit diesem Buch bietet der Schweizer Wirtschaftswissenschaftler Hans Christoph Binswanger gleichermaßen ein Resümee seiner bisherigen Forschungstätigkeit. Anknüpfend an frühere Arbeiten zu Geld und Wirtschaftswachstum (vgl. UTOPIE kreativ, Heft 53 und 105), der Erweiterung der Fragestellung um produktions- und verteilungstheoretische Aspekte sowie die Einbeziehung der Umwelt- und Ressourcenökonomie, ist es ihm gelungen, eine weit gespannte Theorie der wirtschaftlichen Dynamik zu entwerfen. Sie soll all denjenigen eine »Orientierungshilfe« sein, die in Hinblick auf die Zukunft der wirtschaftlichen Entwicklung Entscheidungen treffen und sich dabei sowohl mit den Chancen als auch mit den Gefährdungen und Gefahren des Wirtschaftswachstums auseinandersetzen müssen.

Im Unterschied zu den fruchtlosen, zumeist recht vordergründig und ideologisch geführten Debatten um das Wirtschaftswachstum zeichnet sich diese Abhandlung durch ein betont wissenschaftliches Vorgehen aus. Ihr Anliegen ist es zu untersuchen, warum kapitalistische Marktwirtschaften *dynamische* Wirtschaften sind, worin die Logik des Wachstums besteht und wodurch sie begründet ist. Das Ergebnis ist folgerichtig kein einfaches Plädoyer für oder gegen Wachstum, sondern eine Erklärung, warum Wachstum für die gegenwärtige Gesellschaft unverzichtbar ist, wie es zu Stande kommt und welche Chancen sowie Risiken damit verbunden sind. Es geht dem Autor nicht um eine ökologisch oder ressourcenökonomisch begründete Kritik des wirtschaftlichen Wachstums, sondern um eine fundierte Erklärung und Begründung desselben. Ziel ist es, die »grundlegenden Erkenntnisse der verschiedenen ökonomischen Theorien in einen kohärenten Zusammenhang zu bringen, in dem die immanente Wachstumstendenz der modernen Wirtschaft zur Darstellung kommt« (S. 8). Dies unterscheidet diese Schrift von an-

deren Arbeiten, worin viel gefordert und so manches behauptet wird, letztlich aber wenig erklärt wird und noch weniger begründet.

Wesentlich für die Darstellung, die der Autor in seinem Buch für die wirtschaftliche Dynamik gibt, ist die Einbeziehung der *Zeitdimension* in das ökonomische Denken. Dies unterscheidet seinen Ansatz von der statischen Gleichgewichtsvorstellung traditioneller neoklassischer Modelle. Binswanger arbeitet heraus, wodurch sich der Markt vom Tausch unterscheidet und was die Besonderheit des Kapitalvorschusses der Unternehmungen als Geldvorschuss ausmacht. Im Unterschied zur neoklassischen Orthodoxie ist für ihn das Geld »integraler Bestandteil der modernen Wirtschaft« (S. 6), hinter das es kein Zurück gibt. Damit erteilt er nicht nur allen wachstumsabstinenten Reformansätzen eine klare Absage, sondern gleichermaßen auch allen Tauschringprojekten und Subsistenzökonomien. Er betont, dass das geldwirtschaftlich motivierte Wirtschaftswachstum so lange nicht an definitive Grenzen stößt, wie es in der Welt »noch genügend Freiräume« gibt. Hierzu zählen »alle (noch) nicht in den Geldprozess einbezogenen Tätigkeiten der Menschen und die Bereiche der Natur, die (noch) nicht als wirtschaftliche Ressourcen verwertet worden sind...« (S. 373). Essenziell für das Funktionieren kapitalistischer Wirtschaft ist die ständige Vermehrung der Geldmenge. Diese erfolgt auf dem Wege der Kreditschöpfung. Warum der Autor in diesem Kontext den Begriff »Papiergeld« (S. 114 ff.) bemüht, wo es doch um Banknoten geht, bleibt unklar, stört den historisch-logischen Gang der Argumentation aber nur wenig. Deutlich wird, dass dem Bankwesen bei der Ermöglichung immerwährenden Wachstums eine Schlüsselrolle zukommt, wobei die Multiplikatorwirkung des Kredits heute teilweise an die Finanzmärkte (Derivate) übergegangen ist, ein Punkt, der in den Ausführungen zu kurz kommt, der gegenwärtig aber gewaltig an Bedeutung gewinnt.

Standen im ersten Teil des Buches Geld und Markt im Fokus, so konzentriert sich der zweite Teil auf den Zusammenhang von Markt und Produktion. Der Autor zeigt, dass die neoklassische Produktionstheorie substantielle Defizite aufweist, was die Erklärung marktwirtschaftlicher Zusammenhänge anbelangt.

Dies rührt vor allem aus der Eliminierung des Geldes in der realen Wirtschaftstheorie (S. 162 ff.). Um dieses Defizit zu beseitigen, plädiert er für einen Rekurs auf vorklassische Theorien, insbesondere auf den Merkantilismus. Ähnliche Ansätze gibt es auch in der Eigentumstheorie, z. B. bei Hans-Joachim Stadermann und Otto Steiger. Im 17. und 18. Jahrhundert vollzog sich so etwas wie die erste Stufe der Monetarisierung, indem das Geld in Wirtschaft und Gesellschaft eine zentrale Bedeutung erlangte. Heute haben wir es mit der zweiten Stufe dieses Prozesses zu tun, indem das Geld alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durchdringt. Binswanger spricht von »einer konsequenten Monetarisierung der Wirtschaft«, welche dadurch charakterisiert ist, dass »alle Einkommen der Produktionsfaktoren ... a priori Geldeinkommen« sind und das Kapital vor allem als »monetäre Größe« auftritt (S. 267). Dies schließt ein, dass Geld nur dann ist, »was es ist, wenn es *mehr* sein wird, als es ist. Umgekehrt gilt: Wenn es nicht mehr sein wird als es ist, ist es nicht mehr, was es ist!« (S. 318) Die hierin zum Ausdruck kommende Verwandlung des Geldes in Kapital hat Folgen – für das Geld wie für das Realkapital. Die realen Größen, welche die neoklassische Theorie noch favorisiert, treten gänzlich hinter die monetären Größen zurück. Die Konsequenzen für die Darstellung wirtschaftlicher Zusammenhänge sind beachtlich: Erstens erfordert dies eine Theorie, worin das Geld einen dementsprechenden zentralen Platz einnimmt. Zweitens erscheint der Kredit- und Geldschöpfungsprozess als die eigentliche Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung und damit als der Ausgangspunkt für die Erklärung der marktwirtschaftlichen Dynamik. Dem versucht der dritte Teil des Buches als eine »Theorie der wachsenden Wirtschaft« gerecht zu werden. Die Eckpunkte, die Binswanger dafür setzt, sind folgende: Erstens wird die moderne Wirtschaft eindeutig als *Geldwirtschaft* definiert. Bezeichnendes Kriterium dafür ist, dass Unternehmungen über Geldkapital verfügen müssen, um eine Tätigkeit aufzunehmen. Zweitens erfolgt die Kreditgeldschöpfung aus dem Nichts, also ohne vorheriges Ansparen. Drittens führt der Einsatz von Kapital zur Intensivierung der Nutzung von Arbeit und natürlichen Res-

ourcen. Und viertens wird die »Leistung der Imagination« durch Forschung und Entwicklung unendlich gesteigert (S. 303). Die dabei wirksam werdende Wachstumslogik ist in ihren Konsequenzen bestechend: Der Kreislauf der Wirtschaft gerät unter markt- und geldwirtschaftlichen Bedingungen zwangsläufig zur *Spirale*. Als Alternative bleibt in diesem Modell nur die Schrumpfung, welche den Verlust des errungenen Wohlstandes bedeuten würde.

Interessant ist, dass Binswanger versucht, den Wachstumsprozess quantitativ einzugrenzen, indem er dafür eine minimale Rate definiert. Diese beträgt 1,8 Prozent, bezogen auf die Weltwirtschaft (S. 370). Gemessen am gegenwärtigen Wachstum von mehr als doppelt so viel würde dies eine enorme Verlangsamung aller Prozesse bedeuten und damit den aufgezeigten »Grenzen« Rechnung tragen. Mit der Herleitung dieser weltwirtschaftlichen Wachstumsrate, woraus sich differenzierte Szenarien für entwickelte und weniger entwickelte (nachholende) Länder und Regionen ableiten lassen, entwirft der Autor ein politikfähiges Entwicklungs- und Überlebensmodell für die Menschheit – jenseits aller Wachstumseuphorie, aber auch fern von aller fundamentalistischen Wachstumskritik. Indem er in einem Nachtrag zu seinem Buch den antiken Philosophen Aristoteles als »Vordenker der modernen Wirtschaft« apostrophiert, appelliert er an den Verstand der Leser, bei der Suche nach Auswegen auch ungewöhnliche Wege zu gehen und alle Ansätze zu prüfen, auch die der fernen Vergangenheit.

ULRICH BUSCH

Margareta Mommsen:
Wer herrscht in Rußland.
Der Kreml und die Schatten der
Macht, Becksche Reihe, Verlag
C. H. Beck München 2003,
260 S. (14,90 €)

Im ersten Abschnitt untersucht die Autorin das politische System Rußlands seit 1991. Sie definiert das Mandat des gewendeten Altkommunisten Jelzin als den »politischen Kampf gegen den kommunistischen Goliath« (S. 21). So erscheinen auch der mißlungene Ausnah-

mezustand im August 1991 oder die Verteidigung des Parlaments gegen die sowjetischen Truppen im Oktober 1993 durch Jelzin als »kommunistische Putschversuche«. Den semi-präsidentiellen Charakter der neuen Verfassung führt sie auf den Mangel Jelzins »an demokratischem Know-how« und seinen »angestammten autoritären Habitus« zurück (S. 43). Nur durch massive Unterstützung des Auslands und der Oligarchen erreichte der Autokrat eine zweite Amtsperiode. Primakows Versuch, dem »Inzest von Politik und Big Business« (S. 81) ein Ende zu bereiten und den Weg für eine parlamentarische Republik zu öffnen, schlugen fehl.

Der zweite Abschnitt des Buches ist den »Widersprüchen und Zick-Zack-Kursen« der Außenpolitik beider Präsidenten gewidmet. Die Ankündigung 1991, »eine dreundsiebzig Jahre alte Ungerechtigkeit zu korrigieren und Rußland nach Europa zurückzubringen« (S. 140), brachte Jelzin zwar einen »glänzenden Einstand« in den Metropolen des Westens. Der Augustheld, der dem amerikanischen Präsidenten versicherte, eine Wiedererstehen des Kommunismus nicht zuzulassen, wurde zunächst auch reichlich mit Krediten belohnt. Allerdings um den Preis der weiteren Schwächung der Großmacht. Putin zeigte in der Außenpolitik erstmals Flagge. Gewiß war der 11. September 2001 ein wesentliches Moment für die russische Außenpolitik. Allerdings bestätigen russische Analytiker wie auch die politische Praxis nicht, daß erst seitdem die außenpolitischen Weichen »neu gestellt« und »die von Primakow ererbte Theorie von der »multipolaren Welt« über Bord« geworfen worden sei (S. 213 f.). Die Verfasserin stimmt der Auffassung zu, daß Rußlands Präsident »ein »kurzsichtiger«, von Großmachtstereotypen geblenderter Politiker« sei und der Entwicklung einer dauerhaften außenpolitischen Linie entgegenstehe (S. 112). Mit seinem Amtsantritt 2000 entwarf Putin eine völlig neue Strategie für die Außenpolitik seines Landes, die er mit seiner Mannschaft bis heute durchhielt: »Als Weltmacht, die sich auf zwei Kontinenten erstreckt, sollte sich Rußland die Freiheit bewahren, seine Innen- und Außenpolitik ebenso zu bestimmen wie seinen Status und seine Vorteile eines eurasischen Staates.« Das bedeutet auch eine Herausforderung an

die unipolare Politik der USA. In der innen- und außenpolitischen Strategiewende geht es also nicht darum, auf die klassische Frage nach Rußlands Identität und Entwicklungsweg erneut eine »europäische Antwort zu liefern« (S. 8), sondern um die Sicherung Rußlands als einer eurasischen Großmacht in einer globalen Welt.

KARL-HEINZ GRÄFE

Joseph Stiglitz: Die Chancen der Globalisierung, Siedler Verlag München 2006, 446 S. (24,95 €)

Der (deutsche) Titel täuscht. Der Autor ist keineswegs der Auffassung, dass jedermann von der Globalisierung, wie sie augenblicklich zu beobachten ist, Nutzen ziehen könne, wenn er seine Chancen nicht verschlafe. Er ist sich vielmehr bewusst: »In vielen Ländern empfinden die Menschen die Globalisierung in ihrer gegenwärtigen Gestalt als eine Art Teufelspakt. Einige wenige ihrer Landsleute werden reicher, die – nur sehr begrenzt aussagekräftigen – Statistiken des Bruttoinlandsprodukts sehen schöner aus, aber Lebensweisen und Grundwerte sind bedroht. In einigen Regionen der Erde fällt der Nutzen noch kümmerlicher aus, während die Kosten offenkundig sind.« (S. 262).

In seinem neuen Buch demonstriert Stiglitz, dass ein Globalisierungskritiker noch kein Globalisierungsgegner sein muss. Stiglitz fordert in fast jedem der 10 Kapitel des Buches, dass die Globalisierung *gestaltet* werden müsse.

Was es heißt, die Globalisierung zu gestalten, wird dem Leser erst verständlich, wenn er sich Stiglitz' Vorstellungen von der Globalisierung zu eigen gemacht hat: Es handelt sich um Vorstellungen, die der gängigen Propaganda widersprechen, um Vorstellungen, zu denen Globalisierungseuphorie ebenso wenig passt wie Schicksalsergebenheit. Stiglitz widerspricht der These, dass die Globalisierung unaufhaltsam ist wie der technische Fortschritt. Er widerspricht auch der »Trickel-down«-Theorie, die besagt, dass die Globalisierung letztlich nur Gewinner kennt, da die rasche Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung zunächst zu mehr Profiten, dann aber auch zu mehr Investitionen, zu mehr Beschäftigung,

zu mehr Lohn und damit zu mehr Wohlstand für alle führen wird. Ökonomen und Wirtschaftshistoriker, darauf weist Stiglitz hin, haben längst den Nachweis geliefert, dass weder die technische und die ökonomische Entwicklung untrennbar verbunden waren bzw. sind.

Nach Stiglitz gibt es bei der Globalisierung, so wie sie heute läuft, immer Gewinner – die Reichen in den reichen Ländern – und Verlierer: die armen Länder sowie die Armen in den reichen Ländern. Der schlechte Geruch, in dem die Globalisierung bei der Mehrheit der Weltbevölkerung steht, weist Stiglitz nach, stützt sich auf Tatsachen.

Die zweite wichtige Feststellung des Autors ist, dass man Globalisierung gestalten kann, wobei das Ziel sein muss, die Zahl der Gewinner zu maximieren und die der Verlierer zu minimieren. Wie aber kann man die Globalisierung gesellschaftsstabilisierend und zukunftssichernd gestalten? Der ökonomischen Globalisierung, lautet Stiglitz' Antwort, muss die politische folgen.

Als Instrumente der Globalisierungspolitik bezeichnet der Autor die Nationalstaaten und internationale Wirtschaftsinstitutionen. Die einen haben sich darum zu kümmern, dass es im Lande sozial gerecht zugeht, die anderen sollen sich um einen fairen Austausch zwischen den Nationen bzw. Regionen bemühen.

Zu einem großen Problem wird unter diesem Gesichtspunkt, analysiert Stiglitz, die unzureichende demokratische Verfassung der Welt. In vielen Ländern der Dritten Welt ist die Demokratie noch nicht durchgesetzt. In den mit der Lenkung der Weltwirtschaft befassten internationalen Institutionen geht es erst recht nicht demokratisch zu. Stiglitz tritt nicht dafür ein, den Internationalen Währungsfonds (IWF), die Weltbank oder die Welthandelsorganisation (WTO) abzuschaffen. Diese Institutionen sollten aber dem Einfluss der Großmächte und der Technokraten entzogen werden. Größere Bedeutung als die traditionellen weltwirtschaftlichen Lenkungsinstitutionen sollte jedoch ein anderes bereits existierendes Gremium erhalten – der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen.

Wie kann die Demokratisierung der Weltwirtschaftsinstitutionen erreicht werden? Stiglitz listet eine Reihe von Maßnahmen auf: Erstens sollten Änderungen der Stimmrechts-

verteilung beim IWF und der Weltbank vorgenommen werden, um den Entwicklungsländern mehr Gewicht zu geben. (Beim IWF sind die USA nach wie vor das einzige Land mit einem faktischen Vetorecht). In den Ländervertretungen sollten an den Verhandlungen zweitens nicht nur wie bisher das Handels- oder Finanzministerium, sondern bei ressortübergreifenden Fragen alle einschlägigen Ministerien, z. B. auch das für Umweltschutz oder Justiz (bei geistigem Eigentum) beteiligt sein. Drittens wäre es ratsam, die formalen Verfahren der Verhandlungsführung stärker mit demokratischen Prinzipien in Einklang zu bringen.

Stiglitz weiß, »dass diese Veränderungen auf große Widerstände stoßen werden« und empfiehlt deshalb weitere Reformmaßnahmen von größerer Auskunftspflicht der internationalen Behörden über eine unabhängige Bewertung der Leistungen von IWF, WTO und Weltbank bis hin zur Durchsetzung internationaler Rechtsformen (S. 350-352). »Die Verringerung des Demokratiedefizits«, schließt Stiglitz seine Ausführungen, »wäre ein großer Schritt nach vorn. ... Ich bin fest davon überzeugt, dass politische Maßnahmen und Programme, die einer demokratischen Überprüfung unterzogen wurden, wirkungsvoller greifen und den Anliegen der Bürger eher gerecht werden.« (S. 357). Hier, fast am Ende seiner Ausführungen erliegt, so scheint es mir, der sonst so realistisch denkende Autor doch einer Illusion.

Der Band ist durchweg informativ, leicht verständlich geschrieben, enthält eine Fülle von anklagenden, aber auch manche ermutigende Beispiele aus dem Handeln der ersten Weltwirtschaftsmacht und der von ihr beeinflussten Weltwirtschaftsinstitutionen. Wenn Themen wie multinationale Konzerne, Schuldendienst, Währungsreserven, weltweiter Schutz geistigen Eigentums bzw. der »Fluch des Rohstoffreichtums« abgehandelt werden, spürt der Leser, dass er es beim Autor nicht nur mit einem glänzenden Wirtschaftstheoretiker, sondern auch einem langjährigen Berater des US-Präsidenten Clinton und dem zeitweiligen Chefvolkswirt der Weltbank zu tun hat. Es ist keine Übertreibung: Wieder ein Stiglitz, den man gelesen haben sollte, wenn man sich in unserer globalisierten Welt zurechtfinden will.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Under a Faded Flag – the »Left«

Making a resumé of the revolutions of 1789, 1848, 1917 and 1918 and looking into the results, the author critically discusses the political use of the terms »left« and »right«. He examines the original meanings of these concepts in the first Parisian parliament of 1789, when both the left and the right were part of the revolutionary forces. Describing the fading away of the original implications of these concepts already by 1848, when it became obvious that it was not a question of »left« and »right« but of those »on top« and those »down below«, he debates the misuse of these concepts during the Stalinist era, to then ask if it is really appropriate for the new German party to refer to itself as »The Left«.

MARTIN SCHIRDEWAN

Onward to the Present

This article also, discusses the politics of »The Left« in Germany. Debating the »parallel society« comprised of the parliament and the broadening chasm developing between itself and the rest of the society, he looks into the consequences of the retreat of the state and the politicians' self-demotion to become simple agents of »globalized« economic interests. He analyzes the difficulties confronting the left, particularly in Eastern Germany, where the PDS grew into the role of a so-called people's party. The author proceeds to plead for a resolute re-orientation toward the struggle for an alternative political culture, enabling the Left to fill the gaps created in the society by the »there is no alternative« parties.

ULLA PLENER

For a New Party

Hopes and Illusions in 1990

The author reprints two articles she had written in November and December, 1990, when, as a member of a grass roots initiative for the rejuvenation of the Party of Democratic Socialism, (PDS) she pleaded intensively for the party to combine the role of a typical political party with that of a social movement. Confronted with its own history as a state party, the young PDS had to simultaneously cope with the parliamentary system's obvious incapacity to guarantee the necessary political influence to all of the various interest groups. The development toward becoming a »movement party« seemed to create an alternative.

WOLFRAM ADOLPHI Asiaticus, China 1937

Seventy years ago, on July 7, 1937, World War II began in Asia. Japan attacked China on a broad front. China was completely isolated by the western powers, and Japan was allied with Germany through the Anti-Comintern Pact. The author recalls the German communist Heinz Grezyb (1897-1941) who, under his pen name, Asiaticus, clairvoyantly reported on the war from China, the role of the Berlin-Tokyo Axis and the growing influence and strength of the Chinese communist movement. He also reflects upon the ignorance Asiaticus' analyses encountered later in the Federal Republic of Germany and even in the German Democratic Republic, but for other reasons.

GOOD INTENTIONS A Chrestomathy

This is »UTOPIE kreativ's« 200th issue, meaning that »UTOPIE kreativ« has been on the market – without interruption – for 200 months, or almost 17 years. This is an unexpected accomplishment, when seen from the perspective of the initial editorial staff that set to work in September, 1990, comprised almost exclusively of volunteers. GERD KURZE, one of the newest members of the staff, presents in this issue a collection of extracts from the editorials of the 200 preceding issues.

HELMUT BOCK Which is the German's Fatherland? 175 Years Ago: The Hambach Festival

The author evokes the Hambach Festival that took place on May 27th, 1832, where about 30 thousand men and women from various German states, kingdoms, grand duchies, duchies and cities gathered under the forbidden black-red-gold flags and banners. This festival, he concludes, must be seen as the first mass demonstration in German history. Convinced of the need for a consequent »people's sovereignty«, these revolutionary democrats, with their anti-monarchy and pro-republican demands, became the nucleus of the bourgeois-democratic movement that evolved later.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.
Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, GERD KURZE, ULLA PLENER,
MARTIN SCHIRDEWAN, JÖRN SCHÜTRUMPF,
MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE (V.i.S.d.P.),
DIETMAR WITTICH

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
Tel.: 030- 44 310-127/123, Fax-122

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin (Tel.: 030 – 29781627)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 170:	je	1 €
Heft 171 bis 182	je	2,50 €